

Mittwoch, 26. November 1986 - D ***
A. Springer Verlag AG, Postf. 10 08 94, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtigste Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1
Kassenabrechnung: Bonn (02 28) 304-2
Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Heute in der WELT

Die Frau neben Ronald Reagan



Ist sie eine Frau mit zwei Gesichtern - einem lächelnden für die Öffentlichkeit und einem energiegelassenen in den Kulissen der Politik? Ist Nancy Reagan die treibende Kraft im Weißen Haus? Diese zerbrechlich wirkende Frau hat sicher Gewicht, mehr Gewicht als alle anderen „First Ladies“ dieses Jahrhunderts. Was sie treibt, ist aber nicht politischer Ehrgeiz. Es ist die Sorge um das Wohl und Image ihres „Ronnie“. Seite 3

„Sicherheitspartnerschaft“

Wer kennt es nicht, das Schlagwort aus vergangenen Wahlschlachten? So sehr das Wort „Sicherheitspartnerschaft“ in aller Munde war, so oft wurde es auch in einer Weise gebraucht, die nicht im Sinne des Erfinders war. Lothar Rühl, Staatssekretär im Bundesministerium für Verteidigung und Wortschöpfer der „Sicherheitspartnerschaft“, beschreibt die „Karinere eines politischen Begriffes“. Seite 6

POLITIK

Brandanschlag: Schaden von rund 1,5 Millionen Mark ist bei einem Brandanschlag entstanden, den militante Atomgegner auf einer Münchener Baustelle verübten. Sie zerstörten einen Raupenkrane. Die Aktion richtete sich offenbar gegen den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstoffe in Wackersdorf.

Beitrag: Als erstes Staatsoberhaupt Israels wird Präsident Herzog 1987 die Bundesrepublik besuchen. Wie seine Kanzlei bestätigte, nahm er eine Einladung aus Bonn an. Ein Termin wurde noch nicht vereinbart. Herzog erwidert damit die Israel-Visite von Weizsäcker im vorigen Jahr.

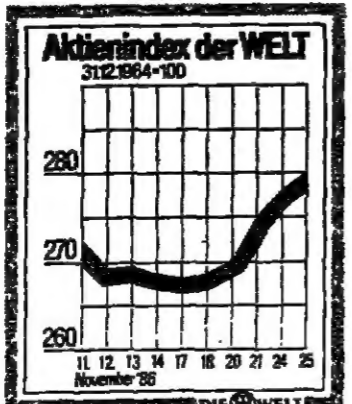
Razzia: In der nordschwedischen Stadt Lulea sind bei einer Razzia Fernsehbild- und Tonaufzeichnungen zum Mord an Schwedens Ministerpräsident Palme entdeckt worden. Das Material ist im Wagen eines Mannes sichergestellt worden, der inhaftiert wurde.

Asylantrag: Der Erste Sekretär der chinesischen Botschaft in Bonn, Tu Pingju, hat zusammen mit seiner Ehefrau Chu Mailan um politisches Asyl in der Bundesrepublik nachgesucht. Die Gründe für diesen ungewöhnlichen Schritt sind noch nicht bekannt.

WIRTSCHAFT

Einzelhandel: Die neu entfaltete Kaufkraft der Deutschen wird dem Handel dieses Jahr zu Weihnachten noch mehr Umsatz bescheren. Höhere Einkommen und mehr Beschäftigung befeuern die Erwartungen der Einzelhandelsgeheimnisse und Kaufhäuser. Zu Weihnachten sollen 19 Milliarden Mark zusätzlich die Ladenkassen klingeln lassen. Das wären 600 Millionen Mark mehr als 1985.

Börse: An den deutschen Aktienmärkten tendierten die Kurse am Dienstag etwas freundlicher. Am Rentenmarkt schwankten die Notierungen öffentlicher Anleihen nach beiden Seiten. WELT-Aktienindex: 279,87 (279,09). BHF-Rentenindex: 106,305 (106,236).



KULTUR

Reinfall: In Metz ist Karlheinz Stockhausen' musikalische Werk „Evas Zauber“ uraufgeführt worden. Herausgekommen ist ein zusammenhangloser Stil-Mischmasch. Hundert jugendliche Zuhörer verließen mitten im Stück den Saal. (S. 23)

Handwerks-Zentrum: Schmiede, Tischler, Schreiner, Stukkateure und Maler können auf der Insel San Servolo in der Lagune von Venedig fast verlorengegangene Handwerksgeheimnisse von den besten Meistern ihres Fachs erlernen. (S. 23)

SPORT

Eishockey: Bei ihrer Kanada-Tournee musste die deutsche Eishockey-Nationalmannschaft im dritten Spiel ihre dritte Niederlage hinnehmen. Diesmal gab es trotz einer Steigerung gegen die kanadische Olympia-Auswahl eine 5:7-Niederlage. (S. 11)

Moderne Fünfkampf: Vom Weltverband wurden 15 Athleten (fünf aus der UdSSR und Polen, aus Bulgarien drei und aus China zwei) wegen Doping-Mißbrauch mit einer Sperre von 30 Monaten belegt. Sabine Krapf erhält nachträglich eine Bronzemedaille. (S. 11)

AUS ALLER WELT

Automuseum: Sie stehen da wie aus dem El gepellt. Alte Autos vom Feinsten wie etwa dieser blitzblanke Chevrolet aus dem Jahr 1932 (Foto) sind in einem Brüsseler Automuseum zu bewundern. Gezeigt wird die Entwicklung des europäischen und teilweise auch des US-Automobilbaus von 1897 bis heute. (S. 24)

EA-Studie: Frisch, abwechslungsreich, fettarm und exotisch - so stellen sich Wirtschaftsforscher die Angebote auf der Speisekarte im Jahr 2000 vor. (S. 24)

Schüsse an der Mauer sollen bei der KSZE auf den Tisch

„Von guter Nachbarschaft meilenweit entfernt“ / WELT-Gespräch mit Windelen

D.G./DW, Bonn
Der Tod eines Flüchtlings im Kugelhagel von „DDR“-Grenzsoldaten an der Berliner Mauer ist eine schwere Belastung der innerdeutschen Beziehungen. Das erklärte der für die Deutschlandpolitik zuständige Bundesminister Heinrich Windelen in einem WELT-Interview. „Die schrecklichen Ereignisse an der Berliner Mauer, wo ein junger Deutscher, der von seinem Menschenrecht auf Freizügigkeit Gebrauch machen wollte, sein Leben verlor, sind von guter Nachbarschaft und Normalität meilenweit entfernt.“
Zu bisherigen Vermutungen, der Schießbefehl sei abgemildert worden, sagte der CDU-Politiker: „Ich habe immer davor gewarnt anzunehmen und zu verbreiten, es sei ohne Gefahr für Leib und Leben möglich, die Sperranlagen, Mauer und Stacheldraht zu überwinden. Es ist bitter, feststellen zu müssen, daß meine Bewertung zutreffend ist.“
Zu den Beobachtungen von Westberliner Seite aus, daß einer der „DDR“-Soldaten gegen die Erschießung protestierte und dafür sofort getötet wurde, sagte Windelen: „Es berührt mich sehr, daß selbst eine jahrzehntelange Indoktrination nicht vermochte, menschliche Reaktionen bei den Soldaten zu zerstören oder abtöten.“
Es sei eine schwierige Frage, ob man angesichts der Tötung des Flüchtlings zum deutschlandpolitischen Alltag zurückkehren solle, um neue Vereinbarungen mit der „DDR“ abzuschließen. „Ich meine aber, daß wir uns um der Menschen willen bemühen müssen, weitere Fortschritte zu erzielen, damit sich derart schreckliche Ereignisse nicht wiederholen.“
Auch sei es angemessen und selbstverständlich, die wirkliche Lage an der innerdeutschen Grenze auf der Wiener KSZE-Folgekonferenz zur Sprache zu bringen. „Man kann sich auch nicht vorstellen, daß die Einmischung in innere Angelegenheiten der DDR sei. Denn es handelt sich um die Verletzung internationaler Vereinbarungen einschließlich der KSZE-Schlussakte, der UNO-Menschenrechtsakte und der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen.“

„Die Aussichten sind ermutigend“

Stoltenberg wehrt sich gegen düsteres Konjunkturbild / Haushaltsdebatte im Bundestag

HEINZ HECK, Bonn
In einer bereits stark vom Wahlkampf geprägten Atmosphäre hat der Bundestag gestern die viertägige Aussprache über den Bundeshaushalt 1987 mit der Erörterung der Wirtschaft- und Finanzpolitik begonnen. Der Hauptredner der SPD-Opposition, der ehemalige Finanzminister Hans Apel, warf der „Wendekohle“ vor, sie habe trotz „unveränderter Konjunkturgeschichte“ die selbstgesetzten Ziele „deutlich verfehlt“. Apel verlangte eine Steuer- und Haushaltspolitik, die die unteren und mittleren Einkommensgruppen stärker entlaste und damit die Massenkaufkraft stärke. So könnten die Binnennachfrage stabilisiert und ein wirksamer Beitrag zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit geleistet werden.
Wie Apel zog auch Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg eine Bilanz der vierjährigen Regierungszeit. Gestützt auf die günstigen Aussagen des Sachverständigen Gutachtens, widersprach er dem düsteren Konjunkturbild, das Apel gezeichnet hatte.
Die gesamtwirtschaftlichen Aussichten für 1987 und darüber hinaus seien „ermutigend“. Ausgabendisziplin und bessere Wachstumsbedingungen seien keine Gegensätze. Die Ausgabensparmaßnahmen stiegen 1985/86 preisbereinigt um rund 30 Prozent. Darin sieht Stoltenberg neben den gestiegenen Investitionen für die Ausbildung junger Menschen „das Positivste und Wichtigste dieser Jahre“.
Der SPD warf der Minister vor, sie habe sich mit der Ablehnung einer niedrigen Steuerquote den Weg zu einer „Wendekohle“ geebnet. Der Lohn- und Einkommensteuertarif verbleibe. Zum Vorwurf der beschäftigungspolitischen Untätigkeit erinnerte er an die gegenüber 1983 um rund 50 Prozent auf 5,6 Milliarden Mark gestiegenen Ausgaben für berufliche Fortbildung und Qualifikation.
Aus der Sicht der Grünen gehen die gezielten Entlastungen für die Unternehmen an den beschäftigungspolitischen Erfordernissen vorbei, erklärte Axel Vogel. Ein immer kleiner Teil der Gewinne gehe in Arbeitsplätze schaffende Anlageinvestitionen. Die Unternehmen vermehren ihr Geldvermögen und verlagern mehr Finanzanlagen ins Ausland.
Manfred Carstens und Wolfgang Weng, die haushaltspolitischen Sprecher von CDU/CSU- und FDP-Fraktion, unterstrichen, daß selbst im Wahljahr 1987 die Sanierung der Staatsfinanzen deutlich fortgesetzt werde. Mit der Beschränkung des Ausgabenwachstums auf 1,9 Prozent sei die Konsolidierung „einen kräftigen Schritt“ vorangekommen. Während die Ausgaben 1987 nur um rund fünf Milliarden zunehmen, würde bei den Steuereinnahmen ein Plus von zehn Milliarden erwartet. Helmut Wiczorek (SPD) kritisierte vor allem die Ausweitung der Subventionen seit 1982.

Union: Chemie hat Vertrauen verspielt

Farthmann fordert „Öko-Eingreiftruppe“ / Erster Schritt für Verbot von Blei-Benzin

DW/ha, Bonn/Brüssel
Nach den jüngsten Unfällen bei der BASF und bei Hoechst hat sich die Toxologie gegenüber der chemischen Industrie erheblich verschärft. Paul Laufs, umweltpolitischer Sprecher der Unionsfraktion, erklärte, die chemische Industrie müsse wissen, daß sich einmal verstoßenes Vertrauen nur schwer wiedergewinnen lasse. Einen Schritt weiter ging SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel, der die „Philosophie von dem zu vernachlässigbaren Restrisiko“ für nicht länger haltbar erklärte. Demgegenüber sagte Bayer-Vorstandschef Strenger, die Technik bringe immer ein gewisses Restrisiko mit sich. Strenger räumte jedoch ein, daß das Vertrauen in die Chemie erschüttert worden sei.
Laufs forderte die Chemie auf, sich unverzüglich und umfassend an der Wiederherstellung des Öko-Systems des Rheins zu beteiligen. Außerdem müßten die gefährlichen Stoffe in der Produktion verringert und die Störfall-Verordnung auf wassergefährdende Stoffe ausgedehnt werden. Isolierte Lager mit gefährlichen Stoffen in großen Mengen müßten so gesichert werden, daß ein Störfall nicht zu Kettenreaktionen (Domino-Effekt) führe. Mit einem technischen Regelwerk sollten die Vorschriften nach dem Immissionsschutzgesetz und der Störfall-Verordnung ergänzt werden.
Ein Forderungskatalog, der dem nordrhein-westfälischen SPD-Fraktionschef Farthmann nicht ausreicht. „Seit Jahren wehrt sich die chemische Industrie gegen jede militante gegen schärfere Auflagen“. Deshalb müsse eine „Öko-Eingreiftruppe“ sicherstellen, daß schärfere Vorschriften eingehalten werden. Die Industrie müsse „rund um die Uhr“ überwacht werden, sagte er in der „Bild“-Zeitung.
Ins Kreuzfeuer geriet auch die Informationspolitik der Chemiewerke. Die Aufklärung über die Zwischenfälle bei BASF und Hoechst sei „unzureichend und unzutreffend“ gewesen, sagte Laufs. Die jüngsten Störfälle hätten zwar bei weitem nicht die Folgen wie die Giftmülldeckschiffe durch Sandoz, dennoch seien Verharmlosungen und Beschönigungen fehl am Platz. Der saarländische Umweltnist Leinen (SPD) ordnete eine Überprüfung der Chemiebetriebe im Saarland an.
Einen ersten Schritt zur Unfallvorsorge haben die europäischen Umweltminister getan. Sie beschlossen, Überlegungen für eine Verbesserung des internationalen Alarmsystems, eine Harmonisierung der Gesetzgebung für die Handhabung gefährlicher Chemikalien und über den Schadensausgleich für Verschmutzungsschäden anzustellen.
Der Bonner Vorschlag, bleihaltiges Normalbenzin zu verbieten, fand ein positives Echo. EG-Kommission und Ministerrat sprachen sich dafür aus, die Voraussetzung für ein baldiges Verbot zu schaffen.

Attentat auf den Papst vereitelt

DW, Brisbane

Die australische Polizei hat einen Anschlag auf Papst Johannes Paul II. vereitelt. Wenige Stunden vor seinem Eintreffen in der Stadt Brisbane wurde ein 24-jähriger Mann festgenommen, der in einem Papstkarton fünf zusammengegebundene Benzinbomben mit einem Zünder versteckt hatte.

Nach Angaben der Polizei hatte sich der Mann bei einer Routinekontrolle im Rathaus der Stadt merkwürdig benommen und war durchsucht worden. Der verheiratete Attentäter sei erst vor kurzem aus einer psychiatrischen Klinik entlassen worden. Er erklärte, er habe den Papst töten wollen, „weil der zuviel Geld hat“. Der gebürtige Ire sagte im ersten Verhör, er habe nach einem geeigneten Platz für das Attentat gesucht. Der Papst erfährt von dem Zwischenfall erst nach seiner Ankunft im Queen-Elizabeth-II-Stadion, wo er vor 60 000 Gläubigen unter verschärften Sicherheitsvorkehrungen eine Messe zelebrierte.

Polen zahlt nicht

DW, Warschau

Polen kann 1986 seine Schulden bei westlichen Gläubigerbanken nicht bezahlen. Bei Vorlage des Etatentwurfes teilte Finanzminister Samojlik mit, daß die Schulden im Westen bis Ende 1987 auf 35 Milliarden Dollar anwachsen werden.

Gegendarstellung

Zu dem Artikel „Falschaussage vor NH-Ausschuß?“ (Tageszeitung DIE WELT vom 17. November 1986, Seite 1). In dem Artikel schreiben Sie über mich „Breit hatte dagegen ausgesagt, erst Anfang September über den NH-Verkauf von Lappas unterrichtet worden zu sein“. Diese Darstellung ist falsch. Richtig ist, daß ich wahrheitsgemäß dem Untersuchungsausschuß folgendes mitgeteilt habe: Es war klar, daß auch ein Verkauf an einen Investor in Frage komme. Erstmal am 28. August 1986 bin ich von Herrn Lappas dahin informiert worden, daß er mit Herrn Schieser in Verhandlungen sei, die zu einem Verkauf führen könnten. Ernst Breit

Ölbohrinsel in Brand geschossen

Co./DW, Bonn/Manama

Kampfflugzeuge unbekannter Nationalität haben gestern im Süden des Persischen Golfs eine Ölbohrinsel vor der Küste der Vereinigten Arabischen Emirate in Brand geschossen. Die Plattform wurde von drei Raketen getroffen. Zwei Raketen zerstörten Förderanlagen, die dritte schlug in den Wohnquartieren ein. In ersten Berichten hieß es, die Plattform stehe in Flammen, elf Arbeiter seien verletzt worden. Die Förderanlage im südlichen Golf wird von der französischen Gesellschaft „Total“ betrieben. Sie war schon einmal am 16. Oktober von einer irakischen Flugzeugrakete getroffen worden. Dabei wurde ein Arbeiter getötet.

Bundesaußenminister Genscher warnte unterdessen nachdrücklich vor einer Ausweitung des Golfkrieges. Er hat in den letzten beiden Tagen bei Gesprächen mit den Boten schaffern Iraks und Trans sowie zahlreicher arabischer Staaten das Interesse Bonn an einer Beendigung des Konflikts unterstrichen.

DER KOMMENTAR

Verunsicherung

JOACHIM NEANDER

Im Grundsatz ist es natürlich gut, daß sich nun auch die Europäische Gemeinschaft des Themas Chemie und Gewässerschutz annimmt. Daß eine so konkrete Resolution der EG-Umweltminister überhaupt zustandekam und daß auf deutsches Betreiben so wichtige Dinge wie die Haftung nach dem Verursacherprinzip darin verankert werden konnten, ist für Brüsseler Verhältnisse nicht gerade selbstverständlich.

Dennoch gilt auch für diesen Schritt nach vorn, daß dem Rhein und dem Haushalt der Natur insgesamt mit bloßem politischem Aktionismus nur wenig gedient ist. Daß die EG ihr politisches Gewicht etwa bei künftigen Verhandlungen mit Nichtmitgliedstaaten wie der Schweiz einbringt, kann von Vorteil sein. Davon aber, daß die nationalen Chemie-Kontrollen nun zusätzlich von EG-Kontrollen kontrolliert werden, ob sie auch nach EG-Vorschrift kontrollieren, wäre Fortschritt nicht zu erwarten.

Entscheidend wird sein, wie die Chemieindustrie selbst sich verhält. Zurzeit herrscht allgemeine Verunsicherung. Die einen melden aus Angst vor Skandalen im Zweifel lieber - etwas übertrieben - jeden umgekippten Eimer. Die anderen bunkern sich erst recht ein. Klarheit wird dadurch ebenso wenig geschaffen wie durch markige Äußerungen von Staatsanwälten oder Politikern, die beim besten Willen nicht mehr Fachverständigen mitbringen können als andere Außenstehende.

Vielleicht hilft zur Verbesserung der Beurteilungsmaßstäbe eine Reminiszenz. 1979 gab es bei der BASF einen Großbrand ähnlich dem bei Sandoz in Basel. Es gelangte dank der Vorkehrungen damals kein Gift in den Rhein. Aber Unternehmen und staatliche Kontrolle haben gemeinsam daraus gelernt - unter anderem, daß Offenheit und Kooperation auf die Dauer für alle nützlicher sind als Schweigen und Hinhalten.

Union erwartet, daß FDP zu Anti-Terrorgesetzen steht

Mischnick: Ohne Kronzeuge / Plädoyer eines Extremisten

gba, Bonn
Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion geht in das heutige Koalitions-gespräch mit der FDP über das Paket von Anti-Terrorgesetzen „in der festen Erwartung, daß - mit Ausnahme der Kronzeugen-Regelung - alle anderen Vereinbarungen wie vorgesehen im Dezember verabschiedet werden.“ Das erklärte der Erste Parlamentarische Fraktionsgeschäftsführer Rudolf Seiters nach einer Besprechung mit der FDP-Fraktionspitze gegenüber der WELT.
Auf die Frage nach Bestrebungen innerhalb der FDP, neben der umstrittenen „Kronzeugen“-Regelung auch die anderen geplanten Maßnahmen zu Fall zu bringen (WELT v. 25.11.) sagte Seiters: „Wir gehen fest davon aus, daß die anderen wichtigen Punkte geschlossen von der Koalition getragen werden.“ Dabei geht es insbesondere um die Ausweitung des Straftatbestandes im Paragraphen 129 a (Bildung einer terroristischen Vereinigung) und der neuen Strafdrohung bei Anleitung zu schweren Gewalttaten (Paragraph 130 a StGB), aber auch das Gesetz über das Zentrale Verkehrsinformationssystem, mit dem die Polizei bei der Fahndung direkten Zugriff auf das zentrale Kfz-Register in Flensburg bekommen soll.
Die Unionsfraktion werde, so Seiters, den „Kronzeugen“-Gesetzentwurf „ruhen lassen“, weil die Koalitionsvereinbarung nach den Beschlüssen des FDP-Bundesparteitags „in einem wichtigen Punkt nicht mehr steht.“
Trotz der Bedenken in den eigenen Reihen gegen die Paragraphen 129 a und 130 a geht auch FDP-Fraktionschef Wolfgang Mischnick davon aus, daß in dem Koalitionsgespräch „das Paket der restlichen Anti-Terror-Gesetze bestehen bleibt.“
Volker Speitel, ehemaliges RfF-Mitglied und 1977 erster „Kronzeuge“, befragte die Einführung einer „Kronzeugen“-Regelung. Durch seine damalige Aussage habe der Staat „Einblick in eine Gruppenstruktur“ bekommen, „die ihm bis dahin verschlossen war“, sagte Speitel der „Quick“. Außerdem könnte es sein, daß RfF-Mitglieder, „die innerlich schon ausgesiegen sind, in einer „Kronzeugen“-Regelung eine neue Lebenschance sehen.“

Schlußfolgerungen aus dem Fall Tiedge

gba, Bonn

Unterschiedliche Bewertungen über die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Spionageaffäre des Sommers 1985 haben Koalition und Oppositionsparteien vorgelegt. Während Union und Freidemokraten die Amtsführung von Bundesinnenminister Zimmermann nach den einjährigen Untersuchungen als tadellos einschätzten, blieb die Opposition beim Vorwurf mangelnder Aufsicht über den Verfassungsschutz.
Seite 12: Zimmermann entlastet

„Kohl senkt die Tabu-Grenze“

DW, Bonn

Führende Sozialdemokraten haben Teile der Union und speziell Bundeskanzler Kohl vorgeworfen, sie förderten neonationalistische Tendenzen, um Wähler an sich zu binden, die sonst rechtsradikalen Splittergruppen ihre Stimmen gäben. Vogel: Es verstärke sich inzwischen der Verdacht, Kohls Vergleich zwischen Gorbatschow und Goebbels sei keine Entgleisung gewesen, sondern habe bewußt diesem Ziel gedient. Bundesgeschäftsführer Glatz sagte, Kohl senke die „Tabu-Grenze“.

Koalitionsfrage in Wien führt zu Spannungen in der ÖVP

Parteizüge Graf legte Ämter nieder / Kooperation mit der FPÖ?

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien
Österreichs Bundeskanzler Franz Vranitzky hat gestern bei Bundespräsident Kurt Waldheim den Rücktritt der Regierung im Anschluß an die Nationalratswahlen vom Sonntag eingereicht. Traditionsgemäß wurde das Kabinett mit der Weiterführung der Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung betraut.
Die Koalitionsfrage hat nun zu Spannungen in der christlich-demokratischen ÖVP geführt. Einer der prominentesten ÖVP-Politiker, der bisherige Wirtschaftssprecher und stellvertretende Parteivorsitzende Robert Graf legte alle Parteiamter nieder. Graf begründete seinen Schritt damit, daß er als Anhänger der großen Koalition - also eines Zusammengehens der ÖVP mit den Sozialisten - die Haltung des Parteivorsitzenden Alois Mock nicht präjudizieren wolle. Da bisher verlautete, der ÖVP-Chef wolle sich nicht mit dem Posten eines Vizekanzlers in einer sozialistisch geführten Bundesregierung zufriedengeben, galt Graf als möglicher Kandidat für das Amt.

Die ÖVP ist zweitstärkste Partei. Die Grünen unterstützen ihr jedoch nach der Auswahl der Briefwahlstimmen ein Mandat abtreten, so daß sie nun über 77 statt der bislang gemeldeten 78 Mandate verfügt.

Leserbriefe und Personalien
Fernsehen
Wetter: Regnerisch

Seite 8
Seite 9
Seite 24

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Apel hatte es schwer

Von Heinz Heck

Ein unzureichendes Wirtschaftswachstum, explodierende Unternehmensgewinne, anhaltende Massenarbeitslosigkeit, eine wachsende neue Armut sind die Markenzeichen der Wirtschafts- und Finanzpolitik dieser Koalition. Der Befund des ehemaligen Finanzministers Hans Apel (SPD) stand in deutlichem Kontrast zu allem, was man erst tags zuvor (WELT vom 24. November) von den unabhängigen Fünf Weisen über den Zustand der deutschen Wirtschaft und ihre Perspektiven über den Wahltag hinaus gehört hatte.

Die guten Noten des Jahresgutachtens waren es denn auch, die dem Hauptredner der SPD in der gestrigen Haushaltsdebatte die wirtschafts- und finanzpolitische Schlussbilanz für die ausgehende Legislaturperiode schwer machten. Aus seiner Sicht mag es verständlich erscheinen, daß er Bezüge zum Gutachten auf die etwas zurückgekommenen Wachstumserwartungen und die Aussagen zur Arbeitslosigkeit beschränkte.

Dafür kamen in bestem Wahlkampfstil die alten Leierformeln aus der Zeit der Wende wieder hervor: Umverteilung von unten nach oben, alles für die Reichen, nichts für die Armen usw. Nur ein Slogan blieb in der Versenkung: Stoltenberg ist nicht mehr der Kaputtsparrer der Nation, der pure Fiskalist, der sich an Haushaltszahlen berauscht.

Dieser hatte es mit seiner Bilanz einfacher. Er machte mit seiner gestrigen Rede deutlich, daß er in dem beginnenden Wahlkampf die Alternativen von Koalition und Opposition, speziell SPD, mit allem Nachdruck an der Großen Steuerreform festmachen will. Eine nachhaltige Senkung des überhöhten Lohn- und Einkommensteuertarifs gehört für ihn „zu den wichtigsten Aufgaben der kommenden Wahlperiode“.

Dagegen sieht er die SPD in ihren Nürnberger Parteitagebschlüssen gefangen. Sie habe dort eine Verringerung der Steuerquote grundsätzlich abgelehnt und sich damit den „Zugang zu einer anhaltenden Senkung der Lohn- und Einkommensteuerlast für die arbeitenden Menschen versperrt. Diese Alternative ist für jedermann erkennbar“, meinte Stoltenberg. Und für jedermann erkennbar ist, daß er auf diesem Gebiet in den kommenden Wochen verstärkt zu werben gedenkt.

Doppelter Erfolg

Von Jochen Hehn

Gute Nachrichten für Frau Aquino: Zuerst stimmten die Moslem-Rebellen im Süden des Landes einer Verlängerung der im September geschlossenen Waffenruhe zu und schufen damit die Voraussetzung für Friedensverhandlungen, die innerhalb der nächsten zwei Monate im saudi-arabischen Dschidda beginnen sollen. Dann haben jetzt auch die Kommunisten unter dem Druck des Ende November auslaufenden Ultimatums sich gegenüber dem Regierungs-Unterhändler Ramon Mitra zum Waffenstillstand bereit erklärt.

Durch die angekündigten Friedensverhandlungen ergeben sich nicht nur gute Aussichten, den seit fünfzehn Jahren andauernden Kampf mit den moslemischen Filipinos friedlich beizulegen. Sondern Frau Aquino hat nun auch den Rücken frei für die Bekämpfung der kommunistischen Rebellion. Daher blieb den Kommunisten kaum etwas übrig, als sich ihrem Ultimatum zu beugen und ebenfalls einem Waffenstillstand zuzustimmen.

Denn das Militär hat jetzt mit Ramos und dem neuen Verteidigungsminister Ito ein militärisches Zweigespann an der Spitze, das an einem Strang zieht und entschlossen ist, bei einem neuerlich feindseligen Verhalten die kommunistische Guerrilla mit allen zu Gebote stehenden Mitteln unschädlich zu machen. Die Stellung der Armee wird auch noch dadurch gestärkt, daß bei einer Friedensregelung mit den Moslems große Truppenkontingente aus den Moslem-Gebieten Mindanaos in die von den Kommunisten kontrollierten Gebiete verlegt werden können.

Doch birgt ein Waffenstillstand mit den Kommunisten weit mehr Unabwägbarkeiten als jener mit den Moslems. Die Forderungen der Kommunisten in der Vergangenheit – wie jene nach „diplomatischer Anerkennung“ – haben gezeigt, daß für sie ein Waffenstillstand kein Endziel, sondern eher ein Etappenziel ist auf dem Weg zur politischen Macht. Die Waffenruhe, davon sind die Militärs überzeugt, werden die Guerrilleros dazu nutzen, ihre Positionen auszubauen. Aber auch das Militär selbst könnte bei gezielter Vorbereitung daraus großen Nutzen ziehen.

Mehr Schutzräume

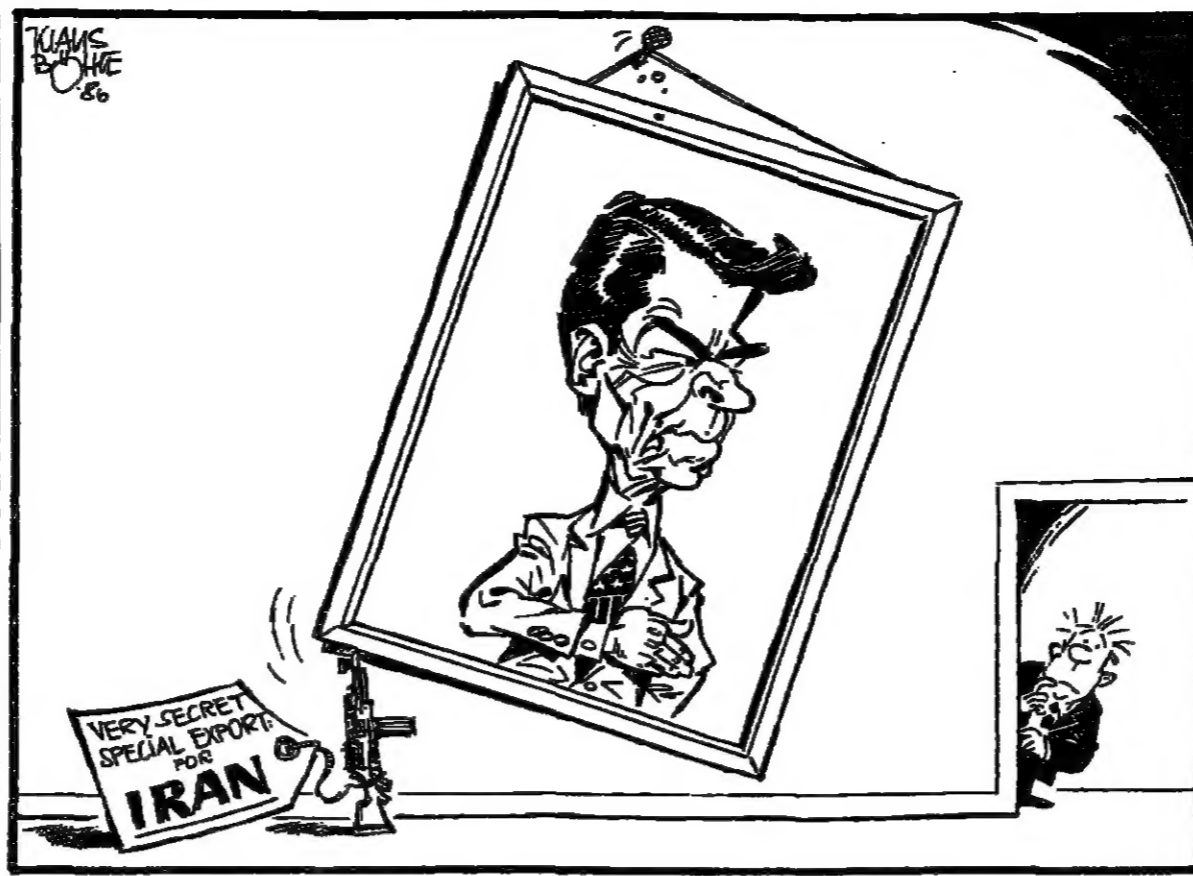
Von Eberhard Nitschke

Daß in der Bundesrepublik Deutschland anders als in anderen europäischen Ländern für je dreißig Einwohner nur ein einziger Schutzraumplatz vorhanden ist, betrachtet Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann angesichts der Bedrohung durch grenzüberschreitende, großflächige industrielle Schadensfälle der letzten Zeit als unmögliche Situation. Seine Erinnerung an das Schutzraum-Baugesetz von 1965 freilich, das aus finanziellen Gründen nie in Kraft trat, sondern sofort suspendiert wurde, könnte jene ehrwürdigen Vorwürfe aus dem Friedensfundus wieder in Umlauf setzen, daß Schutzplätze „Kriegsvorbereitung“ seien.

Der Ausbau der Katastrophenvorsorge, das überproportionale Wachsen der Ausgaben für den Zivilschutz in den nächsten Jahren machen allerdings nur auf die Lässigkeit aufmerksam, die man über Jahrzehnte und eigentlich bis „Tschernobyl“ diesem Thema gewidmet hat.

Während die Bundesregierung seit dem Regierungswechsel 1982 die Ausgaben für Schutzbauten von etwa 58 Millionen Mark auf jetzt 113 Millionen Mark jährlich verdoppelt hat, konnten einzelne Gemeinden, wie zum Beispiel noch vor kurzem Nürtingen, es sich leisten, gegen den Ausbau einer neuen Tiefgarage zu Schutzzwecken für die Bürger zu stimmen. Dergleichen erzeugt allemal mehr Aufsehen als die Tatsache, daß im Bundesinnenministerium die Kommunen Schlange stehen, um die Gelder für solche Baumaßnahmen aus der Bundeskasse abzurufen. Und nachdem schon einzelne Gerichte entschieden haben, daß Gemeinden nicht das Recht haben, den Katastrophenschutz für ihre Bürger schlichtweg abzulehnen, wartet man im Bundesinnenministerium gelassen auf eine höchstgerichtliche Entscheidung in dieser Sache.

Der Titel einer Broschüre zum Zivil- und Katastrophenschutz, die Zimmermann gestern vorstellte, heißt „Sicherer leben“, nicht „Sicher leben“. Ein Leben ohne jedes Risiko ist in einer Industrieland (und in einer nichtindustriellen Welt) nicht möglich. Das Tabu um den „Schutzraum“ ist geborsten. Die Frage ist, ob gegen eine Phenolwolke ein geschlossener Fensterladen hilft – oder ob nicht mehr getan werden muß.



KLAUS BÖHM

Normalisierung?

Von Franz Kadell

General Jaruzelski darf zufrieden sein. Die kirchliche Opposition befindet sich in Verlegenheit, weil sie nicht weiß, wie sie sich zum „Beratungskomitee beim Staatsrat“ stellen soll, die „Solidarität“ zerfällt sich im Untergrund immer mehr, der Papst wird Jaruzelski mit Frau Barbara empfangen, die Amerikaner signalisieren Bereitschaft, die letzten Polen-Sanktionen aufzuheben.

Eingeleitet wurde diese Entwicklung mit der jüngsten Amnestie. Nicht nur die letzten 225 „Politischen“ wurden freigelassen, sondern auch Prominenz aus dem harten und teils militanten Kern: Zbigniew Bujak, Bogdan Borusiewicz und Tadeusz Jedyński.

Der Versuch des Generals, diesen Schritt als humanitäre Geste zu verkaufen, kann das gewichtigere Motiv nicht verdecken: Jaruzelski braucht Geld. Polen steht mit 31 Milliarden Dollar Auslandsschulden in der Klemme. Die Industrie braucht Mittel zur Renovation. Die jüngsten Lohnerhöhungen übersteigen den Produktivitätszuwachs. Will Jaruzelski das Schicksal nicht herausfordern – Preiserhöhungen hatten 1970 Gomułka zum Rücktritt gezwungen und fast zehn Jahre später der „Solidarität“ den nötigen Schub gegeben – muß er an Kredite herankommen.

Die Amerikaner hatten 1983 die meisten Sanktionen aufgehoben, die sie nach Ausrufung des Ausnahmezustands 1981 verhängt hatten, aber auf Kredite und Meistbegünstigungsklauseln halten sie den Daumen – noch. Bei einer „Normalisierung“ würden sie mit sich reden lassen.

Am Rande der KSZE-Konferenz eilte denn auch der polnische stellvertretende Außenminister Jan Kinasz zur US-Unterstaatssekretärin Rozanne Ridgway, um auszufragen, ob die Freilassungen die gewünschte Wirkung gehabt habe. Aber Washington läßt Warschau zappeln. Die Amnestie sei lobenswert, reiche aber nicht. Pluralismus sei der Maßstab für „Normalisierung“.

Kirche und „Solidarität“ verschoben, die Gunst der Stunde zu nutzen, wärsa deutete – nicht zufällig in der „Washington Post“ – die Gründung eines „Provisoriums“.

Am Ende der KSZE-Konferenz eilte denn auch der polnische stellvertretende Außenminister Jan Kinasz zur US-Unterstaatssekretärin Rozanne Ridgway, um auszufragen, ob die Freilassungen die gewünschte Wirkung gehabt habe. Aber Washington läßt Warschau zappeln. Die Amnestie sei lobenswert, reiche aber nicht. Pluralismus sei der Maßstab für „Normalisierung“.

Die Gemeinschaft hat sich nach langwierigen internen Beratungen auf ein „Angebot“ an die türkische Regierung verständigt, das im wesentlichen die Handschrift des Bundesinnenministers trägt. Brüsseler Diplomaten, die stärker die Entwicklung der Gesamtbeziehungen zu Ankara im Auge haben, hatten sich wegen der herausgehobenen Stellung der Türkei an der Ostflanke der NATO eine flexiblere deutsche Position gewünscht.

Nach dem Assoziierungsvertrag von 1963 hätte vom 1. Dezember dieses Jahres an die volle Freizügigkeit für türkische Arbeitskräfte hergestellt werden müssen, was bedeutet, daß Türkei EG-Bürgern bei der Suche nach Arbeit und im Aufenthaltsrecht gleichzustellen wären. Das Assoziierungsabkommen ist nämlich als eine Vorstufe für den späteren Vollbeitrag konzipiert. Es sieht die schrittweise Erreichung einer Zollunion und die Harmonisierung der Politik der verschiedenen Länder vor, wobei die EG Ankara eine nicht unbedeutende Finanzhilfe gewährt. Diese wird allerdings im Moment vom Europa-Parlament mit der Begründung blockiert, daß die türkische Demokratie noch nicht wiederhergestellt sei.

Niemand in der EG war bereit, die unter ganz anderen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zugesagte Freizügigkeit für Gastarbeiter zum vertraglich fixierten Zeitpunkt zu gewähren. Vor allem die Bundesrepublik, die rund 85

am wenigsten zu scheren. Ein Teil will heraus aus dem politischen Halbdunkel der Illegalität und sich mit dem General arrangieren, andere wollen so weitermachen wie bisher. Eine weitere Gruppe denkt erst gar nicht mehr an einen Ausgleich mit dem Regime, sondern träumt von einem unabhängigen Polen in einem Nach-Block-Europa. Die führende „Solidarność“-Zeitung „Tygodnik Mazowiecki“ sah sich genötigt, vor Spaltung zu warnen. Kein Wunder, daß das Regime nicht daran denkt, mit der „Solidarność“ überhaupt zu verhandeln.

Trotz des gegenseitigen Mißtrauens und Taktierens sind dennoch alle Beteiligten bereit, die „nationale Verständigung“ zu wagen. Die Bischöfe haben erklärt, vor dem nächsten Papst-Besuch im Juni müsse ein „Klima der Ruhe und des brüderlichen Vertrauens“ geschaffen und Streitigkeiten beigelegt werden.

Am deutlichsten zeigt sich die Kompromißbereitschaft im Vatikan. Im nächsten Jahr werden Jaruzelski und Frau Barbara während einer Italien-Reise vom Papst empfangen werden. Dafür erlaubt Jaruzelski dem Papst, auf seiner Polenreise auch Danzig, die „Wiege der Solidarität“, zu besuchen. Und dafür ist der Papst wiederum bereit, keine Messe in der Brigittenkirche zu feiern, sondern lediglich am Stadtrand. Am Denkmal der aufständischen Wertarbeiter wird er nicht beten, sondern „vorbeifahren“. Aber er wird in Warschau das Grab des ermordeten Paters Jerzy Popieluszko besuchen.

Wie soll die Welt angesichts eines Fotos „Jaruzelski und der Papst“ noch an der „Normalisierung“ zweifeln können? Der stellvertretende österreichische Außenminister Gerald Hirtreger leistet schon jetzt Schützenhilfe. In Washington plädierte er für die Lockerung der Sanktionen, da die Menschenrechtssituation in Polen „heute viel besser als in den meisten anderen osteuropäischen Ländern“ sei, „sogar besser als in Ungarn, ganz zu schweigen von Ländern wie Rumänien“.

Jaruzelski sitzt fest im Sattel. Aber ob sich Polen von ihm reiten läßt, hängt von der Gangart ab.



Darf auf das Ende der Sanktionen hoffen: Jaruzelski FOTO AP

Vorerst noch Hürden für Zuwanderer aus der Türkei

Die EG macht Ankara ein Angebot in Zimmermanns Handschrift / Von Wilhelm Hadler

Prozent der 1,4 Millionen in der Gemeinschaft beschäftigten Türken aufgenommen hat, ließ frühzeitig erkennen, daß ein weiterer Zustrom angesichts der hohen Arbeitslosigkeit im eigenen Land politisch nicht akzeptabel sei.

Nach der gegenwärtig geltenden Regelung sollen sich die EG-Mitgliedsstaaten zwar nur „bemühen“, türkischen Gastarbeitern Vorrang einzuräumen, wenn der Arbeitskräftebedarf nicht durch Kräfte aus der Gemeinschaft gedeckt werden kann. Immerhin wurde jedoch 1980 beschlossen, daß sich Türken nach einer dreijährigen ordnungsgemäßen Beschäftigung in einem Mitgliedsstaat um einen Arbeitsplatz im gleichen Beruf bewerben dürfen und daß sie nach vier Jahren freien Zugang zu jeder abhängigen Beschäftigung erhalten.

Diese Regelung soll nach dem Verhandlungsangebot der EG auf unbegrenzte Zeit konsolidiert und auf alle im Beschäftigungsland wohnenden direkten Angehörigen ausgedehnt werden. Der Familien-

zuzug soll auf Angehörige der ersten Generation (also Ehegatten und Kinder) beschränkt bleiben. Dabei hat Bonn durchgesetzt, daß das Höchstalter bei Kindern entsprechend den jeweiligen nationalen Regelungen innerhalb der EG festgelegt werden kann.

In der Bundesrepublik ist diese Altersgrenze je nach Ländern verschieden. Bei der Mehrzahl der Bundesländer beträgt sie sechzehn, in Nordrhein-Westfalen und Hessen achtzehn Jahre.

Als eine Verbesserung des gegenwärtigen Status ist die vorgesehene Verpflichtung der EG-Staaten anzusehen, türkische Arbeitnehmer in der Gemeinschaft arbeitsrechtlich und materiell einheimischen Arbeitern gleichzustellen. Familienangehörige verstorbener Arbeitnehmer sollen in der EG bleiben dürfen, wenn sie mindestens fünf Jahre rechtmäßig in der Gemeinschaft leben. Gesichert werden soll schließlich auch, daß Türken, die in einem Gemeinschaftsland freien Zugang zum Be-

IM GESPRÄCH R. Hunthausen

Der Protest-Erzbischof

Von Fritz Wirth

Seine Gegner nennen ihn einen militanten Rebellen, seine Freunde verehren ihn als den „Friedens-Bischof“. Raymond Hunthausen, seit 1975 Erzbischof von Seattle im Staate Washington, ist über keines dieser Attribute glücklich. Er möchte in dieser Stunde, da die katholische Kirche der USA teils stolz, teils verlegen und der Vatikan mit einem Mißfallen auf ihn schaut, am liebsten mit sich allein oder mit seiner Gemeinde gelassen werden, die ihn verehrt. Er war nie ein Mann für Schlagzeilen, sagen jene, die ihn lange kennen. Er ist ein Mann der Stille und der Natur.

Doch es gibt da einen anderen Raymond Hunthausen. Jenen Mann beispielsweise, der amerikanische Nuklear-U-Boote als das „Ausschwitz der Neuzeit“ charakterisiert und seit 1983 dem amerikanischen Staat 50 Prozent seiner Steuern verweigert, weil sie für militärische Zwecke ausgegeben werden. „Können wir zu Gott beten und zugleich Steuern für den Krieg zahlen?“ fragte er in der ebenso schlichten wie fragwürdigen Logik eines Mannes, dem unerschlossen geblieben ist, daß es auch Waffen für die Selbstverteidigung und für den Frieden geben kann.

Diese zuweilen eindimensionalen Betrachtungsweise hat ihn zu einem Problemfisch gemacht. Der Vatikan fand, daß seine Arbeit als Bischof beeinträchtigt habe, daß er seine Erzdiozese in Glaubensfragen an einem etwas zu langen Zügel führe und daß die Lehmeinungen in Seattle etwas zu lax interpretiert würden. So entthob man ihn im September in fünf Bereichen seiner bischöflichen Befugnisse und setzte ihm dafür einen Weihbischof vor die Nase.

Für Hunthausen war es der Schock seines Lebens, sagen seine Freunde. Er selbst bezeichnet die neue Lage in Seattle mit geteilter Bischofsmacht als eine „unmögliche Situation“ für sich, für den Weihbischof und für die 320 000 Gläubigen seiner Diözese. Diese Position wurde durch die letzte Bischofskonferenz nicht besser. Seine 900 Bischofskollegen bekundeten ihm ihr Mitleid und entschieden sich



In fünf Bereichen praktisch entmündigt: Hunthausen FOTO: CAMERA PRESS

im übrigen für den Vatikan. Zurück blieb ein Erzbischof zwischen sämtlichen Stühlen.

Die amerikanischen Medien jubeln ihn zu einer Symbolfigur des Konflikts zwischen dem Katholizismus der USA und Roms empor, eines Mannes, der den „neuen Liberalismus“ der katholischen Kirche in den USA verkörpert. Sie greifen damit zu hoch und orientieren sich wahrscheinlich sogar am falschen Mann.

Die Probleme des Raymond Hunthausen, eines von sieben Kindern deutscher Einwanderer, begannen im Jahre 1962, dem Jahr seiner Bischofsweihe. Es war zugleich das Jahr des Zweiten Vatikanischen Konzils, dessen Beschlüsse und Diskussionen vor allem im sozialistischen Bereich einen tiefen Eindruck bei ihm hinterließen. Hunthausen begann sie in zunehmendem Maße großzügiger zu interpretieren und öffnete schließlich seine Kirche zu einem Gottesdienst für Homosexuelle.

Zwischenbilanz einer unglücklichen Bischofs-Karriere: Seine gegenwärtige Situation ist in der Tat unmöglich. Seine Zukunft ist düster und ein Rückblick in die Vergangenheit schmerzhaft. Er wollte in seiner Jugend eigentlich Pilot werden.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Northwest-Zeitung

Das Oldenburger Blatt klagt über die Nordsee:

Auf Umwelt-Katastrophen wie das Rhein-Gift oder die schon fast tödliche Belastung der Nordsee kann nur unzureichend reagiert werden, weil die erkennbaren Gefahren für das Öko-System durch ungebremste Gift- und Schadstoffeinfleutungen über Jahre hinweg ignoriert wurden. Die Gefahren etwa, die von der chemischen Industrie am Rhein ausgehen, waren durchaus voraussehbar. Ebenso kann man sich an den Fingern abzählen, wann der „biologische Tod“ der Nordsee ereilt, wenn weiterhin Jahr für Jahr Millionen und Abermillionen Tonnen Schadstoffe eingeleitet werden. Doch nichts deutet zur Zeit darauf hin, daß da in absehbarer Zukunft Entscheidendes passieren könnte.

SÜDWEST PRESSE

Die Ulmer Zeitung fordert die Nennung der Namen von Skandalfirmen:

Das nützt alles nichts, wenn die Polizei die Zustände in einigen Firmen der Tiefkühlbranche erschreckend und skandalös nennt. Da müssen Namen auf den Tisch, Namen der Firmen und Namen der Produkte, mit denen dieser skandalöse Schwindel betrieben wird, auch wenn die Hersteller der Tiefkühlkost nicht für die Sünden der Zwischenhändler verantwortlich zu machen sind, müssen sie hier in eine Art moralischer Haftung genommen werden. Was die

Lebensmittelkontrollen der Polizei jetzt zum wiederholten Mal aufgedeckt haben, ist mehr als Betrug.

FLENSBURGER TAGEBLATT

Es legitimiert die Schüsse an der Mauer: Allen DDR-Gesetzten zum Trotz ist brutale Fluchtverhinderung Mord. Und es ist unsere Pflicht, die Honecker immer wieder zu sagen. Der neue Berliner SPD-Landeschef Walter Momper tat das mit aller Deutlichkeit: Jeder Schuß sei ein „Mordanschlag auf den Freiheitswillen der Eingesperrten“.

Basler Zeitung

Es muss in EG-Umweltforderungen an die Schweiz: Die EG und die Rheinverstaaten werden der Schweiz ihre „Seveso-Richtlinie“ wenn nicht als Muster, so doch als Mindeststandard vorhalten. Eine weitere Einsicht, die das Schweizer Selbstverständnis anknackt: Nicht nur Sandoz war saumäßig, die Schweiz als Staat war es auch.

СОВЕТСКАЯ

Die sowjetische Parteizentrale schreibt an den Österreichischen Wähler:

Die Sozialisten haben sich jedoch „über Wasser“ halten können. Daß sie nicht untergehen, wurde vor allem dadurch gewährleistet, daß die SPÖ-Regierung unentwegt den vom Status der ständigen Neutralität und dem Staatsvertrag über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreichs bestimmten Kurs verfolgt hat.

دولتی من ایران

Sie hütet das Bild vom großen Präsidenten

„Ohne Nancy Reagan gäbe es heute keinen Präsidenten Reagan“, heißt es in ihrer nächsten Umgebung. Und wenn dieser Präsident, ihr Mann, in Bedrängnis gerät – wie nun in der Iran-Affäre –, dann scheint Nancy Reagan zu einer harten politischen Kämpferin zu werden. Denn eines kann sie nicht aussetzen: das Schattensystem auf diesen Ronald Reagan.

Von FRITZ WIRTH

Ein immerwährendes öffentliches Lächeln. Eine kleine Hand, die am Arm ihres Mannes, halb fütternd, halb helfend, Halt sucht. Ein zerbrechlich erscheinender, schlanker Körper, 104 Pfund schwer, der an der Seite eines Präsidenten mit Gardemaß noch kleiner und mädchenhafter wirkt, als er es ohnehin schon ist – so sehen die Amerikaner seit sechs Jahren ihre „First Lady“.

Es gibt seit einiger Zeit auch andere Bilder dieser Frau: eine große Eminenz im Halbschatten der Macht. Eine starke Hand, deren Kraft und Einfluß in allen Etagen des Weißen Hauses spürbar wird. Eine entschlossene und eigenwillige erste Dame, die Denkweisen und Entscheidungen des Präsidenten mitbestimmt.

Beispielsweise zur Stunde, da Ronald Reagan sich aus dem Zangenriff der Iran-Affäre zu lösen versucht und sich mit der Frage plagt, ob er eine Reihe seiner engsten Mitarbeiter feuern soll, wie etwa seinen Stabschef Donald Regan und seinen Außenminister George Shultz. Und hinter diesen Spektakel und die treibende Kraft seit Tagen immer wieder Nancy Reagan auf, nach der Faustregel: Ronald Reagan ist ein „softie“, der bis zur letzten Minute zu seinen Mitarbeitern steht – alle Feuergehalt geht von der „ersten Dame“ aus.

Nicht Machthunger treibt Nancy, sondern Sorge

Was also stimmt an diesen Vermutungen? Was ist ihre Rolle und welches dieser unterschiedlichen Bilder trifft zu – das der halbschattigen Begleiterin oder das der entschlossenen politischen Wegweiserin?

Die Antwort kann ohne umständliche Erörterungen gegeben werden: Diese zerbrechliche Frau hat Gewicht, sowohl in der amerikanischen Politik als auch im Leben und in der Karriere des Ronald Reagan. Ihr Sohn Michael und der langjährige Berater des Präsidenten, Lyn Nofziger, bestätigen es übereinstimmend: „Ohne Nancy Reagan gäbe es heute keinen Präsidenten Reagan.“ Sie ist ohne Zweifel die politisch wirksamste „First Lady“ dieses Jahrhunderts.

Falsch jedoch wäre es, diesem Einfluß das Motiv der Machtbesessenheit zu unterstellen. Zugleich ist es nicht der lästige, dominierende Einfluß jener Art, der sich in Sätzen nieder-

schlägt wie „Ronnie, du solltest dies tun“ oder „Du solltest da einmal nach dem Rechten sehen“. Die Ehe und die Partnerschaft dieser beiden funktionieren anders. Nancy Reagans Anspruch, mitzureden und gehört zu werden, und ihr Drang, Einfluß zu nehmen, hat zuerst und vor allem abschirmenden, schützenden und persönlichen Charakter. Sie nimmt Anteil an allem, was die Darstellung der amerikanischen Politik durch den Präsidenten selbst, was sein Image in der Öffentlichkeit und was sein persönliches Wohlergehen betrifft.

Beispiel: Es kümmert sie nicht, welche Prioritäten Ronald Reagan bei den jetzt wieder beginnenden Budget-Querschnitten, einem der heißesten politischen Probleme der nächsten acht Monate, doch es berührt sie zutiefst die Richtung und das Klima des Dialogs mit der Sowjetunion. Sie war vor zwei Jahren eine der treibenden Kräfte im Weißen Haus, die zur Aufnahme dieses Dialogs drängten. Der Grund: Es bedrückte sie der Gedanke, daß sich das Kapitel Ostpolitik einer späteren Geschichtsschreibung mit dem Zitat des „Empire des Bösen“ erschöpfe und es schmerzte sie, Ronald Reagan im Ostblock als säbelrassenden Militäristen dargestellt zu sehen.

Dieser Anspruch, Einfluß zu nehmen, war nicht immer da. Sie hatte zu Beginn im Weißen Haus zunächst Schwierigkeiten, eine eigene Rolle zu finden und das Image loszuwerden, Urheberin einer neuen oberflächlichen Eleganz im Weißen Haus zu sein. Der Wandel kam mit dem Attentat auf Ronald Reagan. Es war jenes Ereignis, das sie buchstäblich zur Schirmherrin im Weißen Hause machte. Seither reagiert sie allergisch auf alle Gefahren, übermäßigen Strapazen und die Risiken des Mißverständnisses, denen der Präsident ausgesetzt werden könnte. Das sind die entscheidenden Kriterien ihres persönlichen politischen Engagements und Einflusses, und es sind zugleich die Maßstäbe, die ihr Urteil über die Mitarbeiter des Präsidenten bestimmen.

Dieses Urteil über die Präsidenten-Berater war in den ersten vier Jahren positiv, obwohl Alexander Haig bis heute darauf beharrt, daß es Nancy Reagan war, die 1982 an seinem Außenminister-Stuhl sagte. Inzwischen weiß man, daß zumindest mehrere andere mitgesagt haben. Nein, diese ersten vier Jahre waren für sie problemlos, weil Ronald Reagan im Weißen Haus mit Edwin Meese, William Clark und Michael Deaver von Leuten umgeben war, die seine Schwächen, seine Instinkte und seine Stärken kannten. Sie arbeiteten ihm zu und sie schirmten ihn ab. Sie waren darüber hinaus Virtuosen im Public-Relation-Geschäft. Henry Kissinger neidvoll: „Diese Männer waren in der Lage, politische Krisen mit Public-Relation-Mitteln zu neutralisieren.“

Der Wandel kam vor zwei Jahren, als die Kalifornier um Deaver und



„Sie ist die bessere Taktikerin“, Nancy Reagan

FOTO: DPA

Meese das Weiße Haus verließen und Donald Regan mit seinem Team einzog. Dieses neue Team ist forsch, aber kaum subtil und sein Krisen-Management oft grobkörnig. Das größte Handicap dieses neuen Teams um Donald Regan: Es mangelt ihm an dem nahe- und unbegrenzten Vertrauen und Wohlwollen, das Nancy Reagan seinen Vorgängern James Baker und vor allem Michael Deaver entgegenbrachte, der seit Jahrzehnten einer ihrer engsten Freunde ist. Da bedurfte es denn keiner Phantasie mehr, sich den Zorn der „First Lady“ vorzustellen, als Ronald Reagan bei der letzten Pressekonferenz im Weißen Haus in der vorigen Woche – offenbar von seinen Beratern schlecht vorbereitet – sich in Widersprüchen und Ungenauigkeiten verhedderte.

Stille Sehnsucht nach der guten alten Zeit

Diese Fernseh-Vorstellung traf Nancy Reagan an ihrem empfindlichsten Nerv. Für sie ist es unerträglich, wenn Ronald Reagan durch solche Pannen unter Wert verkauft wird. Die Spekulationen der amerikanischen Presse über eine Rückkehr neuer kalifornischer Schlüsselfiguren mögen deshalb nicht unbedingt zutreffen, sie waren aber nicht schlecht gezielt. Es waren Spekulationen mit den stillen Sehnsüchten der „First Lady“ nach der guten alten Zeit im Weißen Haus, als Ronald Reagan noch Ronald Reagan sein konnte.

Denn es wäre ein Irrtum zu glauben, daß die Reagans ihr Dasein im Weißen Haus als das ungetrübte Himmelreich empfinden. Es mag paradox sein: Beide sind das bei weitem populärste amerikanische Präsidenten-

paar dieses Jahrhunderts, dennoch fühlen sie sich einsam im Weißen Haus. Sie haben viele gute Freunde und noch mehr „Groupies“, die sich als gute Freunde fühlen, doch die Reagans sind im Grunde ein sehr privates Paar und haben nur sehr wenige Menschen in der Welt, denen sie ihr Vertrauen schenken. Und so gibt es nach den übereinstimmenden Aussagen aller, die ihnen nahe stehen, keine Zweifel: Nancy Reagan ist heute der wichtigste und einflussreichste politische Berater des Präsidenten. Charles Wick, seit 25 Jahren ein Familienfreund, entdeckte dabei eine klare Rollenverteilung: „Sie ist micro, er ist macro. Sie ist die bessere Taktikerin, er der bessere Strategie.“

Sie haben es in ihrer Karriere, ihren Krisen und Triumpfen gelernt, sich zuerst auf sich selbst zu verlassen. Sie sind beide Erfolgsmenschen, doch von ihrer Herkunft als Schauspieler her empfindlich gegenüber Kritik. Ihr Adoptivsohn Michael Reagan beschreibt es so: „Mache eine negative Bemerkung über Ronald Reagan, und das ist das Ende deiner Freundschaft mit Nancy. Ihr Leben ist auf ihn fixiert. Sie wird stets alles tun, was nötig ist, ihn zu isolieren und ihn glücklich zu machen.“ Diese Charakterisierung läßt ahnen, wie sehr die Kritik, die Bloßstellungen und der Mangel an Loyalität engster Mitarbeiter, die die jüngste Krise kennzeichneten, dieses Paar und vor allem Nancy Reagan getroffen haben.

Doch da gibt es ein weiteres Zitat ihres Sohnes Ron Reagan, das etwas über die Härte dieser körperlich so zerbrechlich scheinenden Frau aussagt: „Ich möchte meine Mutter nicht als Boß über mich wissen.“ Auch immerwährendes Lächeln kann täuschen.

Das Märchen aus 1001 Nacht weicht der Wirklichkeit

Wenn der König zur Audienz bittet, bleibt die Begleitung draußen: Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß beim saudischen König Fahd, dem Herrscher eines Landes, in dem nicht mehr nur Milch und Honig fließen.

Von PETER SCHMALZ

Ibrahim hat einen feinen Job. Der bärtige Araber rafft sein wehen- des Gewand im Nachthemd- schnitt, das sie hier Thob nennen, schüttelt mit einer Kopfbewegung sein rot-weißes Kopftuch nach hinten und steigt mit Sandalen an den nackten Füßen in einen weißen Buick. Dann fährt er mit seinem sanft schaukelnden Straßenkreuzer hinter Polizeiwagen mit blitzenden Rotlichtern und Kojak-Sirenen über die vielspurigen Straßen der saudischen Hauptstadt Riad. Die Klimanlage hält die Wüstenhitze draußen und die mit lauten Gejälle freigelegten Strecken sind selten länger als von einem märchenhaften Frunkministerium zum nächsten. Ibrahim chauffiert Gäste des Königshauses.

Und wenn er zurückkehrt ins königliche Gästehaus, das mehrfach gesichert ist durch Elektronik und Wachmannschaften und vor dessen marmorgeländerten Portal ein verschwendisches Wasserspiel sprudelt, dann erwartet ihn ein opulentes Büffet, wie es sonst nur Gäste in Luxushotels finden. Er tafelt kostenlos, soviel er fassen kann. Und einem deutschen Gast, der hier im Herzen des strengsten unter den islamischen Staaten ein alkoholfreies in der Schweiz gebräutes Bier bezahlen will, wird von einem rotbekleideten Diener beklundet: „In diesem Haus kann man nicht zahlen.“

In diesem Haus wäre es aber um ein Haar zu einer historischen Begegnung gekommen: Die Sonne war schon hinterm Wüstenhorizont verschwunden, als Yassir Arafat mit Palästinenser-Tuch auf dem Kopf und wuchtiger Revolvertasche am Gürtel dem Aufzug zustürmte und zu seinem Zimmer im sechsten Stock fuhr. Doch da waren schon einige Minuten vergangen, seit Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß von seiner Suite im zweiten Stock den gleichen Weg hinabgefahren und in einen schwarzen Mercedes 600 ins Innenministerium zu Prinz Naif, dem jüngsten Bruder des Königs, geeilt war. So blieb nur, daß beide ohne voneinander zu wissen, eine Nacht unter dem gleichen Dach verbrachten.

Erst PLO-Chef Arafat, dann Franz Josef Strauß

König Fahd empfing beide im Abstand von 24 Stunden; beider Rat und Meinung sind ihm wichtig. Er fühlt sich als Hüter der arabischen Einheit und sucht deshalb auch den Rat des PLO-Führers. Er sieht sich aber auch als das stabilisierende Element in der von Krieg und Revolutionen, Attentaten und Entführungen erschütterten Golf-Region und achtet deshalb den Regierungschef aus Bayern als einen Mann der klaren Analyse und der deutlichen Worte.

Der König bat ihn am Montagabend zur Audienz in seinen Palast, der angesichts des neuen festungsartigen Außenministeriums oder des

vor Messing und Marmor blitzenden Verteidigungsministeriums bescheiden wirkt. Fahd ließ auf ausdrücklichen Wunsch keinen aus der Begleitung zu (selbst Strauß-Sohn Max mußte nach einem gemeinsamen Foto den Raum verlassen) und diskutierte anschließend mit dem deutschen Gast eineinhalb Stunden unter vier Augen. Es wurde über das Verhältnis zu Israel und vor allem über die überraschende Waffenlieferung der Amerikaner an Iran gesprochen.

Wie sehr ihn auch internationale Probleme bedrücken mögen, so wenig muß sich der saudische König mit den Regierungsschwierigkeiten einer westlichen Demokratie plagen. Er ist der absolute Herrscher, ist Oberster Richter und geistliches Oberhaupt zugleich, der Koran ist Verfassung und Gesetz.

Besuch in einem „völlig neuen Land“

Noch heute drohen Gesetzesbrechern Peitsche und Schwert. An der strengen Handhabung des Korans änderte sich nichts, seit Ibn Saud in den ersten drei Jahrzehnten dieses Jahrhunderts den Großteil der ausgetrockneten und armenigen Wüstenhalbinsel eroberte und das neue Königreich nach seinem Familiennamen Saudi-Arabien nannte. Doch dann wurden die reichsten Erdölvorkommen der Welt entdeckt, 1938 begann die Förderung, sechs Jahre später der Export. In den 70er Jahren über- schwemmten die Ölkrise das Reich mit Petrodollar ungeahnter Menge und nichts war mehr wie früher. „Ich bin in ein völlig neues Land gekommen“, staunte Strauß und verglich das Riad, das er vor neun Jahren gesehen hatte, mit der prosperierenden Wüstenmetropole von heute, in der jeder achte des Neun-Millionen-Volkes lebt.

Doch das moderne Märchen aus 1001 Nacht, von dem die mit feinsten Materialien der Welt geschaffenen Verwaltungspaläste künden, wird seit einiger Zeit vom Schleier der Sorge umwoben. Preis und Förderung des Erdöls sinken, in der Staatskasse klappt ein Milliardenloch, das aus den allerdings noch immer reichlichen Reserven gedeckt werden muß. Im letzten Finanzjahr, das Ende März schloß, wurden 181 Milliarden Rial ausgegeben, aber nur 103 Milliarden eingenommen (ein Rial entspricht 0,55 DM). Ein neues Budget wurde noch nicht aufgelegt, es soll nun endlich am 22. Dezember bekanntgegeben werden.

Das moderne Leben in der Wüste kostet aber Geld, das luxuriöse sogar extrem viel. Stolz erzählt der Vize-Innenminister bei einem Diner im Wasserturm hoch über der Stadt seinem deutschen Nachbarn, daß sein Land mittlerweile mehr Weizen erntet als es benötigt, daß es Wassermelonen exportiert und daß es sich mit den meisten Früchten und Gemüsen selbst versorgen kann.

Am nächsten Tag erkennt der Gast beim Flug von Riad zur neuen Retortenstadt Jubail nahe dem Persischen Golf, mit welchem Einsatz dieser Erfolg erkämpft wird: Inmitten der Wüste sind zirkelakke dunkle Kreise von mehreren 100 Meter Durchmesser. Es sind Felder, die dem seit Jahrtausenden ausgedörrten Boden durch künstliche Bewässerung abgerungen

werden. Doch das Grundwasser stammt vom Ende der letzten Eiszeit und wird knapp, entsalztes Meerwasser aber kommt teuer. „Für eine kostengünstige großtechnische Entsalzung fehlt noch das Know-how“, sagt Thyssen-Vorstandsmitglied Winfried Haastert, von dessen Unternehmen die Saudis auch Pumpen und Betriebsanlagen kaufen.

Nun sieht der seit vergangenem Jahr laufende Fünf-Jahres-Plan immerhin vor, die Weizenproduktion auf die Höhe des Eigenbedarfs herunterzufahren, doch der Anbau anderer Nahrungsmittel soll sogar noch vermehrt werden. Und so wurde bisher an anderen Stellen gekürzt: In Riads Neubaugebieten bleiben Prestige- bauten unvollendet, die großzügigen Sozialleistungen werden beschnitten und die oft üppigen Gehaltszulagen, selbst die sind völlig gestrichen.

Und das alles fällt in eine außenpolitisch bewegte Zeit, die den sicherheitsbedürftigen Saudis großen Kummer bereitet. Bisher versuchten sie mit dem offenen und heimlichen Transfer von Petrodollar in die Nachbarländer sich Ruhe zu erkaufen. Strauß: „Manche nennen es Scheckbuchdiplomatie.“ Dazu kommen erhebliche Ausgaben für das eigene Militär. Bezahlen können sie das alles aber nur mit dem, was das Erdöl einbringt.

Gerüchte über einen neuen Öl-Minister

Die Rettung aus dem Öl-Dilemma der niedrigen Förderquoten und tiefen Preise suchte König Fahd kürzlich mit der Entlassung seines schon legendär gewordenen Ölministers Yamani. Planungsminister Hisham Nazer übernahm das Ressort zusätzlich, doch schon kursiert in Riads diplomatischen Kreisen die Spekulation über eine erneute Änderung, wobei aufmerksam registriert wird, daß Nazer bisher als Ölminister nicht bestätigt ist. Dem Omdit zufolge soll Außenminister Prinz Saud Al Faisal, der 45jährige Sohn des 1975 ermordeten Königs Faisal, ins Ölministerium wechseln und sein Amt an Prinz Bandar Bin Sultan, den Sohn des Verteidigungsministers und Botschafters in Washington, übergeben.

Wer immer der Ölchef auch sein wird, er ist ohne Zweifel der Mann, an dessen Fortuna das Schicksal Saudi-Arabien gekoppelt ist. Er wünsche sich, daß der Ölpreis wieder etwas steigt, gesteht Strauß gegenüber seinen saudischen Gesprächspartnern ein – doch nicht aus verbeugender Höflichkeit, sondern aus innerer Überzeugung: „Wir brauchen ein wirtschaftlich starkes Saudi-Arabien als Faktor der Stabilität in dieser Region. Daran haben wir größtes Interesse, auch wenn das ein paar Dollar mehr pro Barrel kostet.“

In dieser Situation gleicht das Gastgeschenk, das Strauß dem König überreicht, fast einer Warnung vor der Kraft der Elemente, denen zu trotzen in dieser heißen Ecke der Erde nur ein finanzstarker Staat fähig sein kann: Es ist eine alte Landkarte der arabischen Halbinsel. Als sie vor 204 Jahren in Venedig gestochen wurde, war das heutige Saudi-Arabien nichts als eine gnadenlos heiße Wüste. Ibrahim, der Chauffeur, hätte sein karges Fladenbrot damals als Kameltreiber verdienen müssen.

„Am liebsten höre ich Mozart und gute Nachrichten von meiner Bank. Neben meinen anderen Geldgeschäften kümmert sie sich auch um steuersparende Anlagen und gibt mir immer wieder wertvolle Tips. Das kann meine Bank besonders gut, weil sie zusammen mit führenden Finanzinstituten einen leistungsfähigen Verbund bildet. Ein eingespieltes Orchester.“

Der Verbund:

- Volksbanken, Raiffeisenbanken mit mehr als 19.000 Bankstellen
- DG BANK Deutsche Genossenschaftsbank
- 7 regionale Zentralbanken
- Bausparkasse Schwäbisch Hall
- DG RVP Deutsche Genossenschaftsbank
- DIFA Deutsche Immobilien Fonds AG
- Münchener Hypothekendarlehenbank AG
- R+V Versicherung
- Union-Investment-Gesellschaft

Wir bieten mehr als Geld und Zinsen.

Volksbanken Raiffeisenbanken

Biedenkopf übt heftige Kritik an Pützhofer

Breu, DW, Düsseldorf

Der nordrhein-westfälische CDU-Vorsitzende Kurt Biedenkopf hat seinem Stellvertreter Dieter Pützhofer gestern „wahlkampfschädliches Verhalten“ und Mißachtung von Beschlüssen des Partei- und Fraktionsvorstandes vorgeworfen.

Vor der Düsseldorfer CDU-Landtagsfraktion sprach Biedenkopf Presseberichte an, in denen Pützhofer einen Sonderwahlkampf der CDU nach dem Beispiel der nordrhein-westfälischen SPD verworfen und die Personalprobleme von Partei und Fraktion

Anzeige

Ihre berufliche Zukunft beginnt heute.

Was Sie tun müssen ist, die Chancen zu nutzen, die Ihnen die BERUFS-WELT bietet - mit dem großen überregionalen Stellenmarkt für Fach- und Führungskräfte. Jeden Samstag in der WELT. Auf Wunsch: 4 Wochen kostenlos. Telefon 0136-6010 (zum Ortsamt). Oder Postkarte an: DIE WELT, Postfach 30 56 30, 2000 Hamburg 36.

DIE WELT
Jeden Samstag mit BERUFS-WELT

nach der Bundestagswahl angesprochen hatte. Ohne den Namen seines ersten Stellvertreters zu erwähnen, wertete Biedenkopf diese Initiative als die gezielte Entfaltung einer innerparteilichen Diskussion „an der Heimatfront“. Er müsse deswegen den klaren Verstoß gegen Partei- und Fraktionsbeschlüsse feststellen, in denen vereinbart worden sei, Personalprobleme nicht vor der Bundestagswahl öffentlich zu diskutieren.

In einem demnächst erscheinenden Buch über die Grünen hat Biedenkopf deren Beitrag zur deutschen Politik positiv gewürdigt. Die Grünen hätten dazu beigetragen, daß sich in den großen Parteien - „vor allen Dingen auch in meiner eigenen Partei“ - die Prioritäten geändert hätten. Er äußerte Sorgen wegen möglicher Einflüsse von Kommunisten. Gefahren sehe er nicht in den Grünen als solche, sondern im Mißbrauch ihres politischen Ansehens durch Kräfte, die Machtchancen nutzen wollten.

Schäuble: Versäumnisse in Medienpolitik aufholen

„Unser Land im Aufbruch“ / Tagung Evangelikaler Publizisten

HENK OHNESORGE, Bonn

„Es widerspricht dem Grundsatz der Kommunikationsfreiheit, wenn Programme, die am Ort ihrer Zulassung frei empfangbar sind, in einem Bundesland nur deshalb nicht weiterverbreitet werden dürfen, weil sie in der Verantwortung privater Unternehmen gesendet werden, obwohl die Technik einen Empfang zuläßt.“ Auf einer Tagung der Konferenz Evangelikaler Publizisten (kep) zum Thema „Unser Medienalltag - zwischen Anspruch und Angebot“ setzte sich Bundesminister Wolfgang Schäuble für den konsequenten Ausbau einer dualen Medienpalette bei Hörfunk und Fernsehen ein.

Bis Herbst 1982 habe sich Medienpolitik im wesentlichen in Untersuchungen erschöpft, Nutzen und Risiken der neuen Informations- und Kommunikationstechniken zu ergründen. Es wurde untersucht, erwogen und debattiert, aber wenig zur Verbesserung der Informationsfreiheit getan. „Wir haben das geändert und die Einführung zusätzlicher Fernseh- und Hörfunkprogramme nicht bis in die 90er Jahre verschoben.“ Ein Jahrzehnt der Versäumnisse könne zwar nicht in wenigen Jahren aufgeholt werden, doch befände sich unser Land inzwischen im kommunikationstechnischen Aufbruch.

Schäuble kritisierte, daß es bisher noch nicht zum Abschluß eines gemeinsamen Staatsvertrages der Län-

der zur Neuordnung des Rundfunkwesens gekommen sei. Einige Länder glaubten, den Zugang in eine neue Kommunikationsordnung noch bremsen und das öffentlich-rechtliche Rundfunkmonopol noch für längere Zeit aufrechterhalten zu können. Nach dem Karlsruher Urteil vom 4. November 1986 zum niedersächsischen Landesrundfunkgesetz seien die Länder zur Koordination der landesgesetzlichen Regelungen und zu Kooperation verpflichtet worden, „weil nach Auffassung des Gerichts unter den heutigen technischen Bedingungen gar kein funktionierendes Rundfunksystem mehr hergestellt werden kann“. Die neue technische Kommunikation werde nicht mehr, wie in der Vergangenheit, negativ, sondern als Mittel gesehen, das zu mehr Freiheit, mehr Vielfalt, mehr Demokratie und mehr Verbundenheit mit der Welt führen könne.

Zustimmung zum Wettbewerb zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Anbietern bei gleichzeitiger Skepsis gegenüber optimistischen Zukunftsdarstellungen äußerte Willibald Hilff, Intendant des SWF und derzeit Vorsitzender der ARD. Im Lager der Anbieter herrsche Katerstimmung, einige seien „reumütig zu ihren ursprünglichen Leisten zurückgekehrt“. Statt mehr Vielfalt sei ein Meer an Einfalt zu erwarten, weil sich private Anbieter ausschließlich an der Unterhaltung ausrichteten.

CDU fordert den Rücktritt Scherfs

www, Bremen

Aus den Reihen der CDU ist der Rücktritt des Bremer Sozialsenators Henning Scherf gefordert worden. In einem Interview hatte der SPD-Politiker gesagt, die Chancen der Nicaraguaner stiegen erst, wenn Reagan nicht mehr im Amt sei. „es sei denn, er geht vorher mit seinem Krebs unter die Erde. Hoffentlich kommt der Wechsel vor zwei Jahren“, Scherf erklärte, durch die Verkürzung sei eine politische Aussage leider mit dem persönlichen Befinden des Präsidenten verquickelt worden. An US-Botschafter Burt schrie er: „Ich wünsche Reagan weiterhin Gesundheit.“

Industrie hilft bei Müll-Beseitigung

rtf, Mainz

In Rheinland-Pfalz beteiligt sich die Wirtschaft freiwillig an der Finanzierung der Beseitigung industrieller Altlasten. Umweltminister Töpfer (CDU) teilte gestern mit, die „Gesellschaft zur Beseitigung von Sonderabfällen in Rheinland-Pfalz“ werde künftig grundsätzlich mit der Altlastensanierung betraut. Sie solle zunächst für vier Jahre je zur Hälfte von der Industrie und dem Land mit einem Finanzrahmen von 50 Millionen Mark ausgestattet werden. Trotzdem gelte weiter das Verursacherprinzip. Die Kooperation diene, so Töpfer, der Sanierung akuter Einzelfälle.

Bund richtet Zentrale für Katastrophen ein

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann will nach den Erfahrungen mit technischen Großunglücken der letzten Zeit bis spätestens 1988 in seinem Ministerium eine „zentrale Koordinierungsstelle auf Bundesebene“ schaffen, in der „alle Arten von länder- und grenzübergreifenden Gefahrenlagen erfaßt werden müssen“.

Wie Zimmermann gestern bei der Vorlage einer Broschüre mit dem Titel „Sicherer leben“ sagte, arbeitet im Innenministerium seit zwei Monaten bereits ein Expertenteam, das aufgrund der Erfahrungen mit Satellitenstürzen einen Vorschlag zum Aufbau der Zentrale bis zum Sommer 1987 vorstellen wird. Die neue Zentrale soll durch Gesetz eingeführt werden und durch Mitarbeit der Bundesländer die „politische Kompletierung“ des Katastrophenschutzes bilden.

Insellösungen zum Strahlenschutz“ reichten nicht aus. Für besonders dringend notwendig hält Zimmermann bilaterale Hilfeleistungsabkommen „für alle denkbaren Gefahrenlagen“ mit der „DDR“ und der CSSR, nachdem es Verträge bereits mit Österreich und den Niederlanden gebe.

Für ein bis 1990 reichendes Konsolidierungsprogramm (Kosten: 1,1 Milliarden Mark) werden von der Bundesregierung mehr als 10 000 neue Spezialfahrzeuge für den Katastrophenschutz angeschafft. Einheiten und Einrichtungen, die auf Kosten des Bundes die Bürger vor den Folgen von Katastrophen schützen, beauftragte Zimmermann auf jetzt 7300, die insgesamt 145 000 Helfer bereitstellen. Namentlich erwähnte er das „Technische Hilfswerk“, das 1985 in Äthiopien, dem Sudan und in Mexiko eingesetzt wurde.

Zu den Kosten des Katastrophenschutzes sagte Zimmermann, die jüngsten Verschmutzungen des Rheins hätten gezeigt, welche Bedeutung ein Verbund von Notbrunnen hätte, die Ausgaben für den Zivilschutz würden 1987 auch deshalb auf 769,7 Millionen Mark (plus 4,6 Prozent im Vergleich zu 1986) steigen. Als „völlig indiskutable Situation“ bezeichnete er es, daß durch eine „Verkürzung des Schutzraumbaus“ in der Vergangenheit heute für 30 Personen nur ein Schutzraumplatz vorhanden sei.

Schnitzlers Neffe verließ sich auf die Gestirne

Flucht über Ostsee aus privaten und politischen Gründen

BERND HUMMEL, Eschwege

„Ich sah die Positionen und wußte im gleichen Augenblick, daß ich es geschafft hatte.“ Mit diesen Worten beschrieb der 36jährige Hans-Karl von Schnitzler vor Grenzbeamten die seit der innerdeutschen Demarkationslinie das glückliche Ende seiner Flucht aus der „DDR“ über die Ostsee. Wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten nannte der Mann - nach eigenen Angaben ein Neffe von Karl-Eduard von Schnitzler, Chefkommandant beim „DDR“-Fernsehen - die Gründe für sein abenteuerliches Unternehmen.

Schon lange hatte der 36jährige an Flucht gedacht, doch letztlich, so berichtete er, „hatte mich immer wieder der Mut verlassen“. Am vergangenen Sonntag aber mußte das Vorhaben schneller gehen als ursprünglich geplant. Denn Angehörige der „DDR“-Grenztruppe suchten nach ihm. Hans-Karl von Schnitzler: „Ich hatte keine Wahl mehr, ich mußte mich von einer Sekunde zur anderen entscheiden.“

Der Mann war Sonntag mittag mit seinem Pkw von Wismar aus losgefahren, um Fluchtmöglichkeiten entlang der „DDR“-Küste zu erkunden. Im Kofferraum seines Wagens: ein Schlauchboot und ein Tauchanzug. Überraschend gelang es ohne Probleme in das Sperrgebiet, die sogenannte „Fünf-Kilometer-Zone“. Wer dort angetroffen wird, der muß sich mit einem besonderen Passierschein ausweisen können. Doch das konnte der 36jährige nicht, als er kurz darauf von einer Streife der „DDR“-Grenztruppe angehalten wurde.

Überrumpelte Posten

Die Grenzer verlangten Ausweispapiere und Führerschein, nachdem sie den Mann zum Aussteigen aufgefordert hatten. Unter dem Vorwand, die Papiere aus dem Pkw holen zu müssen, setzte sich Hans-Karl von Schnitzler aus der Hand der Grenzer. Die Posten waren so überrascht, daß sie nicht zur Waffe griffen. Dem 36jährigen gelang es, ein Versteck zu finden, in dem er von den Alarmgruppen der „DDR“-Grenztruppe unentdeckt blieb. Wörtlich: „Damit war die Entscheidung gefallen, ich mußte weg.“ Er wartete bis zum Einbruch der Dunkelheit.

In der Nähe des „DDR“-Ostseebades Boltenhagen begann der zweite Teil seiner Flucht. Unbemerkt von den Grenzposten überwand er, bekleidet mit einem Tauchanzug, den er wegen der niedrigen Temperaturen in der Ostsee angelegt hatte, die Grenzsperrung. Auch das Schlauchboot brachte er unbeschädigt durch Sperrzaun und Drähte. Zunächst im Wasser das Boot vor sich hinschiebend, später im Boot paddelnd, erreichte er die Schiffsfahrtsstraße Lübeck-Gedser (Dänemark). Nautische Hilfsmittel hatte er nicht, er verließ sich auf die Gestirne und jene Hilfsmittel, die den Seeweg markieren.

Fischkutter entdeckte ihn

Etwa acht Stunden trieb der 36jährige bei klarem Wetter auf der eiskalten Ostsee, dann entdeckte ihn die Besatzung eines Fischkutters. Die Männer der „Nordlicht-Got 8“ nahmen ihn Bord, versorgten den Erschöpften und brachten ihn zu den Grenzbehörden im Hafen von Neustadt in Holstein. Den Fischern sagte er zum Abschied: „Ein Riesenglück war das, nochmal möchte ich das nicht machen.“

Hans-Karl von Schnitzler hat ein bewegtes Leben hinter sich. Der gelernte Bauarbeiter, der in der Nationalen Volksarmee seinen Wehrdienst leistete, arbeitete zunächst in Ost-Berlin und hatte als Mitglied der SED im Betrieb auch politische Führungsaufgaben. Doch im Privatleben klappte es nicht: Mehrere Ehen endeten mit Scheidung, die Zahlungen für Kinder aus diesen Verbindungen machten ihm zu schaffen. So entschloß er sich zu einem neuen Anfang.

In Wismar an der „DDR“-Ostseeküste gründete er eine Surfschule, doch auch die „ließ nicht so, wie ich es erwartet hatte“. Die finanziellen Schwierigkeiten wuchsen. Als dann noch Streitereien mit seiner Lebensgefährtin, mit der er ebenfalls ein Kind hat, hinzukamen, dachte er an Flucht. Auch politisch gab es Schwierigkeiten, wohl wegen des zur Politprominenz der „DDR“ zählenden Fernseh-Chefkommentators. Hans-Karl von Schnitzler will im Westen wieder neu beginnen: „Mit meiner Freundin, die sie hoffentlich rauslassen.“

Die Deutschen und ihr Glück mit den Präsidenten

Co, Bonn

„Mit der Wahl unserer Bundespräsidenten haben wir wirklich Glück gehabt“, versicherte die FDP-Bundestagsabgeordnete Hildegard Hamm-Brücher, und sie meinte speziell die letzten drei Amtsinhaber: Walter Scheel, Karl Carstens und Richard von Weizsäcker. Die beiden Altbundespräsidenten saßen vor ihr im Bonner Presseclub, das derzeitige Staatsoberhaupt hatte kurzfristig nach Berlin reisen müssen. Allen drei Politikern attestierte die streitbare Liberale, daß sie im Sinne der visionären Vorstellungen des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuß ihr „eher machtloses Amt zu einer tragenden Säule unseres Gemeinwesens weiterentwickelt“ hätten. „Jeder von ihnen war und ist leidenschaftlicher Demokrat über Parteigrenzen hinaus.“

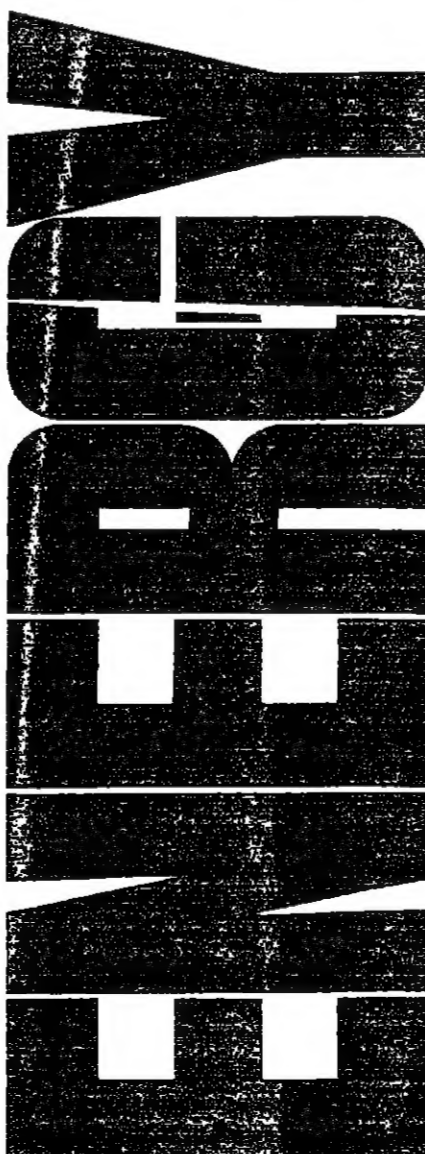
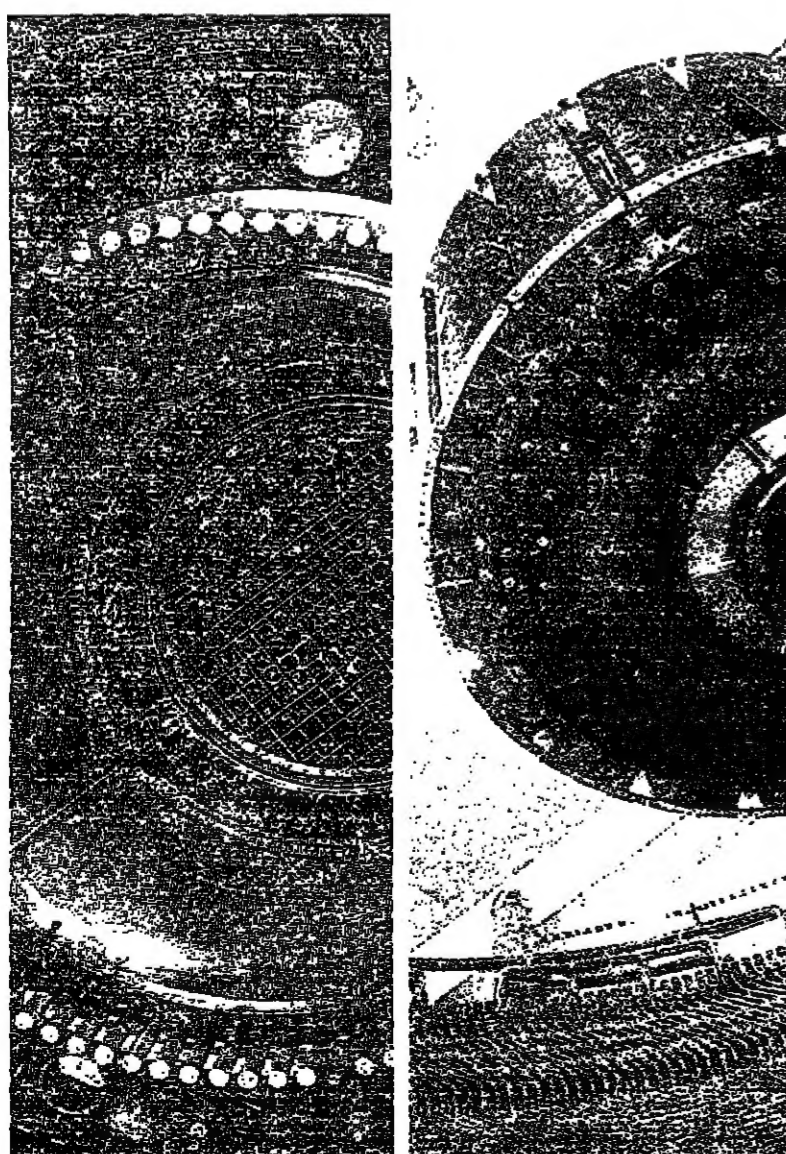
Anlaß der ungewöhnlichen Laudatio war eine Buchvorstellung: Anne-Lydia Edingshaus hatte mit Scheel, Carstens und Weizsäcker „Neujahrs-gespräche“ geführt und die Texte in Buchform veröffentlicht („Nachdenken über gestern und morgen“, Piper Verlag).

Das Ergebnis bewertete Frau Hamm-Brücher als ein weiteres Indiz dafür, daß jeder der drei einen hochkarätigen und ganz spezifischen Beitrag zur Entwicklung unserer demokratischen Kultur geleistet habe und noch leisten. Als „besondere Bewährungsproben für Präsidententugenden“ nannte die FDP-Abgeordnete drei Ereignisse:

- Scheels Trauerrede für den ermordeten Hanns Martin Schleyer, in der er angesichts der terroristischen Bedrohung einer aufgewühlten Öffentlichkeit moralische Maßstäbe setzte.
- Carstens' Beschluß, nach dem Sturz von Helmut Schmidt und der Wahl von Helmut Kohl zum Kanzler Bundestagswahlen zu ermöglichen und damit eine denkbare Legitimitätskrise abzuwenden.
- Die Rede Weizsäckers vom 8. Mai 1985.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 30.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Stromerzeugung bedeutet nicht nur die Bereitstellung von Kilowatt, sondern beinhaltet auch: Beständigkeit, Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltfreundlichkeit.



Der Weltenergiebedarf zeigt auch weiterhin ansteigende Tendenz. Demgegenüber steht unser beständiger Wunsch, in einer sauberen und friedlichen Umwelt zu leben. Wir gehen unseren ganz eigenen Weg zur Verwirklichung beider Ziele.

Die Wissenschaftler bei Hitachi haben in Sachen Kernfusion schon bemerkenswerte Fortschritte erzielt. Kernfusion wird heute als das Nonplus-ultra der Energieerzeugung angesehen; mit einer Betriebsweise, die den Vorgängen im Sonneninneren nachempfunden ist. Damit kann ein Gramm Brennstoff (Wasserstoff, Deuterium und Tritium) die gleiche Energie erzeugen wie 8 t Öl (ein ganzer Tanklastwagen voll!).

Erst vor kurzem spielte Hitachi eine wesentliche Rolle in einem vom Japan Atomic Energy Research Institute vorgenommenen Durchführbarkeits-Experiment von entscheidender Bedeutung. Das Experiment wurde mit der Herstellung des ersten Plasmas für Kernfusion erfolgreich abgeschlossen - und damit sind wir der Nutzung dieser phantastischen Energiequelle in der ersten Hälfte des nächsten Jahrhunderts schon einen entscheidenden Schritt näher gekommen.

Seit der Hitachi Firmengründung vor über 75 Jahren sind wir zu einem führenden Entwickler der verschiedensten Energiequellen geworden. Wir bauen Wasser- und Wärmekraftwerke und haben schon seit über 30 Jahren mit Atomenergie zu tun.

Wir arbeiten auch an der Nutzung von Solarenergie, Kohlevergasung und an der Entwicklung von neuen Batterietypen und Brennstoffzellen.

Wir schlagen Brücken zwischen Technologien und menschlichen Erfordernissen. Wir sind davon überzeugt, daß Hitachis fortschrittliche Technologien zu Anlagen führen werden, die sich sowohl durch Produktivität und Effizienz als auch durch hohe Sicherheit und komfortable Bedienung auszeichnen. Unser Ziel im Energiebereich - wie auch in Sachen Kommunikation, Transportwesen und Unterhaltungselektronik - ist die Herstellung von Erzeugnissen, die einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität aller leisten.



Einige Anwendungsbeispiele von Hitachis vielseitigen Energie-Technologien (von links nach rechts): Kernreaktor, Generator-Motor, Flüssiggasverbrennung im Laserversuch und Kernfusionsplasma-Testvorrichtung

HITACHI

Hitachi, Ltd. Tokyo Japan

Die Schwarze Witwe stürzt Den Haag ins Dilemma

HELMUTH HEITZEL, Den Haag
Sie heißt Rost van Tonningen und ist die Witwe eines ehemaligen nationalsozialistischen Abgeordneten der Haager Volksvertretung. Diese Dame, in Holland landauf, landab als „Schwarze Witwe“ bekannt, entfesselte nun eine der gefühlsbeladensten Diskussionen der letzten Jahre.

Ihr Fall, der die 14 Millionen Niederländer zutiefst bewegt, ist gleichzeitig ein schwerwiegender und grundsätzlicher moralischer Konflikt, ein Konflikt zwischen Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit. Das macht die Angelegenheit für die sich Moral und Gerechtigkeit verpflichtet fühlenden Holländer um so schwieriger.

Vor kurzem wurde bekannt, daß die „Schwarze Witwe“ eine staatliche Jahrespension in Höhe von 25 000 Gulden erhält. Eine Pension, die ihr rechtmäßig zusteht, da ihr Mann als gewählter Abgeordneter der Niederländischen Nationalsozialisten (NSB) von 1937-1941 im Haager Parlament saß.

Allein schon das Bekanntwerden dieser Tatsache sorgte für Aufregung und Empörung. Nicht zuletzt deshalb, weil viele Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft auch hierzulande jahrelang bei den Behörden kämpfen mußten, ihre Rentenansprüche durchzusetzen.

Ein Aufschrei aber hallte durch die Niederlande, als sich die „Schwarze Witwe“ vor einigen Tagen erneut mit deutschen Neonazis traf und als in der breiten Öffentlichkeit bekannt wurde, daß sie auch sehr aktiv in zahlreichen nationalsozialistischen Organisationen in Europa mitarbeitete.

Die Öffentlichkeit fordert: „Weg mit der Pension“

Nach Angaben von Simon Wiesenthal, dem Leiter des Jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, sind diese Organisationen, die die Mär von der „Auschwitz-Lüge“ in die Welt setzten und die Existenz deutscher Konzentrationslager während des Zweiten Weltkrieges leugnen.

Wiesenthal verglich die „Schwarze Witwe“ in einem Fernsehinterview sogar mit der Witwe Heinrichs und mischte sich ganz gegen seine sonstige Gepflogenheit in diesen niederländischen Konflikt ein. Auch er plä-

diert dafür, daß die „Schwarze Witwe“ ihre Pensionsansprüche zumindest teilweise verliert.

Dennoch ist und war das antirende christlich-liberale Kabinett unter Führung von Ministerpräsident Ruud Lubbers nicht bereit, der von allen Widerstandsgruppen lauthals gestellten und in der breiten Öffentlichkeit als berechtigt angesehenen Forderung: „Weg mit der Pension“ nachzugeben.

Es geht um das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit

Man könne das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit nicht einfach über Bord werfen, argumentiert das Kabinett. Es wird darin von führenden Staatsrechtlern bekräftigt. Auch eine entsprechende Novellierung des Beamtenrechts kommt für die Regierung bisher nicht in Frage.

Erschütternde Szenen spielten sich daraufhin im Parlament ab. Während einer öffentlichen Anhörung zu dieser Frage, zu der alle Organisationen des niederländischen Widerstandes und Überlebende der Konzentrationslager kamen, brachen manche Redner während ihres Plädoyers in Tränen aus. Andere prangerten dagegen wütend diese „schreiende Ungerechtigkeit“ an.

„Man macht eine schlechte Sache nicht dadurch gut, daß man sie mit einem Schein des Rechts versieht und dadurch verschleierte“, zitierte lautstark Hollands Nationaldichter Foppe van der Elst in seiner Rede. Donnernder Applaus brandete daraufhin von der Zuschauertribüne, die bis zum letzten Platz besetzt war. Aufgrund des großen Publikumsandrangs mußten Hunderte von Besuchern in anderen Räumen untergebracht werden. Dort hin wurde die parlamentarische Anhörung per Video übertragen.

Morgen haben die 150 Volksvertreter im Parlament das Wort. Sie stehen vor einer schwierigen Entscheidung. Sie müssen beschließen, ob sie der „Schwarzen Witwe“ ihre staatliche Pension aberkennen wollen. Für ein „Ja“ ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Einen Fraktionszwang wird es bei diesem Votum nicht geben. Die Abgeordneten sollen ihrem Gewissen folgen, verkündeten die Fraktionsvorsitzenden. Es wird eine Entscheidung von großer Tragweite.

Gewalt, Rassentrennung und Kirchen in Südafrika / Deutsche Hilfe / WELT-Gespräch mit Bischof Mokoena

„Ich werde für uns nur dann Geld akzeptieren, wenn es Gottes Segen hat“

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn
Er halte nicht viel von Personenschutz, das sei teuer und sein Leben liege ohnehin in Gottes Hand. Wenn die Killer des ANC ihn töten wollten, so würden sie das so oder so tun. Bischof Isaac Mokoena, Vorsitzender der Vereinigung der Unabhängigen Reformierten Kirchen (RICA), erhält nicht nur Drohungen. Sein Sekretär wurde bei einem Sprengstoffanschlag auf sein Auto getötet, er selbst jetzt überfallen, ausgeraubt und mißhandelt. Ein paar Stunden schleppte ihn das Killer-Kommando kurz nach seiner Rückkehr aus der Bundesrepublik Deutschland, wo er am siebten Internationalen Strategie-Symposium der Hanns Seidel Stiftung in der vergangenen Woche teilgenommen hatte, durch Johannesburg, prügelte und trat ihn in seinem eigenen Wagen und betrat mit lauter Stimme, ob sie ihn töten sollten. Schließlich warnten sie ihn vor weiteren politischen Aussagen und Aktivitäten, warfen ihn außerhalb von Johannesburg aus dem Auto und fuhren davon.

In einem Gespräch mit der WELT am Rande des Symposiums in München sagte Mokoena, er werde am 13. Dezember den Vorsitz der Anfang Oktober gegründeten Vereinten Christlichen Versöhnungspartei niederlegen, um sich wieder ganz der pastoralen Arbeit zu widmen. Mokoena: „Ich bin kein Politiker. Ich habe diese Partei nur mitbegründet, um ein Podium für die politischen Führer der schweigenden schwarzen Mehrheit zu schaffen. Diese Führer gibt es. Aber sie wurden eingeschüchtert. Mit Hilfe der neuen Partei, der ich mit meinem geistlichen

aufgedrängt worden, weil „so viele Leute zu mir kamen und fragten, wenn sie folgen sollten, wer sie in eine gewaltfreie Zukunft führen könne“. Es sei noch nicht zu spät für einen neuen Anfang. Ohne Vision könnten die Menschen nicht leben, sie bräuchten Perspektiven und Führung.

In Europa hoffe er, Freunde zu finden, die seine Partei unterstützen. Dabei macht er sich keine Illusionen über eine Unterstützung durch die Kirchen in Deutschland. Die Gelder der EKD würden dazu verwendet, einen Krieg Schwarz gegen Schwarz zu finanzieren. Mit EKD-Geldern würden Halsband-Mörder vor Gericht verteidigt. Mit Geldern der katholischen Kirche sei der Start einer Revolution sitze, eine Marionette der Regierung. Ein Hilfsgesuch an die Kirche in Deutschland müßte aber entweder den hierarchischen Weg über Bischof Hurley gehen, oder die Bischöfe in Deutschland würden Hurley befragen. Das komme auf dasselbe hinaus. Mokoena: „Ich werde keine Prinzipien verkaufen, um Geld für die Partei zu bekommen. Ich werde nur Geld akzeptieren, das den Segen Gottes hat.“

Rat selbstverständlich weiter zur Seite stehen werde, sollen sie nun ihre Stimme erheben gegen jede Form der Gewalt. Wir sind für einen gesunden Dialog mit der weißen Regierung auf der Grundlage christlicher Prinzipien, für „one man one vote“ in einer geographisch-föderativen Struktur.“

Die Idee zur Gründung dieser multirassischen Partei sei ihm geradezu



Vertritt 4,5 Millionen Christen Mokoena

EKD hält Kirchen in Südafrika unter Druck

MICHAEL JACH, Hannover
Die jüngst erklärte Bereitschaft der drei weißen evangelisch-lutherischen Kirchen in Süd- und Südwestafrika zu einer innerkirchlichen Rassenintegration stuft der Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes (LWB), Gunnar Stalsett, als lediglich „symbolischen Fortschritt“ ein. Dementsprechend hält der kirchenpolitische Druck der Genfer LWB-Zentrale auf diese Kirchen unvermindert an. Dieser Druck gipfelte 1984 im Ausschuß von zwei dieser Kirchen aus dem Konfessionsbund und zielt inzwischen gegen die finanzielle Unterstützung durch die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD).

Zwei Jahre nach dem von der Weltbund-Vollversammlung in Budapest verhängten Ausschuß legte sich jetzt eine „Überprüfungskonferenz“ des LWB in Hannover auf das Verdikt fest, „ein Ende der Trennung der lutherischen Kirchen nach rassischen Gesichtspunkten“ zeichne sich im südlichen Afrika auch heute „noch nicht ab“. Zur Begründung wird trotz vielfacher Integrationsbemühungen auf eine „tägliche Wirklichkeit“ in den Gemeinden verwiesen. Die EKD solle, so heißt es, dafür sorgen, daß ihre Hilfsleistungen für die weißen Lutheraner Rassentrennung nicht weiter förderten. An diesem Punkt traten Differen-

zen zutage. Der Afrika-Referent des hannoverschen EKD-Kirchenamtes, Oberkirchenrat Rudolf Hinz, verwies auf den vor vier Wochen gefaßten gemeinsamen Beschluß der Lutheraner in Namibia, ihre derzeitige Föderation zweier schwarzer und einer weißen Gebietskirche – die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche in Südwestafrika (VELKSWA) – bis 1992 zu einer integrierten Kirche zu vereinen. Darüber hinaus habe die Arbeitsgemeinschaft der drei vom LWB inkriminierten weißen Kirchen aus Südwest- und Südafrika im September in Kapstadt die vollständige Abschaffung der Apartheid im politischen wie im kirchlichen Raum verlangt.

Vor der Öffentlichkeit unerwähnt blieb in Hannover, daß die weit überwiegend schwarze VELKSWA eben erst den Landespropst der Deutschen Evangelisch-Lutherischen Kirche (DELK) von Namibia, Wilfried J. Blank, zu ihrem Präsidenten gewählt hat. Die DELK ist mit 12 000 Mitgliedern eine der weißen Kirchen, die der LWB ausgeschlossen hält. Blanks schwarze namibische Amtsbrüder, die Bischöfe Hendrik Frederik und Kleopas Dumeni mit insgesamt 540 000 Gemeindegliedern, schwiegen sich über die öffentlichen Widersprüche zu der von ihnen im Weltbund mitgetragenen Ablehnung aus.

Sozialdemokraten suchen die Nähe der Gaullisten

Abkehr von den Giscardisten / Die bisher wenig beachtete PSD will aktivere Rolle spielen / Vier Mandate im Parlament

PETER RUGE, Paris
„Mitten im Winter erleben die Sozialdemokraten Frankreichs ihren Frühling“, feierten die Delegierten des Nationalkonvents der PSD die Anwesenheit von gaullistischen Besuchern: Zustimmung klatschten Premierminister Jacques Chirac, Innenminister Charles Pasqua und RPR-Generalsekretär Jacques Toubon Beifall.

Bis zu diesem Ereignis hatte die Nation anscheinend vergessen, daß es in der 5. Republik tatsächlich eine „Sozialdemokratische Partei“ gibt. Die PSD wurde 1973 von Max Lejeune gegründet, um die Unzufriedenheiten am linken Einheitsprogramm aufzufangen. 1978 näherte sich diese

Splitterpartei der Sozialisten der UDF an, dem Sammelbecken von Giscardisten, Christlich-Demokraten und Republikanern. Die UDF (Giscardisten) bildet mit der gaullistischen RPR seit den Märzahlen die bürgerliche Mehrheit in Frankreich.

Soviel Treue der Sozialdemokraten zum Regierungsbündnis fand denn auch entsprechende Belohnung: André Santini, der Generalsekretär der PSD, wurde Staatssekretär für die Repatriierten.

Daß die Sozialdemokraten in der Nationalversammlung ihre Mandate in den letzten Monaten vervierfachen, war dabei der französischen Öffentlichkeit so gut wie verborgen geblieben: Drei „unabhängige“ Abge-

ordnete wie die Bürgermeister von Châteauroux und Le Touquet sowie eine Lokalgröße aus dem Küstengebiet von Calais schlossen sich der Partei an – so sind es jetzt vier.

Bei dem Parteikonvent in Paris saßen also die Gaullisten mit auf dem Podium, die UDF ließ sich entschuldigen. Ein schwerwiegender Fehler, wie sich herausstellen sollte. Die Nichtbeachtung durch UDF-Präsident Jean Lecanuet ließ die PSD das politische Lager wechseln: Die Sozialdemokraten Frankreichs näherten sich den Gaullisten an, sie fühlen sich nur bei Chirac gut aufgehoben. Sie wollen künftig den sozialen Radar auf dem Regierungsschiff spielen. Der Premierminister Frankreichs

mußte nicht an die Geschlossenheit der Koalition erinnern – zum ersten Mal ließ er aber deutlich durchblicken, daß es Augenblicke gäbe, in denen er sich von der gegenwärtigen Situation der „Cohabitation“ entmündigt fühle. Das Bündnis mit der UDF dürfte durch den Seitensprung der Sozialdemokraten kaum belastet werden. Dennoch wird dem Vorgang in Frankreich Aufmerksamkeit geschenkt: Nach der Radikalenpartei ist es nun die PSD, die von der UDF zur RPR überwechselt.

„Jacques Chirac sammelt jetzt auch das Kleinvieh um sich“, spötteln die Linken. Die Gaullisten konterten: „Kleinvieh macht auch Mist.“

EG-Gipfel erörtert Terrorbekämpfung

AFP, Brüssel

Die Außenminister der EG-Länder haben gestern die Themen für den Londoner Gipfel der Staats- und Regierungschefs der „Zwölf“ am 5. und 6. Dezember festgelegt.

Im Mittelpunkt der Diskussion steht die Schwierigkeit, den freien Verkehr sowie die Abschaffung der Grenzen mit einer Verstärkung der Sicherheit und der Terrorismusbekämpfung in Einklang zu bringen. Auch der Kampf gegen den Rauschgifthandel wird in diesem Zusammenhang zur Sprache kommen. Ein zweiter Themenkreis behandelt Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit und die Schaffung eines erweiterten EG-Binnenmarktes bis 1992.

Nehmen wir mal an, Sie hätten endlich die Frau Ihres Lebens gefunden



Dann sollten Sie auch Pläne fürs Leben machen. Auch finanzielle. Denn vielleicht kommt ein Baby, vielleicht hört Ihre Frau auf zu arbeiten, vielleicht wollen Sie ja noch Ihr Haus im Grünen kaufen.

Da ist es einfach ein gutes Gefühl, wenn man rechtzeitig mit Pfandbriefen oder Kommunalobligationen vorgesorgt hat. Schließlich gibt es für diese Form des Sparens gleich drei gute Gründe:

Da sind zuallererst die hohen Zinsen. In der Regel die höchsten am Kapitalmarkt. Feste Zinsen, versteht sich. Jahr für Jahr.

Zweitens können Sie ruhig schlafen, denn die strengen Vorschriften des Hypothekendarlehen- und des öffentlichen Pfandbriefgesetzes geben Ihnen Sicherheit.

Und zu guter Letzt: Wenn Sie das Geld ganz schnell brauchen, dann können Sie Ihre Pfandbriefe jederzeit zum Börsenkurs verkaufen. Das erledigt Ihre Bank oder Sparkasse für Sie.

Pfandbriefe und Kommunalobligationen bringen also erstens gutes Geld, sind zweitens sicher und drittens auch noch praktisch. Kein Wunder, sie sind Deutschlands meistgekauft Wertpapiere.

Übrigens ein Thema, das auch die Frau fürs Leben interessiert.



Pfandbriefe und Kommunalobligationen. Ein gutes Gefühl, wenn man sie hat.

Von LOTHAR RÜHL

Wenige Worte der zeitgenössischen politischen Sprache haben eine so allgemeine Verbreitung gefunden und einen so hohen Anspruch auf sich getragen wie der Ausdruck „Sicherheitspartnerschaft“. Der begriffliche Inhalt wechselt dabei je nach dem philosophischen Standpunkt und dem Zweck dessen, der das Wort gebraucht.

So wurde der Begriff Sicherheitspartnerschaft in den vergangenen Jahren auf recht unterschiedliche Beziehungen zwischen Staaten und auf verschiedenartige politische Zielvorstellungen angewandt. Solcher Wandel ist natürlich, die Benutzung eines Begriffs wie eines Wortes für den jeweiligen Zweck ist so lange legitim, als sie ihn nicht seines Inhalts beraubt oder in seiner Bedeutung verfälscht, verflächt, ummünzt.

So ist es auch mit dem Begriff der „Sicherheitspartnerschaft“. Dieser Begriff ist auf Beziehungen, Machtverhältnisse und Zielvorstellungen verschiedenster Art zwischen Staaten, Staatengruppen oder politischen Kräften anwendbar, obwohl er, als er vom Autor im Jahre 1972 geprägt und in die deutsche Publizistik eingeführt wurde, in einer bestimmten internationalen Situation eine außenpolitische Zielvorstellung im Weltmachtverhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion umschrieb.

Diese Situation war von einem bedeutenden Ereignis bestimmt: dem Abschluß des ersten Abkommens zwischen der USA und der Sowjetunion über eine vorläufige Begrenzung der strategischen Rüstungen (SALT I), verbunden mit einer gemeinsamen Erklärung des Präsidenten Richard Nixon und des Generalsekretärs der KPdSU Leonid Breschnew über die Leitsätze, die nach ihrer Versöhnung hinfort die Beziehungen zwischen ihren Staaten inspirieren sollten.

Der übergeordnete dieser Leitsätze in der Moskauer Erklärung vom 27. Mai 1972 lautete: „Gleichheit und gleiche Sicherheit“. Die Sowjetführung beruht sich seitdem auf ihr als ein eternes Prinzip des Weltmachtverhältnisses, allerdings nicht nur um auf Überbärtigkeit der Sowjetunion mit den Vereinigten Staaten zu pochen, sondern auch und vor allem, um für die Sowjetmacht ein Recht auf Überlegenheit bei strategischen Streitkräften über den amerikanischen SALT-Vertragspartner zu postulieren und sich dabei auf dessen

„Sicherheitspartnerschaft“ – Karriere eines Begriffs

Verbündete und auf die potentielle Gegnerschaft anderer Mächte zu berufen, gegen deren Drohungen die Sowjetunion sich mit ihren Nuklear- und sonstigen militärischen Kräften zu verteidigen hätte. Eben in Voraussicht auf eine solche einseitige Interpretation hatten die Amerikaner im Mai 1972 beim Abschluß des SALT-2-Abkommens in Moskau geögert, einen auf den ersten Blick so gerechten und an sich selbstverständlichen Grundsatz wie „Gleichheit und gleiche Sicherheit“ in den Katalog der Leitsätze aufzunehmen. Schließlich aber gaben sie nach und Nixon zeichnete die Erklärung mit Breschnew.

Das amerikanische Motiv, von Henry Kissinger nach der Rückkehr aus Moskau den Repräsentanten des Kongresses und der amerikanischen Öffentlichkeit dargelegt, war auf die Erwartung gegründet, daß es zum gemeinsamen übergeordneten Vorteil wäre, die Sowjetunion über die konkreten Verpflichtungen aus dem ersten SALT-Abkommen für eine Begrenzung der strategischen Offensiv- und Defensivwaffen hinaus für eine kooperative und konstruktive Gestaltung des bilateralen Verhältnisses und der internationalen Beziehungen in Anspruch zu nehmen. Es war Nixon und Kissingers Ziel, den SALT-Prozess, der fortgesetzt werden sollte, dafür zu nutzen, mit der strategischen Konkurrenz auch die politischen Gegensätze zu begrenzen, Konfrontations- und Eskalationsrisiken einvernehmlich, allerdings auf der Basis der eigenen Stärke und im Rahmen der ausgehandelten Bedingungen, abzubauen und so die Machtverhältnisse zu mildern. Wie der spätere Berater Präsident Carters, Marshal Shulman, damals schrieb, galt es, das Supermachtverhältnis zu „regulieren“ und zu „modernisieren“.

Dieses seit der Präsidentschaft General Eisenhowers immer aufs neue gesetzte Ziel der amerikanischen Sicherheitspolitik konnte und kann nur durch ein Zusammenwirken der beiden Mächte im begrenzten Konflikt, auf dem Sicherheit vor Tendenzen zur extremen Machtentfaltung blühenden Geflecht kooperativer Beziehungen, also auf einer gemeinsamen Basis der Risikobegrenzung und Risikobegrenzung verfolgt werden.

Kissinger, der Praktiker der Außenpolitik und Historiker des europäischen Gleichgewichts am Ende

der napoleonischen Kriege, faßte das Problem der neuen Weltmachtbeziehungen in einen Vergleich mit einem Vertrag über Rüstungsbegrenzungen aus dem 20. Jahrhundert: den Flottenabkommen zwischen den USA, Großbritannien und Japan vor dem Zweiten Weltkrieg zur Begrenzung der Bauprogramme für Kriegsschiffe.

Diese, auf das Kräfteverhältnis im Sinne einer maritimen Machtbalance im Pazifik angelegten Abkommen, so argumentierte Kissinger 1972, hätten den Tendenzen zur aktiven Seemachttrivalität auf japanischer Seite nicht standgehalten, weil sie isoliert geblieben waren, statt von kooperativen Beziehungen eingesponnen zu werden. Die USA sollten daraus eine Lehre für die Bedeutung und die

nächst in schroffer Feindseligkeit gegeneinander verharteten, ohne sie jedoch zu überschreiten, von der aus sie später eine Sicherheitspartnerschaft auf den Positionen ihrer bewaffneten Macht und ihrer Militärbindnisse suchen mußten ... Die SALT-Diplomatie fügte sich auf dieses Fundament. Ihre ersten Teilabkommen bauten die Basis für ein Rüstungskontrollsystem der strategischen Nuklearwaffen als konkrete Form der Sicherheitspartnerschaft beider Supermächte ...

In seinem 1974 erschienenen Buch „Macht und Politik“ hat der Autor dann den Begriff der „Sicherheitspartnerschaft“ in einer Abhandlung über den bewaffneten Frieden und die Legitimität der Welt-

strategischen Stabilität nicht angetastet ... (S. 309)

Diese Beschreibung, die trotz amerikanischer Sanktionen gegen die Sowjetunion nach dem Einfall in Afghanistan Ende 1979 und der militärischen Pressionen gegen Polen 1980-81 im wesentlichen weitergilt, auch wenn im KSZE-Prozess die amerikanische Politik auf die politischen Zustände im sowjetischen Herrschaftsbereich einzuwirken sucht – wie die der westeuropäischen Staaten –, verdeutlicht, was mit dem Begriff der „Sicherheitspartnerschaft“ gemeint war: eine Weltmachtbeziehung strategischer Natur für globale Stabilität im Zustand des bewaffneten Friedens, gegründet auf ein ungefähr ausgeglichenes militärisches Kräfte-

gefüge hinzu, die Bundesrepublik würde international als „konstruktiver Partner in der Arbeit für den Frieden in der Welt“ geachtet.

Am 5. September 1978 weitete der Kanzler Schmidt in einer Rede zur Eröffnung der 65. Interparlamentarischen Konferenz in Bonn den Begriff zu einer umfassenden politischen „Sicherheitspartnerschaft“ im Nord-Süd-Dialog der Nationen aus. Eine solche Partnerschaft müsse „unabhängig von den gesellschaftlichen und politischen Zielen und Bedingungen“ bestehen. Zu dieser Konzeption gehöre auch eine Politik „des strategischen und militärischen Gleichgewichts“ und „der Entspannung, der Konfliktminderung und des Interessenausgleiches“.

In dieser Formulierung war der Begriff der „Sicherheitspartnerschaft“ zwar auf eine Gleichgewichtsvorstellung gegründet, jedoch von den internationalen Machtfaktoren des Weltmachtverhältnisses und der Bündnisse abgelöst und universalisiert. „Sicherheitspartnerschaft“ wurde als eine Konzeption internationaler Beziehungen präsentiert – durchaus im Sinne der Beschreibung der amerikanischen Zielvorstellungen von 1972 gegenüber der Sowjetunion von Konflikt- und Risikobegrenzung, aber eben nicht mehr an die beiderseitige Abschreckung als vitale Beziehung gebunden im Sinne einer Risikopartnerschaft zwischen den Inhabern der strategischen Nuklearmacht.

Den nächsten Schritt zur Umdeutung tat am 18. März 1979 Herbert Wehner, als er zum 20. Jahrestag der Präsentation des „Deutschlandplanes“ der SPD von 1959 erklärte, „heute wie damals“ sei es das Ziel, „ein System europäischer Sicherheitspartnerschaft“ zu schaffen, wobei der „militärischen“ Entspannung die „politische“ folgen sollte.

Damit war die Distanz zu den politischen Verhältnissen im Warschauer Pakt, zur politischen Natur des strategischen oder immerhin des militärischen Sicherheitspartners für Rüstungskontrolle aufgegeben, eine Veränderung, die Wehner auch mit dem Begriff von „qualitativen Entspannungsschritten“, die sonst „im Umgang“ mit der anderen Seite im Ost-West-Verhältnis nicht realisiert werden könnten, umschrieb.

Am 10. August 1979 schloß Egon Bahr den Kreis, als er in einer dezidierten Kritik an der Rüstungspolitik der Sowjetunion gegenüber Europa

die These aufstellte, „die Politik der Sicherheitspartnerschaft“ sei „die Alternative zur abgewirtschafteten Politik der Stärke“. Diese These gründete Bahr ähnlich wie Helmut Schmidt auf ein Gleichgewicht und umschrieb „Sicherheitspartnerschaft“ mit „gemeinsamer Sicherheit“ in Europa.

Am 13. März 1983 nahm der Generalsekretär der SED Erich Honecker den Begriff in einer Rede in Leipzig auf: „Beide deutsche Staaten können einen großen Beitrag zur Friedenssicherung leisten. Wir teilen wirklich die Auffassung, daß die Idee der Friedenspartnerschaft, der Sicherheitspartnerschaft von außerordentlich großer Bedeutung ist ...“

Wer würde dem widersprechen? Die Frage stellt sich nur, auf welcher Basis „Sicherheitspartnerschaft“ in Europa errichtet werden soll und wie dies für „gemeinsame“ Sicherheit, das heißt bei Wahrung der Unabhängigkeit der Staaten und der Freiheit in Westeuropa geschehen kann. Für eine globale „Sicherheitspartnerschaft“ der beiden Weltmächte, die in strategischer Stabilität einer ungefähren Machtbalance besteht, die geographische und politische Distanz verbindet, sind die inneren Verhältnisse des Sicherheitspartners nicht kritisch für die Bewahrung der gemeinsamen Sicherheit. Konflikt- und Risikobegrenzung, Krisenbewältigung können über die Systemgegensätze hinweg versucht werden.

In Europa aber fällt die räumliche Nähe mit der ideologisch-politischen Abgrenzung und der Systemkonkurrenz unmittelbar zusammen – „Sicherheitspartnerschaft“ kann in Europa nicht system-neutral sein, so wie die Länder Westeuropas nicht neutral zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, etwa politisch auf gleicher Distanz, Sicherheit suchen und finden können.

Die erste Voraussetzung für jeden Versuch, in Europa eine begrenzte „Sicherheitspartnerschaft“ zwischen Ost und West zu finden, wäre ein Abbau der militärischen Überlegenheit der Sowjetunion gegenüber Westeuropa, ein Verzicht auf die Invasionsfähigkeit des Warschauer Pakts mit konventionellen Angriffskräften. Sicherheit in Unabhängigkeit kann im Unterschied zu Anpassung an fremde Macht und Unterordnung zu Bedingungen der Sicherheit, die von der anderen Seite auferlegt werden, nicht auf der schiefen Ebene eines Machtgefälles Halt finden. Auch in dieser Hinsicht ist „Sicherheitspartnerschaft“ ein strategisch wie politisch anspruchsvoller Begriff.



Begriffe, die inhaltlich allgemein gehalten sind, haben eine politische besonders knetfähige Substanz. Diese Erfahrung mußte auch der beamtete Staatssekretär im Bundesverwaltungsministerium, Lothar Rühl machen, als er 1972 das Wort „Sicherheitspartnerschaft“ prägte. Es ist ein strategisch wie politisch anspruchsvoller Begriff – vorausgesetzt, er wird im richtigen Zusammenhang eingesetzt und nicht in polemischer Weise politisch verzerrt.

FOTO: CAROLINE BRECHER-SCHULZ

Tragfähigkeit des Moskauer SALT-Abkommens über Raketen und Raketen-U-Boote mit der Sowjetunion ziehen und dieses Abkommen in ein Geflecht kooperativer Beziehungen einbinden, um es politisch abzufestigen und um über strategische Rüstungsbegrenzungen hinaus eine Perspektive gemeinsamer Friedenssicherung zu öffnen.

Um diese Perspektive und die politische Zielvorstellung der Nixon-Administration prägnant zu formulieren, benutzte der Autor den Begriff „Sicherheitspartnerschaft“. Er findet sich in der Publizistik zum ersten Mal in einem Artikel in der WELT vom 30. Mai 1972, wenige Tage nach dem Moskauer SALT-1-Abschluß unter dem Titel: „Suche nach einer Strategie der Kriegsverhütung“. Dort heißt es: „... Als ein roter Faden zieht sich durch das Muster dieses Weltmachtgegensatzes die Linie der Abgrenzung, auf der die beiden Mächte zu-

machtpolitik als Stabilitätsfaktor der internationalen Sicherheit weiter erläutern: ... Die Ansätze zu einer globalen Sicherheitspartnerschaft der beiden Weltmächte USA und UdSSR finden sich auf einem weit gespannten Bogen, der die Grenzen zwischen der Sowjetunion und der Außenwelt überwindet wie die Kontinente und Ozeane. Die politischen Verhältnisse bleiben von ihm unberührt. Das neue Verhältnis zwischen den beiden Mächten beruht auf der Anerkennung der sowjetischen Machtausweitung in Europa und in Asien, auf der Hinnahme der sowjetkommunistischen Ordnung in diesem Herrschaftsbereich und auf der Erwartung, daß die Sowjetunion sich in diesen strategischen Grenzen bescheiden werde. Die Natur der staatlichen Ordnung, welche die Sowjetmacht errichtet hat und aufrechterhält, wird von der Sicherheitsbeziehung der

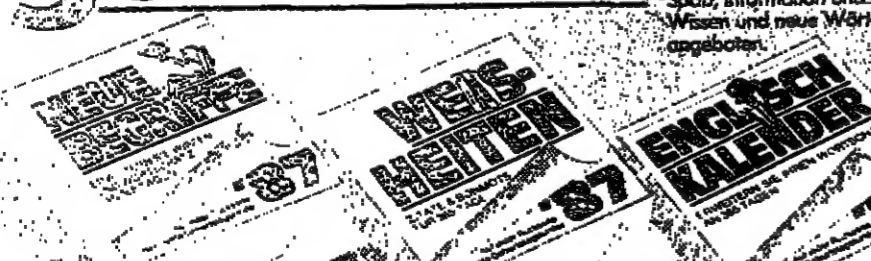
verhältnis und gegenseitige Abschreckung.

Die Frage für die europäische und deutsche Politik lautet, ob solche „Sicherheitspartnerschaft“ im Verhältnis zwischen ungleichen Partnern, also etwa der Bundesrepublik Deutschland und Sowjetunion, möglich und der europäischen Sicherheit nützlich ist, wie es Politiker in der öffentlichen Diskussion seit Jahren behaupten oder suggerieren.

Als Zeuge dafür wird oft der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt angeführt. Er benutzte das Wort am 1. Juni 1978 vor dem Deutschen Bundestag in einer Regierungserklärung nach Rückkehr von einem Besuch in Amerika, allerdings zunächst für die deutsch-amerikanischen Bündnisbeziehungen, als er sagte, das Verhältnis zu den USA und zu den anderen NATO-Verbündeten sei „in einer festen und vertrauensvollen Sicherheitspartnerschaft begründet“. Er

HAREN-BERG KALENDERVERLAG

Hätten Sie's gewußt?



Natürliches Wissen
Lesen Sie tag für Tag, wie sich unsere Welt verändert. Lernen Sie die neuen Begriffe kennen, und erweitern Sie Ihren Wortschatz.

Tagesspruch
Für jeden Tag des Jahres eine Weisheit, ein Bonmot, oder den Ausdruck einer berühmten Persönlichkeit. Dazu die Daten über Leben und Werk dieser Person.

Englischkurs
Der 365-Tage-Sprachkurs für alle, die ihr Englisch überprüfen und erweitern wollen. Damit Sie auf dem Laufenden bleiben!

Quiz-Master
Der Quiz-Master sind Sie. Für jeden Tag drei spannende Fragen. Prüfen und erweitern Sie Ihr Wissen in der ganzen Familie.

6 kluge Kalender für alle 365 Tage – für Sie selbst und zum Verschenken!

bundesverband zur hilfe von unfallopfern und drogenkranken bochum e.v.

Helfen Sie mit!!! Mit Rat und Tat!
Der B.U.N.O. hilft Kindern und Jugendlichen von Unfallopfern und Drogenkranken. Unterstützen Sie uns, werden Sie Mitglied, für 25,- DM Jahresbeitrag! Oder spenden Sie, Ihre Spende ist steuerlich absetzbar. Auch Ihre Kinder könnten eines Tages Hilfe brauchen.
Gemeinnütziger Verein, eingetragen unter VR 2181 beim Amtsgericht Bochum. Bankverbindung Commerzbank AG Bochum (BLZ: 430 400 36), Konto 3 855 400; Creditbank AG Bochum (BLZ: 430 800 83), Konto 8 602 000 000

MULTIPLE SKLEROSE

Helfen Sie mit,
daß alle neuen Erkenntnisse über Multiple Sklerose (MS) mehr bekannt werden, daß Multiple Sklerose (MS) mehr verstanden und mit Symptomen umgegangen werden kann, daß es Multiple Sklerose (MS) weniger schmerzhaft und mehr lebensfähig macht, daß es Multiple Sklerose (MS) weniger bedrohlich und mehr hoffnungsvoll macht.
Dies und viele andere Fragen beantworten wir Ihnen in unserer Informationsbroschüre „Multiple Sklerose (MS)“.
Sie erhalten sie von der M.S.K. e.V. Initiative Selbsthilfegruppen Multiple Sklerose (MS) e.V. auf der Höhe 8 - 68033 Engen 1.
Haben Sie noch Fragen? Schreiben Sie an: M.S.K. e.V. Initiative Selbsthilfegruppen Multiple Sklerose (MS) e.V., Postfach 10 10 10, D-4000 Düsseldorf 10.
Wir sind eine gemeinnützige Organisation, die durch Ihre Mitgliedschaft im Bundesverband der Angehörigen von Multiple Sklerose (MS) e.V. die Arbeit der Selbsthilfegruppen unterstützen kann.

Chance in NRW

400 Fachgeschäfte sind einer Kooperation der Rundfunk-, Fernseh- und Elektrohandels angeschlossenen. Der neue Regionalleiter für den Großraum NRW soll die Fachhändler beraten und betreuen – vor allem in Fragen der Organisation, der Kosten- und Ergebnistreue, der Servicemotivation und der Werbung.
Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 29. November, in der BÜRO-WELT, dem größten Stellenmarkt der WELT.
Nutzen Sie alle Ihre Berufschancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag Jeden Samstag.

Die Kalenderedition zugunsten der DEUTSCHEN KREBSHILFE
FRANZ-BECKENHAUER-STIFTUNG
1987 mit Beckenbauer, Borthold, Förster, D. Moos, Marmann und Völler.
• Super-Großformat (mit schwarzem Aufdruck) DM 46,95
• Normalformat DM 29,95
Bestelladresse: direkt mit Verrechnungsscheck bei DEUTSCHE KREBSHILFE - 5300 Bonn
Zur- und Zurwege
Straße
PLZ

DM

Urlaub '87: Reisen mit Gewinn

Ausgesuchte Programme für Aktive, Genießer, Gestrebte und Bildungshungrige.

Krankenversicherung: Wann der Wechsel lohnt

Gold-Anlage: Sparplan nach Maß

CD-Player: Zehn Modelle im Test

ZUM JAHRESENDE WECHSELN

Größere Leistungen und niedrigere Prämien – damit locken die etwa 40 privaten Krankenversicherungsanbieter. Besonders wachst, der Grund: Die Prämien bleiben im Gegensatz zu den Gewinnen relativ stabil. Zum Jahreswechsel für Millionen Bundesbürger Grund genug, über einen Wechsel in eine private Krankenversicherung nachzudenken. Ob und für wen sich der Wechsel lohnt, wo die Leistung stimmt und der Preis günstig ist: Private Krankenversicherung: Hef 12/86, ab Seite 108.

Geldverkehr

GESCHÄFT MIT LANGER LEITUNG

Bankkassen: Hef 12/86, ab Seite 120.

Neuwagen

WER WARTET, VERSCHENKT ZWEIFACH GELD

Der Dezember mausert sich zum idealen Termin, ein neues Auto zu kaufen. Denn es läßt sich zweifach sparen. Erstens: Über alte Rabatte versuchen viele Händler und Importeure, ihre überfüllten Lager abzubauen. Zweitens: Ab Januar '87 läuft die Steuerbefreiung-Uhr rückwärts. Wer noch im Dezember seinen Neuwagen anmeldet, hat Anspruch auf die volle Steuerbefreiung oder -befreiung. Welche Rabatte für welches Fahrzeug zu erzielen sind: Autokauf: Hef 12/86, ab Seite 58.

Lufthansa Spezial

**Jetzt kommt die ganze Familie günstiger weg.
Innerhalb Deutschlands.**



Familien, die über die Feiertage gern verreisen, haben jetzt keinen Grund mehr, zu Hause zu bleiben. Vom 20. 12. 86 bis 4. 1. 87 gilt nämlich der Lufthansa

Familientarif innerhalb Deutschlands. Damit fliegt einer zum Normal- oder Sondertarif, jedes weitere Familienmitglied zahlt DM 100. Kinder bis zum voll-

deten 12. Lebensjahr kommen für DM 50 mit. Und wenn Sie über Deutschlands Grenzen hinaus wollen: Im neuen Lufthansa Sparbuch finden Sie nahezu

unbegrenzte Möglichkeiten, die schönsten Winkel der Welt günstig kennenzulernen. Sie erhalten es in Ihrem Reisebüro mit Lufthansa Agentur.



Lufthansa

Personen

MILITÄR

Für Generalmajor Wolfgang Odendahl ab 1. Dezember Nachfolger von Generalleutnant Dr. Gerhard Wachter als neuer Amtschef des Heeresamtes in Köln, wird auf Odendahls vorherigen Posten als Chef des Stabes der Armeegruppe Mitte (Centag) in Heidelberg Generalmajor Wilhelm Jacoby, bisher Kommandeur der 5. Panzerdivision in Idar-Oberstein, ihm folgt Brigadegeneral Heribert Göttelmann, Kommandeur der Artillerieschule in Sigmaringen. Sein Nachfolger wird Oberst i. G. Wolfgang Beltermann, bisher Referatsleiter im Führungsstab des Heeres im Bonner Verteidigungsministerium.

KIRCHE

Papst Johannes Paul II. hat nach 13 Monaten Vakanz für die katholischen Heimatvertriebenen aus Danzig einen neuen Apostolischen Visitenator ernannt. Der Bremer Seemannspastor und Leiter des dortigen Seemannsheims „Stella maris“, Johannes Bieler, wurde Nachfolger von Priester Professor Dr. Franz Josef Wothke, Hildesheim, der mit Erreichung der Altersgrenze am 21. Oktober 1985 nach 18jähriger Tätigkeit aus dem Amt geschieden war. Seine Berufung zum Apostolischen Visitenator kam für viele überraschend, da die kommunistische Regierung Polens mit Nachdruck die Berufung eines neuen Visitenators, dessen Ernennungsdekret von der Kongregation für die Bischöfe in Rom ausfertigt wird, zu verhindern suchte. Die Berufung des neuen Apostolischen Visitenators zeigt aber, daß Rom aus seelsorglichen Gründen das Konzept für die kirchliche Betreuung der Heimatvertriebenen nicht geändert hat. Das wird von allen katholischen Heimatvertriebenen dankbar begrüßt.

WAHL

Karl Fürst zu Löwenstein (82), von 1948 bis 1968 Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), ist von der Herbst-Vollversammlung des katholischen Komitees als sogenannte Einzelpersonlichkeit in das ZdK gewählt worden. Dem ZdK gehören 66 Delegierte der

katholischen Verbände und ebenfalls 66 Delegierte der Diözesanräte sowie stets bis zu 40 Einzelpersonlichkeiten an. Fürst zu Löwenstein war bisher vom Würzburger Diözesanrat in das ZdK entsandt worden.

Auf der Jahresversammlung des Bundes Freiheit der Wissenschaft (BFW) wurde Professor Dr. Klaus Hempfer zum Vorsitzenden gewählt. Er tritt die Nachfolge von Professor Dr. Erwin K. Scheuch an, der nicht mehr kandidiert hatte. Die beiden anderen Vorsitzenden des BFW, Clemens Christians und Professor Dr. Hatto H. Schmitt, wurden in ihrem Amt bestätigt. Professor Hempfer ist seit 1975 an der Freien Universität Berlin Professor für Romanische Philologie und Allgemeine Literaturwissenschaft.

EHRUNGEN

NATO-Generalsekretär Lord Carrington hat in Brüssel den Direktor des Forschungsinstitutes der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Professor Karl Kaiser (Bonn) mit dem „Atlantic Award“ der NATO ausgezeichnet. Der mit



Karl Kaiser

5000 Dollar dotierte Preis wird jährlich für wissenschaftliche Leistungen auf sicherheitspolitischem Gebiet vergeben. Professor Kaiser (52), Wirtschaftswissenschaftler und Politiker, gehört der SPD an und leitet das Bonner Forschungsinstitut seit 1973.

Dr. Walther Florian, Staatssekretär des Bundesernährungsministeriums, ist von Bundespräsident Richard von Weizsäcker mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Bei einem Empfang am 65.

Geburtstag von Dr. Walter Florian überreichte Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle die hohe Ehrung. Minister Kiechle würdigte seine emotionstrenne Sachlichkeit, den „durch und durch ökonomisch denkenden, präzisen Beamten mit klar umrissenen Vorstellungen“, der manche agrarpolitischen „Trümpfe“ sehr schnell auf den Boden der Wirklichkeit zurückgeholt hat.

Mit der höchsten Auszeichnung des Landes Niedersachsen, der Landesmedaille, ist der Vorstandsvorsitzende der Volkswagen AG, Dr. Carl H. Hahn, geehrt worden. Ministerpräsident Ernst Albrecht verwies in seiner Laudatio auf die große Bedeutung des VW-Konzerns für das Land. Derzeit befindet sich der Wolfsburger Konzern in einer „ausgesprochenen Blüteperiode“. Dies seit 1982, als Hahn sein Amt als VW-Chef übernahm, keineswegs sicher gewesen. Albrecht würdigte zugleich das ehrenamtliche Engagement Hahns, der unter anderem Senator der „Stiftung Niedersachsen“ ist. In seiner Antwort erklärte der VW-Chef, das zu Ende gehende Jahr werde für sein Unternehmen ein Rekordergebnis bringen. Zum ersten Mal in der Geschichte von VW werde die Zahl der vom Band laufenden Golf-Pkw höher sein als die früheren Produktionszahlen für den Käfer.

MEDIEN

Mit der Konstituierung des Aufsichtsrats und der Verabschiedung eines 150-Millionen-Mark-Etats für 1987 hat der erste nationale private deutsche Fernsehveranstalter, die SAT 1-GmbH (Mainz), die Weichen für sein Engagement in der deutschen Rundfunklandschaft gestellt. Zum Vorsitzenden des SAT 1-Aufsichtsrats wurde während der Sitzung in Mainz der Bremer Rechtsanwalt und Notar, Joachim Theye, zu seinem Stellvertreter der Vorstandsvorsitzende der Axel Springer Verlag AG, Peter Tamm, gewählt. Zum Aufsichtsrat gehören außerdem: Gerd Bachter, der frühere Generalintendant des österreichischen Rundfunks; der Ulmer Verleger Eberhard Ebner, Vizepräsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger; Helmut Gathard, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Genossenschaftsbank; Wolfgang Müller, Springer Verlag; Wilhelm Sand-

mann, Vorsitzender der Geschäftsführung der Verlagsgesellschaft Madsack GmbH sowie Dietrich Stolz, geschäftsführender Geschäftspartner der AV Euromedia.

ERNENNUNG

Neuer Präsident des Europäischen Hochschulinstituts in Florenz ist der Franzose Emile Noel, derzeit engster Mitarbeiter von EG-Präsident Jacques Delors. Noel wurde vom Obersten Rat der Mitgliedsstaaten ernannt und ist Nachfolger von Professor Werner Maihofer, der noch bis Herbst 1987 an der Spitze des Instituts bleibt. Das Europäische Hochschulinstitut besteht in diesen



Emile Noel

Tagen zehn Jahre. Professor Werner Maihofer ist seit 1981 Präsident des von den EG-Mitgliedsstaaten getragenen Instituts.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. Josef Wohlmuth (48) hat den Lehrstuhl für Dogmatik an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn übernommen. Er ist gleichzeitig Mit-Direktor des Katholisch-Theologischen Seminars und Direktor des Dogmatischen Instituts. Der aus dem Bistum Eichstätt stammende Priester war bisher am Seminar für Theologie und ihrer Didaktik an der Universität Köln tätig. Professor Wohlmuth ist Nachfolger von Professor Wilhelm Breunig (68), der 1985 emeritiert wurde.

Professor Dr. Dieter Scheffner von der Universitäts-Kinderklinik in Heidelberg hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Kinderheilkunde an der Freien Universität Berlin erhalten.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Tiefgreifende Konsequenzen

„Was Arbeitslosigkeit wirklich heißt“: WELT vom 23. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren, mit Interesse habe ich Ihren Bericht gelesen und stimme im wesentlichen diesem Artikel zu. Aber von Arbeitslosigkeit betroffen sind nicht nur jene, die einen Arbeitsplatz verloren haben, beziehungsweise noch nie einen hatten, sondern auch alle Angehörigen, mit denen sie zusammenleben. Bisher sind diese Familienangehörigen (Frauen und Kinder von arbeitslosen Männern, Kinder von nicht selten alleinstehenden arbeitslosen Frauen, aber auch Eltern arbeitsloser Jugendlicher) weder zahlenmäßig genau erfasst noch von Hilfs- und Unterstützungsangeboten ausreichend berücksichtigt.

Vor allem die Auswirkungen der eiterlichen Arbeitslosigkeit auf Kinder ist bisher wissenschaftlich kaum erforscht und wird sozialpolitisch völlig unterschätzt. Weil für die Entwicklung der Kinder das Familienleben den hauptsächlichsten Bezugsrahmen darstellt, haben für sie die durch Arbeitslosigkeit bedingten Belastungen des Zusammenlebens tiefgreifende Konsequenzen.

Die wenigen wissenschaftlichen Untersuchungen zeigen, daß die Arbeitslosigkeit in vielen Familien die Grundlagen innerfamiliärer Beziehungen völlig in Frage stellt. Gleichzeitig erhalten die Familienbeziehungen wegen der sozialen Ausgrenzung und dem sozialen Rückzug der durch Arbeitslosigkeit betroffenen Familien eine noch größere Bedeutung als vor der Arbeitslosigkeit.

Es zeigt sich, daß der Lebensraum der Familie heute oft nicht die Voraussetzungen besitzt, die notwendig wären, um persönliche Krisen aufzufangen und abzumildern. Sie werden meist zu Krisen des gesamten Familiensystems, wobei dann auch Alkoholmißbrauch und innerfamiliäre Gewalt häufiger auftreten und es auch zu Trennungen kommen kann.

Bisher existierende Selbsthilforganisationen erreichen oft nur alleinstehende Arbeitslose oder die von Arbeitslosigkeit unmittelbar Betroffenen.

Mit freundlichem Gruß
Wolfgang Lütjens,
„Deutsche Hilfe für Kinder von Arbeitslosen e. V.“, Hamburg 28

Kritisches Zweckbündnis

„Der veränderte Naturschutz“: WELT vom 23. Oktober

Sehr geehrte Redaktion, es mag zwar stimmen, daß der Deutsche Naturschutz zur Zeit handlungsunfähig ist. Daß aber „die Naturschützer“ taub und stumm seien, das ist falsch.

Weil der Deutsche Naturschutzring nicht handelte, schlossen sich zunächst vier Verbände zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen, der inzwischen weitere 21 Verbände und Gruppierungen gefolgt sind.

Dieses Zweckbündnis hat in zahlreichen Stellungnahmen, Pressekonferenzen, in Anhörungen, zum Beispiel vor dem Umweltausschuß) die Ansichten der „Naturschützer“ zur Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes sehr sachlich und wiederholt dargestellt und erläutert. Von einem

alles oder nichts kann überhaupt keine Rede sein.

Wenn allerdings Herr Guratzsch glaubt, daß die Biotopschutzregelungen, die nun der Umweltausschuß in seiner Vorlage geschrieben hat, den vom Aussterben bedrohten Arten wirkungsvoll hilft, dann muß man ihm ein gerüttelt Maß an Gutgläubigkeit bescheinigen.

Wer die Untersuchungen über die Bestandseinbrüche in den letzten zehn Jahren, selbst häufiger Vogelarten wie Amsel (Berthold u. a.), Krähenvögel (Havelka) oder Feldlerche (OAG Bonn), kennt, weiß, daß mit dem vorgesehenen Schutz von Kleinstflächen nichts, aber auch gar nichts erreicht werden wird.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Goetz Rheinwald,
Vorsitzender der Deutschen Sektion des Internationalen Rates für Vogelschutz, Bonn 1

Religionsfreiheit für alle

„Grundgesetz deckt nicht jede Religion“: WELT vom 16. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu den Aussagen von dem Beauftragten für Sitten und Weltanschauung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Pfarrer Friedrich-Wilhelm Haack, möchte ich als biblisch-fundamentalistischer Christ und Anhänger einer freien Hausgemeinde folgendes anmerken: Religionsfreiheit kann nicht, wie Herr Haack das meint, beschränkt werden, das wäre der erste Schritt in die Richtung der Auflösung dieses Grundrechts.

Wer soll festlegen, welche Glaubensgemeinschaft Religionsfreiheit zu genießen hat und welche nicht? Wenn das Staat und Kirchen tun, haben wir formaljuristisch die Staatskirche, die hier aus mehreren Einzelkirchen besteht, wieder eingeführt. Dies läßt sich mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbaren. Damit kämen wir dorthin, wo (wie in Griechenland) die Aufforderung zum Kirchenaustritt strafbar ist, oder wie im Dritten Reich, wo freie Gemein-

den gezwungen wurden, sich einer Kirche anzuschließen.

Religionsfreiheit heißt, daß Glaubensgemeinschaften, wie falsch oder richtig ihre Lehre sein mag, frei und ohne Behinderung missionieren und arbeiten dürfen, solange sie nicht die normalen Staatsrechte verletzen (wie es Menschenopfer oder Steuerhinterziehung täten oder, wie im Falle der Bhagwanis, in den Staaten die Einwanderungsgesetze).

Zersplitterung und religiöse Extremität, selbst Okkultismus und Satananeubung kann und darf in einem demokratischen und damit säkularen Staat kein Grund zur Behinderung der freien Religionsausübung sein. Wer so etwas fordert, stellt sich selbst in eine Reihe mit allen, die nur genehme Religionsgemeinschaften geduldet haben oder dulden, wie es in der Inquisition und im Dritten Reich geschah und noch heute im Kommunismus und vielen islamischen Staaten (zum Beispiel Iran und Türkei) geschieht.

Mit freundlichen Grüßen
Ralf Johannes Wagner,
Pfaffenhofen 1

Pamphlet auf der Bühne

„Unflut in die Erdebewerte gepflanzte“: WELT vom 27. Oktober

Sehr geehrte Herren, ein paar Tage mußten schon ins Land gehen, bevor ich mich fassen konnte, um nun erstmalig in meinem Leben einen Leserbrief zu schreiben. Ich mußte mir erst darüber klar werden, wo die Grenze erträglicher Eindringlichkeit liegt.

Wir wissen alle, daß auf der Bühne jede Phase der Schauspielkunst vom Wesen der Übertreibung, gehobener Eindringlichkeit, lebt, wenn man die Zone hinter der Stirn der Zuschauer erreichen will. Ich habe mich als Zuschauer um diese „Bühnensachlichkeit“ oft genug in den letzten Jahren bemüht. Beim „Herbstball“ von Stefan Dähnert gelingt es mir nicht mehr.

Zum besseren Verständnis: Ich bin Luftwaffenoffizier und in dem bewußten Jagdbombengeschwader großgeworden, dem der Autor – wir wohnten damals in enger Nachbarschaft – seine tiefgründigen Erfahrungen verdankt. Natürlich habe ich dort auch den einen oder anderen Herbstball miterlebt, aber – wohlgemerkt – keinen „Herbstball“. Mein Gedächtnis muß arge Lücken aufweisen, denn all die Spukbilder des Stefan Dähnert sind bei mir nicht hängengeblieben.

Welche Art Spiegel will mir der „Autor“ eigentlich vorhalten? Will er mir all diese so praxishellen Klischees einreden, die dem Soldaten in unserem Lande so oft von Leuten nachgeworfen werden, die ihrerseits so hochempfindlich reagieren, wenn ihre offenkundige Intelligenz und Kompetenz angezweifelt wird?

Soll ich jetzt Scham empfinden, Offizier einer Armee zu sein, die bisher noch keinen Angriffskrieg geführt hat und keinen plant, einer Armee, deren Ziel ausschließlich der Erhalt des Friedens ist? Mag Stefan Dähnert den Frieden so wenig, daß ihm die Realität einfach zu trocken ist?

„Herbstball“ ist nicht einmal ein seichter Militärschwank, es gibt darüber wirklich nichts zu lachen. Und wirklich, ich empfinde tiefe Scham, aber nicht darüber, einer so verhassten Armee anzugehören, sondern darüber, daß unsere Kulturlandschaft nur zu oft das Erscheinungsbild einer giftigen Bakterienkolonie liefert. Ich empfehle, einmal bei Platon aus den Kapiteln 14 und 15 der „Politeia“ nachzulesen.

Mit freundlichen Grüßen
Gert Overhoff, Oberst
Bonn

Wort des Tages

„Das Regieren in einer Demokratie wäre wesentlich einfacher, wenn man nicht immer Wahlen gewinnen müßte.“

Georges Clemenceau, französischer Politiker (1841-1929)

Aufschlüsse

„Der Graf und Gutscherr überlebte alle Revolutionen“: WELT vom 7. November

Sehr geehrte Redaktion, ich möchte Ihrer Mitarbeiterin in Moskau, Frau Rose-Marie Borngässer, für all ihre interessanten, aufschlußreichen und das Alltags- sowie Kulturlieben des russischen Volkes betreffenden Artikel und treffenden Skizzen – besonders auch des ganz einfachen Sowjetmenschen – herzlich danken.

Ob es sich nun um Landschaften, Kultur, Gläubigkeit oder – wie in der Schilderung des Gutes Jassnaja Poljana dargestellt – um das zutiefst Erlebte handelt, immer erhält Frau Borngässer auf präzise erfaßte Wirklichkeit ein Stückchen mehr das Ambiente ihres Wirkfeldes.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Ruth Richter,
Hamburg 82

Boulevardstil?

„Wenn Freiheitstische und Schöler-Horn erklingen“: WELT vom 21. Oktober

Erst jetzt ist mir diese Rezension – sie betrifft das 50jährige Jubiläumskonzert des Israel Philharmonic Orchestra – zur Kenntnis gelangt. Der Rezensent, Peter Gradenwitz, hat sie dazu benutzt, dem israelischen Komponisten Noam Sheriff, dessen zu diesem Anlaß komponierte „Eine Vision Davids“ uraufgeführt wurde, „eins auszuwaschen“.

Blacher-Schüler Sheriff, den Gradenwitz einen „einstmals vielversprechenden Komponisten“ nennt, hat – das weiß die internationale Musikwelt – dieses Versprechen gehalten. Erst kürzlich konnte er mit dem 1985 komponierten Orchesterwerk „La Folia“ im Rahmen der Musica Viva in München einen sensationellen Erfolg, in gleicher Weise beim Publikum wie bei der Presse, für sich verbuchen.

Es ist kaum vorstellbar, daß der gleiche Komponist wenige Monate später für ein monumentales Ereignis im Musikleben seiner Heimat ein Werk beisteuert, auf das die folgende Charakterisierung zutreffen könnte: eine allzu billige Mixtur, die hart an die Grenzen des Schönen rührt, was jemand nicht unzutreffend als nationalen Kitsch bezeichnete. In einigen Radialblättern oder in „dem deutschen Nachrichtenmagazin“ ist man an derartige Entgleisungen gewöhnt.

In der WELT, in der Klaus Geitel, Reinhard Beuth und andere Mitarbeiter musikkritische Maßstäbe gesetzt haben, ist dieser Boulevardstil fehl am Platz.

Peter Jona Korn,
München 80

Alte Tradition

„Wenn evangelische Pastoren heimlich „Priester“ werden“: WELT vom 14. November

Sehr geehrte Damen und Herren, ob die von Bischof Harns angegebene Zahl von 3000 evangelischen Pfarrern, die sich im Laufe der letzten Jahrzehnte zusätzlich haben weihen lassen – was ja eben ein Sich-Einfügen in die apostolische Kontinuität bedeutet – tatsächlich stimmt, sei dahingestellt, sie ist wohl überhöht. Unrichtig ist, daß dies Weihen „zum katholischen Priester“ gewesen seien.

Gerade weil sie nicht zur römisch-katholischen Kirche überwechseln, sondern das in der Reformationszeit verlorene hohe Gut für den evangelischen Raum zurückgewinnen wollten, haben mehrere Bruderschaften – nicht nur hochkirchliche – sich in die uralte christliche Tradition gestellt. Und nicht „umherschweifende Bischöfe“, sondern angesehene Theologen standen und stehen an der Spitze dieser Bruderschaften.

Wenn Bischof Harns das „nicht dulden“, sondern „solche Pfarrer in die katholische Kirche überwechseln“ lassen möchte, so wäre ihm anzuraten, doch erst einmal die vielen linkslastigen Pfarrer daraufhin zu überprüfen, ob sie noch das reine Evangelium predigen, was die konservativen Pfarrer, die sich in der apostolischen Überlieferung wissen, ganz ohne Zweifel zu tun bemüht sind!

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Ruth Matthäus,
Bad Hersfeld

Umfallsucht

FDP - Unauverfänglichkeit: WELT vom 26. November

Sehr geehrte Damen und Herren, rechtzeitig vor der Bundestagswahl wird die FDP wieder von einem neuen Schub ihrer alten Krankheit, der Wackel- und Umfallsucht geschüttelt.

Ein nicht geringer Teil der Parteibasis und ihrer Gremien haben 1982/83 die „Wende“ nur widerstrebend mitvollzogen und ihre „alte Liebe“, die SPD, nicht vergessen. Das Hamburger Bühnen und in Erwiderung hierzu die Balalaiken des sonst so galligen Herrn Vogel sprechen für sich.

Die CDU/CSU ist gewarnt und sollte schleunigst aus dem Verhalten eines chronisch unzuverlässigen Partners die Konsequenzen ziehen, das heißt mit allen Kräften die absolute Mehrheit anstreben. Noch stehen die Sterne günstig.

Mit freundlichen Grüßen
Erich Grim,
Limburg/L.

Arztversicherte sehen ihre Kassenrechnung selbst.

Die neue Gebührenordnung ist eine gute Basis für die Partnerschaft zwischen Arzt und Patient. Sie macht die Arztrechnung lesbarer und veranlaßt Privatversicherte, mit dem Arzt über die Behandlungskosten zu sprechen.

Kostenbewußtes Verhalten zahlt sich für den einzelnen Privatversicherten aus. Dafür sorgen in vielen Fällen auch die Beitragsrückerstattung und die Selbstbeteiligungstarife. Und diese Anreize zu kostenbewußtem Verhalten für den einzelnen wirken sich beitragsstabilisierend für alle Versicherten aus.

Der private Krankenversicherungsschutz kann individuell gestaltet werden. Seine Fortschrittlichkeit, Flexibilität und Leistungsfähigkeit werden zunehmend anerkannt. Immer mehr Menschen kommen zur privaten Krankenversicherung.

Die neue Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) können Sie kostenlos beim PKV-Verband anfordern. Verband der privaten Krankenversicherung e. V., Postfach 51 10 40, 5000 Köln 51.

Die privaten Krankenversicherungen
Praktizierter Fortschritt



Soziale Sicherheit

Joana Maria Gorvin - endlich einmal ein Wiedersehen mit der Schauspielerin

Heimatlos im modernen Theater

Sie kam 17-jährig, eine blutjunge Rumänin aus Siebenbürgen, nach Berlin, mitten im Kriege. Sie nannte sich, unter einem viel profaneren Namen geboren, Joana Maria Gorvin. Sie fand auf Anhieb Aufnahme in der Schauspielschule des Preussischen Staatstheaters zu Berlin. Jürgen Fehling, der großmächtige Regisseur, setzte sie in einer winzigen Rolle in Richard Billings „Am hohen Meer“ ein. Sie machte sofort Furore.

Sie war, obgleich damals noch unmündig, schon mit einer ganz eigenen, hohen, natürlich stilisierten Sprechart gesegnet. „Die Gorvin“, sagte Fehling damals, „hat ein geheimnisvolles Etwas in der Kehle. Sie ist eine erotische Nachtigall! Sie verwandelt seltsame Geigenklänge.“ Fehling wurde ihr Schicksal.

Unter ihm hat sie Sudermann gespielt („Johannisfeuer“). Sie war, gleich nach dem Kriege, das erste Gretchen im „Ur-Faust“. Sie war die bestechendste „Sabina“ in Thornton

Wilders. „Wir sind noch einmal davon gekommen.“ Sie war die leuchtendste Helena in Giraudoux' „Trojanischem Krieg“. Sie spielte die Elektra in Sartres „Fliegen“ - und immer wieder die Shakespeare-Mädchen in dessen Komödien. Sie war die „Maria Stuart“ bei Schiller. Ihr Siegeslauf war bis in die späten sechziger Jahre triumphal.

Fehling, mit dem sie mehr als nur ehelich verbunden war, kränkelte.

Lieber Arthur - ARD, 21.30 Uhr

Sie folgte Gustav Gründgens erst nach Düsseldorf, dann nach Hamburg. Dort gehörte sie dem letzten großen, noch intakten Ensemble an. Die Hansestadt nahm sie ebenso enthusiastisch auf wie zuvor Berlin.

Sie rechnet unter die letzten großen Protagonistinnen der deutschen Bühne. Ihr hoher Silberton ist unvergleichlich. Sie war, solange sie noch in einem intakten Ensemble wohnte

konnte, der intelligente Star dieser festgefügtsten Spielgemeinschaft. Sie spielte immer nur die Spielgestalten - nie sich selber. Und sie war doch jedesmal „die Gorvin“.

Seit sich die Theater verändert haben, ist sie heimatlos geworden. Der feste Rückhalt wurde ihr nicht mehr geboten. Sie hat sich und ihr unverwechselbares Talent rar gemacht. Sie lebt in Wien. Die neuen, ganz anders gearteten Regisseure trauen sich offenbar ihre sanfte Kraft und sprachliche Herrlichkeit gar nicht mehr zu.

So ist man dankbar, sie wenigstens wieder einmal im Fernsehen genießen zu können. „Lieber Arthur“ ist ein heiteres, teils streitbares Spiel um das Wiedersehen dreier Schwestern, die alle älter als 85 sind. Louise (Else Quecke) und Ada (Gorvin) leben in dem etwas heruntergekommenen Elternhaus, Trude (Gisela Trowe) seit ihrer Heirat in Afrika. Doch ihr Arthur ist gestorben. Trude kündigt ihre Rückkehr an. FRIEDRICH LUFT



Die Gorvin: unvergleichlicher Silberton und sanfte Kraft
FOTO: FELICITAS TIMPE

KRITIK

Charakterspiegel

Warum bist Du nur so schrecklich deutsch? Die Antwort auf Rosalys Frage müßte lauten: „Weil ich gewissenhaft und dienstbefähigt und ehrgeizig bin.“ Die Gewissenhaftigkeit zeigt sich durch vorgetäuschte Sachkenntnis, der Dienstbefähigkeit durch Autorität. Das Erfolgsstreben äußert sich in der Hoffnung auf das Bundesverdienstkreuz. Erdacht wurde der strebsame Rundfunkjournalist Dr. Maxill von Hisako Matsubara, einer deutsch schreibenden Autorin japanischer Herkunft. Dargestellt wurde er in der Fernsehfassung der Glückspflanze (ZDF) von Joachim Bliese. Und diesem stand die Naivität seines diktierten Charakters buchstäblich im Gesicht. Allein kämpfte er gegen das Unverständnis seiner Frau Rosaly, die Kritik seiner Kollegen, die Warnungen seiner Freunde.

Denn er wollte an die fachlichen Qualitäten der Dame Uba, dieser Reporterin aus Tokio, glauben, um sie in den Dienst seiner eigenen Karriere zu stellen. Aber die Ziele der berechnenden Asiatin wollten es anders: das Zusammentreffen von ihrer Dreistigkeit und seiner Dummheit

bewirkte, daß sie ans Ziel ihrer Wünsche gelangte: durch Vorspielung falscher Tatsachen zu Fernsehruhm im eigenen Lande. Es gelang hier trotz mancher Längen, aus der Sicht einer Japanerin die Schwächen unseres Nationalcharakters auf schmunzelnde Art darzustellen.

MARTINA SCHLINGMANN

Eingeständnisse

Julien Green, der große alte Mann der französischen Literatur, erlangt - bereits von Walter Benjamin und Hermann Hesse angekündigt - in Deutschland erst heute literarische Anerkennung. In Frankreich ein Klassiker, wird bei uns sein Roman „Leviathan“ gelesen, als wäre dieses Buch erst gestern geschrieben: ein Werk, das neben den größten Büchern dieses Jahrhunderts Bestand hat. Green, als Amerikaner in Paris geboren, von evangelischer Herkunft und zum Katholizismus übergetreten, französisch seltsamerweise mit einem leichten englischen Akzent spricht, hat sich in ZDF zu einem Interview zur Verfügung gestellt: Ein Grenzgänger in Paris. Beate Pinkernell, die mit Green sprach, erlangte eine Kon-

zentration auf das Wesentliche, bezogen auf seine Tagebücher und seine Romane, die beispielhaft erscheint.

Green stellte sein Dasein dar als Doppelgänger seiner Romanfiguren. Wobei er sein literarisches Werk ein „Tagebuch des inneren Menschen, der sich nicht preisgibt“ nannte. Sein Leben sei eine „Krise geistiger Verstärkung“ gewesen, wobei er sich als einen „interessierten, tief erschrockenen, teilnehmenden Beobachter“ sah. Zugleich aber betonte er als Konstante seines Lebens die „innere Selbstverweigerung“, die als Verzweiflung zu Tage trete, die den düsteren Hintergrund seiner Romane bilde.

Erstaunlich war, daß er zweimal Freud zitierte. Dieser habe Recht gehabt, wenn er vom Streben der Menschen nach Selbstverneinung spreche. Dieses sei in der Tat ein Signum unserer Epoche, die sich vor Gott abgewandt habe. Zwei Krisen seien entscheidend für sein Leben gewesen, sie fielen beide in seine Jugend: das Eingeständnis seiner Homosexualität und die Konversion zum Katholizismus. Aber es war entscheidend für die Darstellung dieses Schriftstellers in dem Interview, daß Green darauf hinwies, daß er nicht ein katholischer

Schriftsteller im Sinne Mauriac sei. Bis auf wenige Ausnahmen spiele die Kirche in seinen Romanen keine Rolle, wohl aber der Glaube. Für die Rezeption in Deutschland ist das wichtig. schw.

Fischer wichtiger

Wo muß ein Mensch aus politischen Gründen umgebracht werden, damit man in den Tagesthemmen (ARD) viel darüber erfährt? Offensichtlich überall, nur nicht in Ho-necker-Deutschland. Was die Redakteure vorgestern als Nachrichtenfolge flimmern ließen, war kühl kalkulierte Rohheit: Nach einem fast endlosen Interview mit Joschka Fischer, nach weiteren Umweltschutz-, Wirtschafts- und internationalen Meldungen wurde lakonisch mitgeteilt, daß es wohl wieder einen erwischte hat. Während das ZDF im heute-journal mit diesem Mauerbrand aufmachte und die zusätzliche Tragik des Geschehens hervorhob, daß einer der involvierten NVA-Grenzsoldaten seinen Regungen freien Lauf ließ, Abscheu bekundete und dafür abgeführt wurde, hielten die Tagesthemmen „entspannt“ ab. ULRICH SCHACHT

ARD	Das Erste	SAT 1
<p>nur in der ARD: 8.57 Haushaltsberatung im Bundestag nur im ZDF: 9.45 Tagesschau: Technisches Bauen 10.00 Tagesschau, Tagesschau</p> <p>14.00 Die Sklarin Isaura (5) 14.25 Die stummen Mennequies Elke Baur hat sie zum Reden gebracht. 14.45 Da schau her! Pferdewirtin Marina Vietgen betreut in München-Daglfing Trabrennpferde. Der fliegende Super-Guppy - ein kleiner, bunter Fisch aus tropischen Gewässern. 17.15 Computerwelt Die Welt der Elektronenrechner 17.45 Tagesschau 17.55 Regionalprogramme 20.00 Tagesschau 20.15 Deutschland vor der Wahl Diskussionsrunde mit den Parteigeneralsekretären 21.30 Lieber Arthur Fernsehspiel von Judith Herzberg mit Joana Maria Gorvin, Gisela Trowe und Else Quecke Regie: Heinz Schirk 22.30 Tagesschau 22.50 Einsatz in Manhattan Der Handlanger 23.45 Tagesschau 23.50 Nachtgedanken Theodor Adorno/Max Horkheimer: Zur Kritik der Geschichtsschreibung</p>	<p>10.25 Das Mädchen Marlon Deutscher Spielfilm 11.55 Umschau 12.10 Maelor 12.55 Presseschau/Tagesschau</p> <p>14.05 Shakespeare 1984 Einblicke in drei Inszenierungen: Was ihr wollt (München). Der Kaufmann von Venedig (München). Das Wintermärchen (Bochum) 16.00 heute 16.04 Auerland Der Schmetterling 16.55 Der Waschbär Rascal 17.00 heute / Aus den Ländern 17.15 Tele-illustrate 17.45 Die Wichters von nebenan Uschi Baby 18.55 Lotto 19.00 heute 19.55 ZDF-Magazin Kernkraft: Information gegen Panische. Afghanistan: Widerstand besser ausgerüstet 20.00 Bayer Uerdingen - FC Barcelona Live aus Krefeld. In der Pause: heute-journal 21.50 Der Donner-Clan Das Fest der Titanen 22.55 Glasgow - Mächtigengladbach UEFA-Pokal-Aufzeichnung 23.55 Am schönsten ist, was wir nicht Sagitta Über den dänischen Naturforscher und Bischof Niels Stensen 0.05 heute</p>	<p>15.55 Indian River 16.00 Drei Mädchen, drei Jungen 16.25 Die Wäitons Die Dickschädel 17.10 Kung Fu Caine und das Wundermittel 18.00 Es darf gelacht werden Festival mit Harry Langdon 18.50 Blick 18.55 Sport Moderation: Roman Köster Der Todesstoß des Paten Italienischer Mafia-Thriller (1973) Mit Arthur Kennedy, Agostina Belli, John Saxon, Daniele Vargas 21.15 Das bin ich Drei Frauen im Alltag 21.50 Blick 22.15 M - Männermagazin Rallye-Sport WM-Läufe 22.45 Nummer Sechs 3 - 2 - 1 - 0 23.35 Blick</p> <p>19.00 Reisewege zur Kunst: Apulien 19.45 Follow me (34) 20.00 Tagesschau 20.15 Der Forellenkot (6) Schreck in der Abendstunde 21.15 Europäische Nationalparke Jugoslawien 22.00 Zu früh / zu spät Französischer Spielfilm (1981) 23.40 Nachrichten</p>
<p>WEST 18.50 Sesamstraße 19.00 Aktuelle Stunde 20.00 Tagesschau 20.15 Bürgerforum Psychologische Hilfsangebote 21.45 off-ett Freizeit und Fitneß 22.30 Was geschah letzte Nacht? Amerikanischer Spielfilm (1936) Regie: James Whale Original mit Untertiteln 23.50 Dezember-Himmel 0.05 Nachrichten</p> <p>NORD 18.50 Die Sprechstunde Gesundheitsküche: Das Ei 19.15 Landwirtschaft aktuell Radaktion: Eckehard Boesche 20.00 Tagesschau 20.15 Berliner Platz Ärzte in Aufruhr 21.15 In bester Gesellschaft (5) 22.00 Privates Französisch-ital. Spielfilm (1962) Mit Brigitte Bardot, Marcello Mastroianni, Regie: Louis Malle 23.30 Nachrichten</p> <p>HESSEN 18.55 News of the Week 18.50 Dingsda 19.20 Hesse-Forum 19.55 Drei aktuell 20.00 Parlament, Parteien, Perspektiven Streit um Strahlenwerte. Streit um Polizei-Einsatz. Interview mit Mi-</p>	<p>nisterpräsident Bömer. Staatsvertrag mit jüdischen Gemeinden 20.45 Was gehört der Sonntag? 21.30 Drei aktuell, Sport 21.50 Liederstraße Drei Ohrfeigen 22.20 Der Amateur Fernsehfilm von Rainer Ertel</p> <p>SÜDWEST 18.50 Simon 18.55 Matt und Janny 19.00 Abendschau/Blick ins Land 19.50 Schlaglicht 20.15 In bester Gesellschaft (5) 21.00 Aktuell/News 21.15 Forum/Weder Freund noch Feind 21.00 Output 22.15 Bühnen der Biennale Amerikanischer Spielfilm (1932) 23.30 Nachrichten</p> <p>BAYERN 18.45 Rundschau 19.00 Musik und Talk 19.30 Dingsda-Quiz 20.00 In bester Gesellschaft (5) Fernsehserie 20.45 Zeitspiegel Atomwaffenfreies Europa? Bayrisches Rundfunk-Unterricht. New Age 21.30 Rundschau 21.50 Frauentheater Seitensprung 21.55 Frauen der Sonas (1) Australische Fernsehserie 22.45 Lese-Zeichen 23.15 Ein Dach für drei Generationen 0.00 Rundschau</p>	<p>18.00 Mini-ZIB 18.10 Bilder aus Deutschland 19.00 heute 19.50 Roggendorf Ansiedlung von Sinti und Roma 20.00 Jenseits der Landstraße In der Schweiz 21.15 Zeit im Bild 2 21.55 Kulturjournal 21.45 Es ging Tag und Nacht Zigeuner im Dritten Reich 23.00 Begegnungen Michael Albus im Gespräch mit Philomena Franz 23.50 Nachrichten</p> <p>RTL 18.55 Brigitte zu Besuch 18.55 7 vor 7 19.22 Karlsen 19.50 Insider Waffenschleier 20.20 Fliesenbau 20.50 Bitt mit dem Teufel Amerikanischer Spielfilm (1954) Mit Audie Murphy, Dan Duryeo, Susan Cabot. Regie: Jesse Hibbs 22.10 Nachrichten 22.30 Popoys, der Bowlingmelator 22.55 Wer bin ich? Quiz mit Prominenten 23.50 Wetter/Horoskop/Bathypop 23.50 Wall Street Final</p>



Haben Sie Sinn fürs Sparen?

Dann werden Sie Daihatsu mögen.

Seit fast 80 Jahren scheuen wir keine Mühe, unsere Autos mit all den Dingen auszustatten, die Ihnen wichtig sind. Mit dem neuen Cuore 44 zeigt Daihatsu Herz für: Finanzgenies, Jungunternehmer, Modetrends, Nachtschwärmer, Reiseprofis, Steuerfuchse. Alle kommen mit dem neuen Cuore 44 auf ihre Kosten, denn der Daihatsu Cuore bietet alles, worauf es Ihnen ankommt:

- Niedriger Kraftstoffverbrauch (4,0 l/100 km bei konstant 90 km/h nach ECE-Norm)
- Lange Wartungsintervalle
- Zuverlässigkeit und lange Lebensdauer (6-Jahres-Garantie gegen Karosserie-Durchrostung)
- Schadstoffarm und damit 3 1/2 Jahre steuerfrei (danach günstiger Steuersatz von 13,20 DM/100 ccm)

Nur an den vielen kleinen Details, die das Fahren im Cuore so angenehm machen, hat Daihatsu nicht gespart. Daihatsu Cuore 44 - Sparen in seiner angenehmsten Form.



Cuore 44

Die Zukunft fest in der Hand

DAIHATSU

(Hersteller) DAIHATSU MOTOR CO., LTD. PHONE: IKEDA (0727) 51-8811 TELEX: 0-5322-251 JAPAN.
0-5322-224 JAPAN. CABLE: TLX 5322224 DAIHATSU IKEDAOSAKA
Ausführliche Informationen erhalten Sie von: (für PKW) WALTER HAGEN AUTO-IMPORT UND
-HANDEL GmbH, Pestalozzistr. 25, 4150 Krefeld. TEL: 02151/895 340 TELEX: 853 463 Hag D

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Dipl.-Ing., freier Architekt

hoch. Bauteam mit 2 m. eig. Büro in Stuttgart, versiert in Entwurfsplanung, Bauleitung, Wettbewerbserfolge, Betriebswirtschaft, Bewertung v. bebauten u. unbebauten Grundstücken.

Kenner des hiesigen Immobilienmarktes sucht Kontakte, um ihr Inter. i. Ballungsraum Stuttgart wahrzunehmen.

Angab. u. W 6982 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Suche Generalagentur, auch Vertrieb.

Ausstellungs- u. Lager, ausgest. Büro m. Telefon in bester Hamburger Gegend vorhanden.

Tel. 0 40 / 44 62 01, Tlx. 4 03 298

u. unter X 9953 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Fabrikant: Schrock-Phantasie in Spanien

sucht Einfuhrer, Alleinverkauf f. Deutschland. Schon sehr gute Erfolge in Holland, Frankreich u. England.

Tel. 05 31 / 69 56 18 od. Marbella 9 52 / 83 21 06

Ihr Büro in Düsseldorf

(Naher Kd.) Telefonist, Post, Service, Besprechungsraum, u. Vert. Repräsentation durch promovierten Akademiker.

Tel. 02 11 / 37 58 51

Schweizer Aktiengesellschaft

sucht Kooperation mit deutschen Unternehmen auf technischem Gebiet. Auch Import/Export usw.

Bitte schreiben Sie an Chiffre 25-139 179, Publicitas, Gubelstr. 19, CH - 8304 Zug 4

Suche in Deutschland

Vertrieb in Optik, Apotheken, Sport, Autoreifen usw. Mein Anschrift von 26. bis 30. Nov. 88: Kurt Körner, Hotel Damp, Corneliussstr. 118, 4000 Düsseldorf, Tel. 02 11 / 33 22 71

EXPORT-Organisation

für Vertrieb (später Lizenz) von package units für

UMWELTSCHUTZ (Luft) (AB)WASSER-Reinigung SCHLAMM-Verwertung

als exklusive Vertretung oder Zwischenkäufer für

MITTELMEER-Länder

gesucht. Beteiligung von Firmen bzw. deren leitenden Personen an Schweizerischer Export AG wäre ab 1987/88 möglich, jedoch keineswegs Voraussetzung.

Zuschriften erbeten unter E 7145 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Berlin bietet sinnvolle Kapitalanlagen in der Altbauomodernisierung (§§ 14 a und 14 b Berlin-Forderungsgesetz):

Mit einem Einsatz von DM 15.000,- ca. kann Ihr Kunde noch 1986 über DM 120.000,- abschreiben!

Zum Mitvertrieb suchen wir qualifizierte Einzelverkäufer/innen und Vertriebsgruppen mit einem hohen Qualitätsanspruch an Objekt, Betreuung und Abwicklung.

Sotortinformation erhalten Sie von Ascania Kapitalanlagenvermittlung-GmbH

Kurfürstendamm 100, 1000 Berlin 31, Tel. 030/324 30 30

Solida Immobilien-Anlage - mit Sicherheit Ihre Partner vor Ort

Ingenieur/Kaufmann mit langjähriger Erfahrung in Förder- und Medizintechnik übernimmt Kundenbetreuung in der ganzen Schweiz als Agent oder Importeur.

Zuschriften erbeten unter R 7198 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebspartner für den Verkauf von Postern des neuen 7er BMW (Format DIN A1), regional oder bundesweit gesucht.

Wir bitten um telefonische oder schriftliche Kontaktaufnahme.

TID GmbH - Tel. 0 89 / 2 72 06 76

Tengstr. 26 - 8000 München 40

ITZ**Ihr Zusatzprogramm**

- Das Schweizer Know-How

Nutzen Sie Ihr Kundenpotential zu einem ungeheuren Zusatzverdienst:

Das Programm: „Das aktiv verwaltete Bargeldkonto“ bei einer Schweizer Großbank. Wir geben Ihnen das Know-how...

Für Ihren Kunden ein Produkt, das er schon immer einmal haben wollte.

ITZ Internet Zürich AG - Benennungsweg 11 - CH-8001 Zürich

Telefon Deutschland: (0) 61 31 08 49 99

ITZ**Ihr Zusatzprogramm**

- Das Schweizer Know-How

Nutzen Sie Ihr Kundenpotential zu einem ungeheuren Zusatzverdienst:

Das Programm: „Das aktiv verwaltete Bargeldkonto“ bei einer Schweizer Großbank. Wir geben Ihnen das Know-how...

Für Ihren Kunden ein Produkt, das er schon immer einmal haben wollte.

ITZ Internet Zürich AG - Benennungsweg 11 - CH-8001 Zürich

Telefon Deutschland: (0) 61 31 08 49 99

Freie Kapazitäten

im Stahl-, Rohrleitungsbau und Schweißkonstruktionen - im Festpreis wie in Regie - ca. 10 Schweißer mit Schweißgeräten (Elektro u. Argon) sowie mit gültigen Prüfungen nach DIN 8560 zu äußerst günstigen Bedingungen.

Flamman Industriemaschinen GmbH

Am Gauberg 1, 6529 Siersburg, Tel. 0 68 35 / 36 85 u. 81 25

Altstassanierung

Suche Kontakt zu Firma, die obelasteten Boden biologisch sanieren kann. Kontakt erbeten unter P 7197 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

SPEZIALDEKETE

Erfahrung und diskret

Weltweite Personenaufklärung (Großschuldner, verlässliche Personen, Rückführung von Kindern etc.)

Lösung von außergewöhnlichen Problemen aller Art

Nuhn-Bode & Partner

D-5360 Bonn, Friesenstr. 25

Zentral Tel. u. Nacht 02 28 - 37 99 55

Gesucht: Qualitätsartikel m. Folgebewertung, geeignet für Versandhandel.

Geboten: Güter Kontakt zu mehr als 2000 Schulen und Leit. Lehrern. Zuschriften unter W 6980 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Shop-Lizenz!

Möchten Sie nicht Eigentümern (in einer Parfüm-Boutique) werden? Interessenten melden sich bitte bei:

Lee von Clee Deutschland

Friedrich-Ebert-Straße 59

66333 Waghäusel-Wiesental

Publikationen in Vierteljahr

Höher Anspruch und beste Qualität. Die Broschüre für den Festgedienst bei Jubiläen, Kirchenweihen, Renovierungen, Glockenweihe und anderen Festen der Kirchengemeinden.

Verlag für Kirchen- und Gemeindeverlag

Ameliese Freifrau von Neunhardt

Schloß Gelsdorf, 5482 Grafschaft/Gelsdorf, Tel. 0 22 25 / 14 85

Wir suchen leistungsfähige Lieferanten für

MAN-, Balmier-Benz- und Magirus (Ireco)-Ersatzteile

Ang. unt. T 8979 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wochenendtransport

Neugegründetes Kleintransportunternehmen sucht Fahrgäste m. Schwerpunkt Wochenendtransport od. auch Kurierfahrten.

Angab. unt. W 6981 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Außendienstteam

in den PLZ-Bereichen 6, 7, 8 + CH + A hat Kapazitäten frei.

Kundenbetreuung und Kundenbindung bevorzugt.

Kontaktaufnahme:

E. Hoberg

Rottener Straße 69

in 8214 Bernau am Chiemsee

Übersetzungen

Deutsch-Französisch i. Wort u. Schrift. Ang. unt. F 7193 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

UdSSR

Handelsvertreter sucht Firmenvertretung. Bedingung: MFL. Fixum + Provision. Büro in Moskau vorhanden.

Zuschr. erb. u. N 7152 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Unternehmen des Maschinenbaus mit interessanten Produkten für die Mechanisierung der Kartoffel- und Gemüseernte sucht

Exportverbindungen insbesondere für Spanien. Kontaktaufnahme unter M 7151 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Baum. Fachkollaboration

übernimmt diskrete Aufträge aller Art. Zuschriften an: 9561 Amptweg, Postfach 11 62.

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen

Stahl-Schnellbauhallen, Container für Büro, Sanitär und Lager, neu und gebraucht, großes Mietlager, Gravel-Convex, 66 MA, 66 20 40 40 Büro, 42 Owerhausen, 02 06 - 56 37 66

Diplom-Geologe

27 J., ledig, Studienschwerpunkte Ingenieurgeologie und Lagerstättenlehre der Erde an RWTH Aachen, sucht Anfangsstellung, Ortsungebunden.

Zuschr. erb. u. U 7135 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kinderbetreuung

Die Kinder zur Schule bringen, abholen, bei den Schularbeiten helfen, bei Abwesenheit der Eltern (Abende, Wochenenden) für die Kinder da sein, im Urlaub das Haus sichern und den Garten versorgen (ggf. einwohnen), einen Teil der Ferien mit den Kindern außerhalb verbringen und für einen aktiven, sinnvollen Tagesablauf sorgen. M. 53, verheiratet, 2 nach Abitur in der Berufsausbildung stehende Kinder, Friseurin, langjähriger Jugendtrainer mit natürlicher Autorität.

Zuschr. unter T 7200 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geleiteter Schlosser u. Elektriker

29 J., sucht Anstellung als Hausmeister od. Fahrer. Tel. 0 23 66 / 3 59 81

Marinesysteme

akquirierte ich erfolgreich als Abt.-Leiter Export in deutscher Konzernwirtschaft. Dipl.-Kfm. Dipl.-Ing., Anf. 40, sicher in allen Projektphasen bis zum Auftrag, sucht neue Aufgabe in (Projekt-)Management/Vertrieb.

Angab. u. V 7202 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Handelsvertreter

41 Jahre, mit 15jähriger Außendienst Erfahrung, sucht ab 1989 neues betriebl. Betätigungsfeld, keine Versicherungen. Zuschriften erb. u. C 6949 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Sicherheitsberater

vertraut mit - Geheimdienstbuch in der Wirtschaft - sowie langjährige Erfahrung in Bereichen: Observation, Ermittlung, Personenschutz u. Fahndung, sucht neuen Wirkungskreis in der Industrie.

Zuschr. erb. u. X 7158 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

IMMOBILIEN/KAPITALIEN**Interessantes steuerbegünstigtes Beteiligungsangebot aus der Küstenschifffahrt**

- hohe Verlustzuweisung ermöglicht Liquiditätsüberschuss in 1988

- kein Agio

- erfahrene Partner

- gute Beschäftigung

- Förderung durch Bundeszuschuß

Telefonische Auskünfte: 0 49 21 / 2 09 71

Unterlagen anfordern bei: Emdena Partnership GmbH, Nesserlander Straße 1 (Handelshof) 2970 Emden

Nur einer von 1000 wird dieses Gewerbeobjekt kaufen

(aber vielleicht sind Sie der eine!) Wir verkaufen ein gut angelegtes Gewerbeobjekt der Fein- und Feinblechbranche in einer sehr guten Großstadt, mit einer Top-Lage von 40.000,- €.

Der Kaufpreis beträgt

DM 400.000,-

Bau- und Immobilienvertriebs-GmbH, Stuttgarter Str. 183, 7312 Kirchheim/Teck

☎ 0 70 21/4 40 16

18% Miete p. a.

6 Jahre, garantiert P & R-Container-Leasing

Fa. Tel. 0 89 / 2 71 69 59

Mietbüro z. Sparten, inkl. Tel./Tel., Sekretariat, Büro + Service.

0 23 61 / 1 46 15, Ihr Büro im Ruhrgebiet

Baugelände

einmalig schön Lage von Wuppertal, 38 500 m² auf 2000 m², rechtskräftiger Bebauungsplan, Wa.-Gebiet, Bauweise 3-gesch., SD, GRZ u. d. GRZ 0,8, DM 7.200.000,- zzgl. 3,42 % Provis. einschl. MwSt. Kolb-Erich Köhler Immobilien

Krischerstr. 42

4019 Monheim

Tel. 0 21 73 / 5 20 28 / 38

nach Geschäftsschluss 5 22 82

GENESEE / BERGKUNDE

Große Auswahl von Wohnungen und Chalets mit Bewilligungen für den Verkauf an Ausländer. Sehr gute Wohnlagen auch in der Gegend von Gstaad und Lugano. Preisgünstig. Interessante Konditionen. Besichtigungen auch an Wochenenden nach Vereinbarung.

GLOBE PLAN SA

Avenue Mon-Repos 24, CH-1005 Lausanne, Schweiz, Tel. (21) 22 35 12, Telex 25 185 melis ch

STELLENANGEBOTE

Wir sind ein Bauunternehmen mit dem Hauptsitz in Braunschweig und Aktivitäten im gesamten Bundesgebiet. Der Schwerpunkt unserer Tätigkeit ist der Industriebau. Im Schornstein- und Feuerungsbaubereich sowie in der Erstellung von Großanlagen sind wir Spezialisten.

Für unsere Zentrale in Braunschweig und unsere Niederlassung in Köln suchen wir erfahrene Bauleiter/innen.

Bauleiter

zur eigenverantwortlichen Abwicklung von Bauvorhaben

Mehrjährige Berufserfahrung in der Bauführung, die Fähigkeit Mitarbeiter zu führen sowie fundierte Grundkenntnisse in der Kalkulation und dem konstruktiven Ingenieurbau setzen wir voraus.

Wir bieten Dauerstellungen mit interessanten und selbstständigen Arbeitsgebieten. Ihre ausführliche Bewerbung richten Sie bitte an unser Personalbüro in 53000 Braunschweig, Celler Straße 66-68.

Für Vorabinformationen steht Ihnen unser Herr Medien unter der Ruf-Nummer 05 31/59 72 31 zur Verfügung.

LUCKS+CO
Industrie- u. Industrial Construction

Bekannter Hersteller von

SPEZ. INDUSTRIE-ARMATUREN

sucht jeweils einen selbständigen arbeitenden Repräsentanten im Rheinland, Ruhrgebiet und in Berlin als

ING.-BERATER

bei ersten Anzeichen der Großchemie etc. in Frage kommen nur einseitig freigelegte Damen und Herren oder Cornitur mit techn. Verständnis (ing.-Bachgründ) Die Vertretung entspricht den von uns gestellten hohen Anforderungen.

Zuschriften unter L 7159 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir suchen zum frühestmöglichen Zeitpunkt den

Leiter des Prüfungsdienstes

für die Überwachung und Leitung von Pflicht- und freiwilligen Prüfungen nach genossenschafts- und aktienrechtlichen Grundsätzen, für die Berichtskritik, Prüfungsplanung und den Personaleinsatz im Prüfungsdienst.

Die angebotene Position ist direkt dem Vorstand unterstellt. Langjährige Erfahrungen im Genossenschaftswesen setzen wir voraus. Darüber hinaus sollten Sie über die Qualifikation zum Steuerberater verfügen.

Reisefähigkeit ist nur in eingeschränktem Umfang erforderlich. Es bestehen mittelfristig Aufstiegsmöglichkeiten. Dienstort ist Hamburg.

Bitte senden Sie uns die üblichen Bewerbungsunterlagen mit Angabe Ihrer Gehaltsvorstellung und des möglichen Eintrittstermins.

Prüfungsverband der Deutschen Verkehrsgeosellschaften

Schloßstraße 6, 2000 Hamburg 70, Telefon 0 40 / 68 02 75

STELLENGESUCHE

Dynamischer Exportkaufmann

Auslandsort, im Auf- und Ausbau von Exportmärkten

33 J., verh., Res.-Offiz., 5 J. Mittelost, davon 3 J. Niederlassungsleiter, 3 J. stellv. Abteilungsleiter in H.H. unget., Standt im Umgang auf Führungsebene (Ausland wie Inland), zielstrebig, verantwortungsbewußt, einflussreich, häufiges Reisen gewohnt, suche neue herausfordernde Aufgabe, vielleicht als Ass. der Geschäftsleitung. Mögl. Raum HH.

Angab. u. W 7203 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Rechnungswesen, Org./EDV

Org.-/EDV-Leiter/Praktiker, Systemberater, Hersteller, mod. Methoden vertraut, EDV-Büroautomation, früher Projektleiter/Berater in WP-Gesellschaft, Buchh.-Leitung, spezialisierte Rechnungswesen, ungetücht, sucht gut dotierte, verantwortliche Position. Angebote unter U 7201 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Manager aus Handelskonzern, 46 Jahre

Verantwortlich für - Firmengruppe mit Tochter- und Beteiligungsgesellschaften - Spezialvertrieb mit Fachhändlern

möchte sich aus persönlichen Gründen in exponierte Vertrauensposition mit übergreifender Verantwortung verordnen.

Erste Kontaktaufnahme bitte mit meinem Berater

Dr. Hans-Joachim Ebers

Brahmsallee 18, 2000 Hamburg 13

Wir sind 9 Hochschulabsolventen/innen

mit Berufserfahrung in verschiedenen Bereichen. Im Dez. 88 beenden wir unsere einjährige Fortbildung mit Abschlussprüfung vor der Handwerkskammer zum

DV-Organisator

Wir bieten im Bereich Datenverarbeitung praktische Erfahrung im Umgang mit BS 2000 auf einer Siemens 7541 über Datenfernverarbeitung, einem PC-Mehrplatzsystem (Siemens MX 9780) unter UNIX, Datenkommunikations- und Datenbanksystemen (UTM/DC, INFORMIX, dBase, dBase, dBase, dBase), Softwareentwicklung in Zusammenarbeit mit einem renommierten Softwarehaus, Programmiersprachen (Cobol, Pascal u. Assembler).

Im kaufmännisch-betriebswirtschaftlichen Bereich Kenntnisse in: Systemanalyse u. betriebl. Organisation, Personal- und Materialwirtschaft, Finanzbuchhaltung u. Statistik/Buchhaltung.

Wir suchen schwerpunktmäßig Aufgaben in den Bereichen: DV-Organisation, Systemanalyse/Softwareentwicklung, EDV-Schulung, Personalwesen. Zuschriften erb. u. A 7141 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Drogist - 40

18 Jahre selbständig, sucht neuen Wirkungskreis in der Drogen- und Parfümeriebranche.

Bestes Fachwissen, gute Personalführung.

Übernahme einer Verkaufsstelle, Vertretungen, auch Auslieferungslager oder ähnlich.

Zuschr. erb. unt. Y 7139 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Stabsoffizier

Dipl.-Ing. agr. (FH), 57 J., ortsungebunden, 10 J. landw. Praxis, 30 J. Bw.-Dienst, davon 12 J. im Rüstungsbereich, z. Z. Kommandeurenverwendung im Territorialheer, erfahren im Umgang mit Behörden, Repräsentation, Information, erfahrener Ausbilder, Organisation, Dokumentation aber auch ökolog. Umweltschutz, Jäger, Reitwart FN sucht zum 1. 4. 1989 oder später neue, interessante (Voll- oder Teilzeit-) Aufgabe. Angebote unter G 7191 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Ingenieur (TU) Marketing-/Vertriebsleiter

für Investitionsgüter u. techn. Seriengeräte, Anf. 50, langj. Erfahrung in Marketing, Vertrieb, Service einschl. Aufbau und Führung entspr. Bereiche, mit modernen Planungs-, Controlling- und Berichtssystemen vertraut, Konzernverwaltung, erfolgreich im Aufbau neuer Produktlinien, Aufbauen profitabler Marktnischen und Erschließen neuer Absatzwege, initiativ und belastbar, fließend Englisch, gut Französisch, sucht entspre. neue Führungsposition in Marketing, Vertrieb oder Geschäftsleitung.

Zuschriften erbeten unter Z 7140 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Kaufmann / gel. Maschinenbauer

Anf. 40, langj. Erfahrung in Industrie und Handel. Englisch verhandlungsfähig, Franz.-Kenntn., Auslandsaufenthalt, evtl. Beteiligung möglich. Angebote erbeten unter T 7134 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Älterer Kaufmann

NACHRICHTEN

Handball: Schwere Gegner
Bielefeld (sid) - Die Auslosung des Viertelfinales im Handball-Europacup brachte für die drei Bundesligaklubs schwere Gegner: TuSSEM Essen - Dukla Prag (Landesmeister), Vassas Győr - MTSV Schwabing (Pokalsieger) und Gummertsbach - Magdeburg (IHF-Pokal). Hinspiele: 5.-11. Januar 1987. Rückspiele: 12.-18. Januar.

Geldstrafe für Wuttke
Kaiserslautern (dpa) - 50 Tage nach dem Fußball-Bundesligaspiel zwischen Homburg und Kaiserslautern ist Wolfram Wuttke wegen Beleidigung des Linienrichters vom Sportgericht des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) mit einer Geldstrafe von 2000 Mark belegt worden.

Ehrung für Beckenbauer
Bonn (sid) - Teamchef Franz Beckenbauer erhält am 18. Dezember von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse. Bei der Ehrung ist auch das komplette WM-Aufgebot anwesend, das mit dem Silbernen Lorbeerblatt ausgezeichnet wird.

Boris Beckers Gegner
New York (sid) - Beim Masters-Finale in New York (3.-8. Dezember) muß Wimbledonssieger Boris Becker (Leimen) in der Vorrunde gegen Nyström, Wiliander (beide Schweden) und Leconte (Frankreich) antreten. In der anderen Gruppe spielen Lendl (CSSR), Edberg (Schweden), Noah (Frankreich) und Gomez (Kuba).

ZAHLEN

TENNIS
Internationales Turnier in Atlanta, Herren, erste Runde: Wiliander (Schweden) - Gilbert (USA) 7:6, 3:6, 6:4, Noah (Frankreich) - Perera (Schweden) 6:3, 5:7, 6:4.

SCHACH
Sechste Olympiade in Dubai, 8. Runde, Herren: Bundesrepublik Deutschland - Schottland 3:1 - Dament: UdSSR - Bundesrepublik Deutschland 2:1.

GEWINNQUOTEN
Lotto: Klasse 1: 2.670.279,80 Mark, 2: 54.245,40, 3: 6.112,80, 4: 105,00, 5: 7,90, 6: 48, 7: 1, unbesetzt, Jackpot: 1.094.199,90, 2: unbesetzt, Jackpot: 88.404,05, 3: 13.407,50, 4: 183,80, 5: 11,50, 6: 2, 7: 1, 8: 1, 9: 1, 10: 1, 11: 1, 12: 1, 13: 1, 14: 1, 15: 1, 16: 1, 17: 1, 18: 1, 19: 1, 20: 1, 21: 1, 22: 1, 23: 1, 24: 1, 25: 1, 26: 1, 27: 1, 28: 1, 29: 1, 30: 1, 31: 1, 32: 1, 33: 1, 34: 1, 35: 1, 36: 1, 37: 1, 38: 1, 39: 1, 40: 1, 41: 1, 42: 1, 43: 1, 44: 1, 45: 1, 46: 1, 47: 1, 48: 1, 49: 1, 50: 1, 51: 1, 52: 1, 53: 1, 54: 1, 55: 1, 56: 1, 57: 1, 58: 1, 59: 1, 60: 1, 61: 1, 62: 1, 63: 1, 64: 1, 65: 1, 66: 1, 67: 1, 68: 1, 69: 1, 70: 1, 71: 1, 72: 1, 73: 1, 74: 1, 75: 1, 76: 1, 77: 1, 78: 1, 79: 1, 80: 1, 81: 1, 82: 1, 83: 1, 84: 1, 85: 1, 86: 1, 87: 1, 88: 1, 89: 1, 90: 1, 91: 1, 92: 1, 93: 1, 94: 1, 95: 1, 96: 1, 97: 1, 98: 1, 99: 1, 100: 1, 101: 1, 102: 1, 103: 1, 104: 1, 105: 1, 106: 1, 107: 1, 108: 1, 109: 1, 110: 1, 111: 1, 112: 1, 113: 1, 114: 1, 115: 1, 116: 1, 117: 1, 118: 1, 119: 1, 120: 1, 121: 1, 122: 1, 123: 1, 124: 1, 125: 1, 126: 1, 127: 1, 128: 1, 129: 1, 130: 1, 131: 1, 132: 1, 133: 1, 134: 1, 135: 1, 136: 1, 137: 1, 138: 1, 139: 1, 140: 1, 141: 1, 142: 1, 143: 1, 144: 1, 145: 1, 146: 1, 147: 1, 148: 1, 149: 1, 150: 1, 151: 1, 152: 1, 153: 1, 154: 1, 155: 1, 156: 1, 157: 1, 158: 1, 159: 1, 160: 1, 161: 1, 162: 1, 163: 1, 164: 1, 165: 1, 166: 1, 167: 1, 168: 1, 169: 1, 170: 1, 171: 1, 172: 1, 173: 1, 174: 1, 175: 1, 176: 1, 177: 1, 178: 1, 179: 1, 180: 1, 181: 1, 182: 1, 183: 1, 184: 1, 185: 1, 186: 1, 187: 1, 188: 1, 189: 1, 190: 1, 191: 1, 192: 1, 193: 1, 194: 1, 195: 1, 196: 1, 197: 1, 198: 1, 199: 1, 200: 1, 201: 1, 202: 1, 203: 1, 204: 1, 205: 1, 206: 1, 207: 1, 208: 1, 209: 1, 210: 1, 211: 1, 212: 1, 213: 1, 214: 1, 215: 1, 216: 1, 217: 1, 218: 1, 219: 1, 220: 1, 221: 1, 222: 1, 223: 1, 224: 1, 225: 1, 226: 1, 227: 1, 228: 1, 229: 1, 230: 1, 231: 1, 232: 1, 233: 1, 234: 1, 235: 1, 236: 1, 237: 1, 238: 1, 239: 1, 240: 1, 241: 1, 242: 1, 243: 1, 244: 1, 245: 1, 246: 1, 247: 1, 248: 1, 249: 1, 250: 1, 251: 1, 252: 1, 253: 1, 254: 1, 255: 1, 256: 1, 257: 1, 258: 1, 259: 1, 260: 1, 261: 1, 262: 1, 263: 1, 264: 1, 265: 1, 266: 1, 267: 1, 268: 1, 269: 1, 270: 1, 271: 1, 272: 1, 273: 1, 274: 1, 275: 1, 276: 1, 277: 1, 278: 1, 279: 1, 280: 1, 281: 1, 282: 1, 283: 1, 284: 1, 285: 1, 286: 1, 287: 1, 288: 1, 289: 1, 290: 1, 291: 1, 292: 1, 293: 1, 294: 1, 295: 1, 296: 1, 297: 1, 298: 1, 299: 1, 300: 1, 301: 1, 302: 1, 303: 1, 304: 1, 305: 1, 306: 1, 307: 1, 308: 1, 309: 1, 310: 1, 311: 1, 312: 1, 313: 1, 314: 1, 315: 1, 316: 1, 317: 1, 318: 1, 319: 1, 320: 1, 321: 1, 322: 1, 323: 1, 324: 1, 325: 1, 326: 1, 327: 1, 328: 1, 329: 1, 330: 1, 331: 1, 332: 1, 333: 1, 334: 1, 335: 1, 336: 1, 337: 1, 338: 1, 339: 1, 340: 1, 341: 1, 342: 1, 343: 1, 344: 1, 345: 1, 346: 1, 347: 1, 348: 1, 349: 1, 350: 1, 351: 1, 352: 1, 353: 1, 354: 1, 355: 1, 356: 1, 357: 1, 358: 1, 359: 1, 360: 1, 361: 1, 362: 1, 363: 1, 364: 1, 365: 1, 366: 1, 367: 1, 368: 1, 369: 1, 370: 1, 371: 1, 372: 1, 373: 1, 374: 1, 375: 1, 376: 1, 377: 1, 378: 1, 379: 1, 380: 1, 381: 1, 382: 1, 383: 1, 384: 1, 385: 1, 386: 1, 387: 1, 388: 1, 389: 1, 390: 1, 391: 1, 392: 1, 393: 1, 394: 1, 395: 1, 396: 1, 397: 1, 398: 1, 399: 1, 400: 1, 401: 1, 402: 1, 403: 1, 404: 1, 405: 1, 406: 1, 407: 1, 408: 1, 409: 1, 410: 1, 411: 1, 412: 1, 413: 1, 414: 1, 415: 1, 416: 1, 417: 1, 418: 1, 419: 1, 420: 1, 421: 1, 422: 1, 423: 1, 424: 1, 425: 1, 426: 1, 427: 1, 428: 1, 429: 1, 430: 1, 431: 1, 432: 1, 433: 1, 434: 1, 435: 1, 436: 1, 437: 1, 438: 1, 439: 1, 440: 1, 441: 1, 442: 1, 443: 1, 444: 1, 445: 1, 446: 1, 447: 1, 448: 1, 449: 1, 450: 1, 451: 1, 452: 1, 453: 1, 454: 1, 455: 1, 456: 1, 457: 1, 458: 1, 459: 1, 460: 1, 461: 1, 462: 1, 463: 1, 464: 1, 465: 1, 466: 1, 467: 1, 468: 1, 469: 1, 470: 1, 471: 1, 472: 1, 473: 1, 474: 1, 475: 1, 476: 1, 477: 1, 478: 1, 479: 1, 480: 1, 481: 1, 482: 1, 483: 1, 484: 1, 485: 1, 486: 1, 487: 1, 488: 1, 489: 1, 490: 1, 491: 1, 492: 1, 493: 1, 494: 1, 495: 1, 496: 1, 497: 1, 498: 1, 499: 1, 500: 1, 501: 1, 502: 1, 503: 1, 504: 1, 505: 1, 506: 1, 507: 1, 508: 1, 509: 1, 510: 1, 511: 1, 512: 1, 513: 1, 514: 1, 515: 1, 516: 1, 517: 1, 518: 1, 519: 1, 520: 1, 521: 1, 522: 1, 523: 1, 524: 1, 525: 1, 526: 1, 527: 1, 528: 1, 529: 1, 530: 1, 531: 1, 532: 1, 533: 1, 534: 1, 535: 1, 536: 1, 537: 1, 538: 1, 539: 1, 540: 1, 541: 1, 542: 1, 543: 1, 544: 1, 545: 1, 546: 1, 547: 1, 548: 1, 549: 1, 550: 1, 551: 1, 552: 1, 553: 1, 554: 1, 555: 1, 556: 1, 557: 1, 558: 1, 559: 1, 560: 1, 561: 1, 562: 1, 563: 1, 564: 1, 565: 1, 566: 1, 567: 1, 568: 1, 569: 1, 570: 1, 571: 1, 572: 1, 573: 1, 574: 1, 575: 1, 576: 1, 577: 1, 578: 1, 579: 1, 580: 1, 581: 1, 582: 1, 583: 1, 584: 1, 585: 1, 586: 1, 587: 1, 588: 1, 589: 1, 590: 1, 591: 1, 592: 1, 593: 1, 594: 1, 595: 1, 596: 1, 597: 1, 598: 1, 599: 1, 600: 1, 601: 1, 602: 1, 603: 1, 604: 1, 605: 1, 606: 1, 607: 1, 608: 1, 609: 1, 610: 1, 611: 1, 612: 1, 613: 1, 614: 1, 615: 1, 616: 1, 617: 1, 618: 1, 619: 1, 620: 1, 621: 1, 622: 1, 623: 1, 624: 1, 625: 1, 626: 1, 627: 1, 628: 1, 629: 1, 630: 1, 631: 1, 632: 1, 633: 1, 634: 1, 635: 1, 636: 1, 637: 1, 638: 1, 639: 1, 640: 1, 641: 1, 642: 1, 643: 1, 644: 1, 645: 1, 646: 1, 647: 1, 648: 1, 649: 1, 650: 1, 651: 1, 652: 1, 653: 1, 654: 1, 655: 1, 656: 1, 657: 1, 658: 1, 659: 1, 660: 1, 661: 1, 662: 1, 663: 1, 664: 1, 665: 1, 666: 1, 667: 1, 668: 1, 669: 1, 670: 1, 671: 1, 672: 1, 673: 1, 674: 1, 675: 1, 676: 1, 677: 1, 678: 1, 679: 1, 680: 1, 681: 1, 682: 1, 683: 1, 684: 1, 685: 1, 686: 1, 687: 1, 688: 1, 689: 1, 690: 1, 691: 1, 692: 1, 693: 1, 694: 1, 695: 1, 696: 1, 697: 1, 698: 1, 699: 1, 700: 1, 701: 1, 702: 1, 703: 1, 704: 1, 705: 1, 706: 1, 707: 1, 708: 1, 709: 1, 710: 1, 711: 1, 712: 1, 713: 1, 714: 1, 715: 1, 716: 1, 717: 1, 718: 1, 719: 1, 720: 1, 721: 1, 722: 1, 723: 1, 724: 1, 725: 1, 726: 1, 727: 1, 728: 1, 729: 1, 730: 1, 731: 1, 732: 1, 733: 1, 734: 1, 735: 1, 736: 1, 737: 1, 738: 1, 739: 1, 740: 1, 741: 1, 742: 1, 743: 1, 744: 1, 745: 1, 746: 1, 747: 1, 748: 1, 749: 1, 750: 1, 751: 1, 752: 1, 753: 1, 754: 1, 755: 1, 756: 1, 757: 1, 758: 1, 759: 1, 760: 1, 761: 1, 762: 1, 763: 1, 764: 1, 765: 1, 766: 1, 767: 1, 768: 1, 769: 1, 770: 1, 771: 1, 772: 1, 773: 1, 774: 1, 775: 1, 776: 1, 777: 1, 778: 1, 779: 1, 780: 1, 781: 1, 782: 1, 783: 1, 784: 1, 785: 1, 786: 1, 787: 1, 788: 1, 789: 1, 790: 1, 791: 1, 792: 1, 793: 1, 794: 1, 795: 1, 796: 1, 797: 1, 798: 1, 799: 1, 800: 1, 801: 1, 802: 1, 803: 1, 804: 1, 805: 1, 806: 1, 807: 1, 808: 1, 809: 1, 810: 1, 811: 1, 812: 1, 813: 1, 814: 1, 815: 1, 816: 1, 817: 1, 818: 1, 819: 1, 820: 1, 821: 1, 822: 1, 823: 1, 824: 1, 825: 1, 826: 1, 827: 1, 828: 1, 829: 1, 830: 1, 831: 1, 832: 1, 833: 1, 834: 1, 835: 1, 836: 1, 837: 1, 838: 1, 839: 1, 840: 1, 841: 1, 842: 1, 843: 1, 844: 1, 845: 1, 846: 1, 847: 1, 848: 1, 849: 1, 850: 1, 851: 1, 852: 1, 853: 1, 854: 1, 855: 1, 856: 1, 857: 1, 858: 1, 859: 1, 860: 1, 861: 1, 862: 1, 863: 1, 864: 1, 865: 1, 866: 1, 867: 1, 868: 1, 869: 1, 870: 1, 871: 1, 872: 1, 873: 1, 874: 1, 875: 1, 876: 1, 877: 1, 878: 1, 879: 1, 880: 1, 881: 1, 882: 1, 883: 1, 884: 1, 885: 1, 886: 1, 887: 1, 888: 1, 889: 1, 890: 1, 891: 1, 892: 1, 893: 1, 894: 1, 895: 1, 896: 1, 897: 1, 898: 1, 899: 1, 900: 1, 901: 1, 902: 1, 903: 1, 904: 1, 905: 1, 906: 1, 907: 1, 908: 1, 909: 1, 910: 1, 911: 1, 912: 1, 913: 1, 914: 1, 915: 1, 916: 1, 917: 1, 918: 1, 919: 1, 920: 1, 921: 1, 922: 1, 923: 1, 924: 1, 925: 1, 926: 1, 927: 1, 928: 1, 929: 1, 930: 1, 931: 1, 932: 1, 933: 1, 934: 1, 935: 1, 936: 1, 937: 1, 938: 1, 939: 1, 940: 1, 941: 1, 942: 1, 943: 1, 944: 1, 945: 1, 946: 1, 947: 1, 948: 1, 949: 1, 950: 1, 951: 1, 952: 1, 953: 1, 954: 1, 955: 1, 956: 1, 957: 1, 958: 1, 959: 1, 960: 1, 961: 1, 962: 1, 963: 1, 964: 1, 965: 1, 966: 1, 967: 1, 968: 1, 969: 1, 970: 1, 971: 1, 972: 1, 973: 1, 974: 1, 975: 1, 976: 1, 977: 1, 978: 1, 979: 1, 980: 1, 981: 1, 982: 1, 983: 1, 984: 1, 985: 1, 986: 1, 987: 1, 988: 1, 989: 1, 990: 1, 991: 1, 992: 1, 993: 1, 994: 1, 995: 1, 996: 1, 997: 1, 998: 1, 999: 1, 1000: 1, 1001: 1, 1002: 1, 1003: 1, 1004: 1, 1005: 1, 1006: 1, 1007: 1, 1008: 1, 1009: 1, 1010: 1, 1011: 1, 1012: 1, 1013: 1, 1014: 1, 1015: 1, 1016: 1, 1017: 1, 1018: 1, 1019: 1, 1020: 1, 1021: 1, 1022: 1, 1023: 1, 1024: 1, 1025: 1, 1026: 1, 1027: 1, 1028: 1, 1029: 1, 1030: 1, 1031: 1, 1032: 1, 1033: 1, 1034: 1, 1035: 1, 1036: 1, 1037: 1, 1038: 1, 1039: 1, 1040: 1, 1041: 1, 1042: 1, 1043: 1, 1044: 1, 1045: 1, 1046: 1, 1047: 1, 1048: 1, 1049: 1, 1050: 1, 1051: 1, 1052: 1, 1053: 1, 1054: 1, 1055: 1, 1056: 1, 1057: 1, 1058: 1, 1059: 1, 1060: 1, 1061: 1, 1062: 1, 1063: 1, 1064: 1, 1065: 1, 1066: 1, 1067: 1, 1068: 1, 1069: 1, 1070: 1, 1071: 1, 1072: 1, 1073: 1, 1074: 1, 1075: 1, 1076: 1, 1077: 1, 1078: 1, 1079: 1, 1080: 1, 1081: 1, 1082: 1, 1083: 1, 1084: 1, 1085: 1, 1086: 1, 1087: 1, 1088: 1, 1089: 1, 1090: 1, 1091: 1, 1092: 1, 1093: 1, 1094: 1, 1095: 1, 1096: 1, 1097: 1, 1098: 1, 1099: 1, 1100: 1, 1101: 1, 1102: 1, 1103: 1, 1104: 1, 1105: 1, 1106: 1, 1107: 1, 1108: 1, 1109: 1, 1110: 1, 1111: 1, 1112: 1, 1113: 1, 1114: 1, 1115: 1, 1116: 1, 1117: 1, 1118: 1, 1119: 1, 1120: 1, 1121: 1, 1122: 1, 1123: 1, 1124: 1, 1125: 1, 1126: 1, 1127: 1, 1128: 1, 1129: 1, 1130: 1, 1131: 1, 1132: 1, 1133: 1, 1134: 1, 1135: 1, 1136: 1, 1137: 1, 1138: 1, 1139: 1, 1140: 1, 1141: 1, 1142: 1, 1143: 1, 1144: 1, 1145: 1, 1146: 1, 1147: 1, 1148: 1, 1149: 1, 1150: 1, 1151: 1, 1152: 1, 1153: 1, 1154: 1, 1155: 1, 1156: 1, 1157: 1, 1158: 1, 1159: 1, 1160: 1, 1161: 1, 1162: 1, 1163: 1, 1164: 1, 1165: 1, 1166: 1, 1167: 1, 1168: 1, 1169: 1, 1170: 1, 1171: 1, 1172: 1, 1173: 1, 1174: 1, 1175: 1, 1176: 1, 1177: 1, 1178: 1, 1179: 1, 1180: 1, 1181: 1, 1182: 1, 1183: 1, 1184: 1, 1185: 1, 1186: 1, 1187: 1, 1188: 1, 1189: 1, 1190: 1, 1191: 1, 1192: 1, 1193: 1, 1194: 1, 1195: 1, 1196: 1, 1197: 1, 1198: 1, 1199: 1, 1200: 1, 1201: 1, 1202: 1, 1203: 1, 1204: 1, 1205: 1, 1206: 1, 1207: 1, 1208: 1, 1209: 1, 1210: 1, 1211: 1, 1212: 1, 1213: 1, 1214: 1, 1215: 1, 1216: 1, 1217: 1, 1218: 1, 1219: 1, 1220: 1, 1221: 1, 1222: 1, 1223: 1, 1224: 1, 1225: 1, 1226: 1, 1227: 1, 1228: 1, 1229: 1, 1230: 1, 1231: 1, 1232: 1, 1233: 1, 1234: 1, 1235: 1, 1236: 1, 1237: 1, 1238: 1, 1239: 1, 1240: 1, 1241: 1, 1242: 1, 1243: 1, 1244: 1, 1245: 1, 1246: 1, 1247: 1, 1248: 1, 1249: 1, 1250: 1, 1251: 1, 1252: 1, 1253: 1, 1254: 1, 1255: 1, 1256: 1, 1257: 1, 1258: 1, 1259: 1, 1260: 1, 1261: 1, 1262: 1, 1263: 1, 1264: 1, 1265: 1, 1266: 1, 1267: 1, 1268: 1, 1269: 1, 1270: 1, 1271: 1, 1272: 1, 1273: 1, 1274: 1, 1275: 1, 1276: 1, 1277: 1, 1278: 1, 1279: 1, 1280: 1, 1281: 1, 1282: 1, 1283: 1, 1284: 1, 1285: 1, 1286: 1, 1287: 1, 1288: 1, 1289: 1, 1290: 1, 1291: 1, 1292: 1, 1293: 1, 1294: 1, 1295: 1, 1296: 1, 1297: 1, 1298: 1, 1299: 1, 1300: 1, 1301: 1, 1302: 1, 1303: 1, 1304: 1, 1305: 1, 1306: 1, 1307: 1, 1308: 1, 1309: 1, 1310: 1, 1311: 1, 1312: 1, 1313: 1, 1314: 1, 1315: 1, 1316: 1, 1317: 1, 1318: 1, 1319: 1, 1320: 1, 1321: 1, 1322: 1, 1323: 1, 1324: 1, 1325: 1, 1326: 1, 1327: 1, 1328: 1, 1329: 1, 1330: 1, 1331: 1, 1332: 1, 1333: 1, 1334: 1, 1335: 1, 1336: 1, 1337: 1, 1338: 1, 1339: 1, 1340: 1, 1341: 1, 1342: 1, 1343: 1, 1344: 1, 1345: 1, 1346: 1, 1347: 1, 1348: 1, 1349: 1, 1350: 1, 1351: 1, 1352: 1, 1353: 1, 1354: 1, 1355: 1, 1356: 1, 1357: 1, 1358: 1, 1359: 1, 1360: 1, 1361: 1, 1362: 1, 1363: 1, 1364: 1, 1365: 1, 1366: 1, 1367: 1, 1368: 1, 1369: 1, 1370

Koalition: Zimmermann im Fall Tiedge entlastet

Ausschuß legt Bericht vor / SPD bekräftigt ihre Vorwürfe

GÜNTHER BADE/Boon
Der Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der Spionageaffäre des Sommers 1983 hat seinen Abschlußbericht fertiggestellt und nach Auffassung der CDU/CSU-Fraktion sowie der FDP-Vertreter die Vorwürfe der Opposition an die Adresse von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann und des Parlamentarischen Staatssekretärs Carl-Dieter Spranger entkräftet. Die Opposition von SPD und Grünen dagegen erhebt im Bewertungsteil zum 120 Seiten starken Bericht die schon vor Einsetzung des Ausschusses geäußerten Vorwürfe erneut.

Der Berichterstatter der Grünen im Ausschuß, Hans-Christian Ströbele, geht sogar in seiner „abweichenden Stellungnahme“ so weit, das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in Köln als „überflüssig und gefährlich“ zu bezeichnen.

Zu dem Untersuchungsbericht, der am Donnerstag der Öffentlichkeit vorgestellt werden soll, heißt es nach Informationen der WELT in der Bewertung durch die Koalitionsfraktionen: „Durch die Amtsführung von Bundesinnenminister Dr. Zimmermann sind keinerlei Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland im Bereich der Spionageabwehr in irgendeiner Weise beeinträchtigt worden.“

Streit um Sicherheitslagen

Auch wird festgehalten, daß Zimmermann und sein Ressort „eng und vertrauensvoll“ mit dem jeweiligen Präsidenten des Verfassungsschutzamtes zusammengearbeitet und ständige Kontakte auf allen Ebenen gehalten hätten. Weiterergaben sich bei der Behandlung der Spionagefälle Lüneburg, Hake und Willner „keine Beanstandungen“.

Die SPD-Abgeordneten werfen dem Bundesinnenminister dagegen vor, er habe seine Aufgaben im Bereich der inneren Sicherheit „in vorwerfbarer Weise vernachlässigt“, indem er die regelmäßige Zusammenarbeit mit dem BfV „einstellte“.

Im Sachstandsbericht ist demgegenüber allerdings festgehalten, daß seit Zimmermanns Amtsantritt im Oktober 1982 noch im selben Jahr vier, 1983 insgesamt 21, 1984 neun

und im Jahr der Spionagefälle, 1985, bis zum Oktober elf „Sicherheitslagen“ zwischen Bundesinnenministerium und BfV stattgefunden haben.

Weiter erklärt die SPD, dem Innenminister sei vorzuwerfen, daß er den „tages- und parteipolitischen Mißbrauch“ des Verfassungsschutzes durch Staatssekretär Spranger „zuließ und förderte“. Die SPD wirft Spranger vor, er habe durch Anfragen an den Verfassungsschutz diesen „in hemmungsloser Weise politisch mißbraucht“.

Sprangers Anfrage

Als Beispiel wird unter anderem die Frage nach dem linksextremistischen Einfluß auf die Grünen angeführt, die Spranger vom Kölner Amt erbat, um die Anfrage des Abgeordneten Tiedge (CDU) beantworten zu können.

Union und FDP weisen diese Anschuldigung entschieden zurück. Nach einem Hinweis auf die Auskunftspflicht der Bundesregierung bei solchen Anfragen von Parlamentariern heißt es, die Vorwürfe der Opposition seien angesichts eigener Anfragen der SPD besonders unglaubwürdig.

Als Beispiele werden Anfragen der SPD-Abgeordneten Pauli, Sielaff und Egert sowie auch des Ausschußvorsitzenden Gerhard Jahn (SPD) und des Berichterstatters der SPD im Spionage-Untersuchungsausschuß, Harald B. Schäfer, angeführt. Der hatte sich seine gezielt auf Verfassungsschutzkenntnis abstellende Anfrage über Rechtsextremisten noch im Juni 1983, wenige Wochen vor dem Fall Tiedge, von Staatssekretär Spranger beantworten lassen.

Die Koalitionssprecher werfen der SPD vor, sie habe aufgrund „bloßer Mutmaßungen und unreflektierter Voreiligkeit“ den Untersuchungsausschuß schon zu einem Zeitpunkt verlangt, als die Unterrichtung der ständigen parlamentarischen Gremien zur Kontrolle der Geheimdienste durch die Regierung noch längst nicht abgeschlossen gewesen sei. Der überflüssige Ausschuß habe Sicherheitsinteressen gefährdet und die Arbeit des Verfassungsschutzes unnötig erschwert.

Sicherte BGI nur Kapitalfluß der Neuen Heimat?

DIETHART GOOS/Boon

Die Beteiligungsgesellschaft für Immobilien (BGI) ist offenbar nur gegründet worden, um die vom Bundesverwaltungsgericht der Neuen Heimat untersagten Gewinnabführungen ihrer Regionalgesellschaften an die Muttergesellschaft fortführen zu können. Zu dieser Bewertung kamen gestern der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses Neue Heimat, Heinz Günther Hüsch (CDU) und der SPD-Obmann Dietrich Sperling. Vorausgegangen war die Zeugenvernehmung des BGI-Geschäftsführers Kurt Willinsky.

In die Schlagzeilen war die BGI im letzten Jahr geraten, als sie 25 000 NH-Wohnungen zum Preis von etwa 1,1 Milliarden Mark übernahm. Mit dieser Transaktion sollte die krasse Minusbilanz des schwer angeschlagenen Wohnungsriesen aufgebessert werden.

Der BGI-Manager erklärte dazu, die Neue Heimat habe „unter gewaltigem Verkaufsdruck“ gestanden. Der Kaufpreis von 7,20 Mark je Quadratmeter Wohnfläche sei höher als von Gutachtern ermittelt. Die Neue Heimat sei also nicht im Preis gedrückt worden. Tatsächlich erzielte die BGI bei den inzwischen 3000 weiter verkauften Wohnungen Quadratmeterpreise von etwa elf Mark. Willinsky rechtfertigte dies mit einem „erheblichen Vermarktungsrisiko“. Die BGI habe zwar das alleinige Verkaufsrecht für NH-Wohnungen. Maklerprovisionen oder Ausgleich für entgangenen Gewinn bei Wohnungsverkäufen der Neuen Heimat ohne ihre Beteiligung habe die BGI aber nicht erhalten.

Über die Besitzverhältnisse konnte der Zeuge keine genauen Angaben machen. An der BGI sind die voll zum DGB-Imperium gehörenden Gesellschaften VHU und Vermo zu 53 Prozent beteiligt. Die restlichen 47 Prozent hält die VER, an der wiederum die DGB-Finanzholding BGAG zu 38 Prozent beteiligt ist. Unterdes wird deutlich, daß die BGAG für den Bilanzausgleich und Liquiditätsfluß der Neuen Heimat für die Jahre 1986 und 1987 mehr aufwenden muß, als die dem Brotfabrikanten Schieser seinerzeit zugesicherten 900 Millionen Mark. „Die BGAG wird da noch kräftig zulegen müssen“, hieß es aus einer NH-Gläubigerbank.

Reagan kann die Spekulationen um Umbesetzungen nicht ganz ausräumen

„Ich feure niemanden“ / Kluft zwischen Weißem Haus und Shultz wird dennoch größer

FRITZ WIRTH, Washington
Das „Nachbeben“ der Iran-Affäre, die seit 14 Tagen die Reagan-Administration erschüttert, dauert weiter an. Präsident Ronald Reagan versuchte gestern, die Personalspekulationen, die sich seit dem Wochenende an diese Affäre knüpfen, mit einem kategorischen „Ich feure niemanden“ zu beenden, hatte damit jedoch nur begrenzten Erfolg.

Zugleich ist in einer Anhörung des stellvertretenden Außenministers John Whitehead im Kongreß die Kluft in dieser Affäre zwischen dem Weißen Haus und dem State Department noch größer geworden. Die Episode im Kongreß machte deutlich, daß es innerhalb der Administration immer noch kein koordiniertes Krisen-Management gibt, obwohl Präsident Reagan zu diesem Zweck gestern im Weißen Haus eine Konferenz mit seinen engsten und wichtigsten Beratern einberufen hatte, an der unter anderem Außenminister Shultz, Verteidigungsminister Weinberger, Vize-Präsident Bush, Stabschef Reagan und CIA-Direktor Casey teilnahmen.

Änderungen im Stab?

Ronald Reagan ließ seinen Ärger über die Entwicklung dieser Affäre deutlich spüren, als er von Journalisten erneut darauf angesprochen wurde, ob er die von ihm gebilligten Waffenlieferungen an Iran für einen Fehler halte. „Ich werde darüber kei-

ne Lügen verbreiten“, sagte er. „Nein, ich habe keinen Fehler gemacht.“

Er betonte zwar, daß er selbst niemanden, der an dieser Affäre beteiligt gewesen sei, entlassen werde, ließ aber die Frage offen, ob es Änderungen in seinem Stab geben werde. Das hat genug Spielraum für Spekulationen gelassen, daß es in absehbarer Zeit den Rücktritt einiger enger Mitarbeiter und Minister geben könnte. Zu den meistgenannten Kandidaten gehören weiterhin Sicherheitsberater Poindexter und Außenminister Shultz.

Besonders die Rolle und die Zukunft von Außenminister Shultz ist seit gestern durch die erstaunlichen Aussagen seines Stellvertreters John Whitehead vor dem außerpolitischen Ausschuß des Repräsentantenhauses noch prekärer geworden. Whitehead widersprach – offensichtlich mit Wissen von Shultz – offen dem Präsidenten, der vor einer Woche in seiner Fernsehrede erklärt hatte, daß sich Iran seit dem Beginn der geheimen Kontakte mit der Reagan-Administration nicht mehr an Terroraktionen gegen die USA beteiligt habe.

„Ich widerspreche nicht gerne meinem Präsidenten“, erklärte Whitehead, „doch ich glaube, es liegen immer noch Beweise über die Teilnahme Irans an Terroraktionen vor.“ Diese Äußerung Whiteheads hat beträchtliche Betroffenheit im Weißen Haus ausgelöst.

Whitehead forderte ferner, die Funktionen des Nationalen Sicher-

heitsrates, der in dieser Affäre eine Schlüsselrolle spielte, zu überprüfen und klarzustellen, in welchen Maße er an Operationen wie dieser beteiligt werden sollte. Zugleich warnte Whitehead davor, Außenminister Shultz zum Opfer dieser Affäre werden zu lassen. „Er ist einer der größten Amerikaner, die mir je begegnet sind. Es ist äußerst wichtig, daß er in seiner gegenwärtigen Position als Außenminister bleibt“, sagte Whitehead.

Wie ein Gnadengesuch

Befremden löste jedoch aus, daß Whitehead schließlich in einem von ihm erbetenen Epilog eine Mahnung an die Abgeordneten richtete, die fast einem Gnadengesuch für Präsident Reagan gleichkam, dessen er nach Ansicht des Weißen Hauses und seiner Mitarbeiter in dieser Situation nicht bedarf.

„Wenn wir den Präsidenten in dieser Affäre ohne Kleider lassen“, sagte Whitehead, „nehmen wir ihm die Möglichkeit, in den nächsten zwei Jahren die freie Welt zu führen. Er mag in dieser Affäre schlecht beraten gewesen sein, doch es ist wichtig, daß wir nun seine Glaubwürdigkeit gegenüber ausländischen Führern schützen.“ Es war einer der außergewöhnlichsten, ungefragten Bittgänge, die je von einem leitenden Beamten der Administration für Ronald Reagan auf dem Kapitol unternommen wurden.

Ausreiseverbot für Scheich Jamani

SAD, London

Der aus seinem Amt entlassene saudische Erdölminister Scheich Jamani darf sein Heimatland nicht verlassen. Die „Financial Times“ meldete, König Fahd habe Flughäfen und Grenzstationen ein persönlich angeordnetes Ausreiseverbot zukommen lassen. Jamani sei der Paß entzogen worden. Die Entlassung des Ministers war nach Auseinandersetzungen mit dem König über die Erdölpolitik erfolgt. Fahd hatte eine Preissteigerung ohne Produktionsdrosselung gefordert, was Jamani für unmöglich hielt.

Manila: Steht Einigung mit Rebellen bevor?

AP, Manila

Nach der Entlassung von Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile ist die philippinische Regierung zuversichtlich, daß es binnen kurzem zu einer Einigung mit den kommunistischen Rebellen über einen Waffenstillstand kommen wird. Nach Angaben eines Unterhändlers der Regierung, Ramon Mitra, war die Wiederaufnahme der Verhandlungen für gestern angesetzt. Nach seinen Angaben sind sich beide Seiten bereits so weitgehend über die Modalitäten einig geworden, daß eine unterschrittsreife Vereinbarung bis morgen ausgearbeitet werden könnte.

Auch nach seinem erzwungenen Rücktritt wird Enrile offenbar eine gewichtige politische Rolle spielen. Die philippinischen Nationalisten haben ihm den Parteivorsitz angeboten.

„Minimalangebot“ für die Türkei

dpa, Brüssel

Die Staaten der Europäischen Gemeinschaft werden der Türkei ein sehr eng begrenztes Verhandlungsangebot zur Verbesserung der Arbeits- und Aufenthaltsrechte der 1,5 Millionen in der EG lebenden Türken unterbreiten. Der EG-Außenminister hat beschloß in Brüssel die von Diplomaten als „Minimalangebot“ bezeichnete Offerte, die weit hinter Ankaras Forderungen zurückbleibt.

Das Angebot soll der Türkei unterbreitet werden, weil die Gemeinschaft sich in einem 1963 mit der Türkei geschlossenen Assoziationsvertrag verpflichtet hatte, spätestens zum 1. Dezember dieses Jahres die Freizugsregelung für Türken zu verbessern. Das Angebot schließt einen „unkontrollierten Neuzuzug“ von arbeitssuchenden Türken aus und beschränkt sich im wesentlichen auf eine Bestätigung des Status der schon jetzt in der EG lebenden Türken. Nach Angaben von Diplomaten hatte vor allem die Bundesrepublik Deutschland auf ein „restriktives“ Angebot gedrungen (WELT vom 22.11.). Griechenland behielt sich in einer Notiz zum Sitzungsprotokoll das Recht vor, aus „Gründen der nationalen Sicherheit“ von den mit der Türkei zu vereinbarenden Regelungen abzuweichen.

IN DER ROLLE IHRES LEBENS
DIE BRITISH AIRWAYS STEWARDESS.
UND 48 500 WEITERE MITWIRKENDE

ALSO DAS FLIEGEN SCHÖNER WURDE

IHR AUFGABE:
DIE ZUFRIEDENHEIT DES GASTES.
TÄGLICH UND WIEDER WIEDER

GETREU DEM MOTTO:
DAS WICHTIGSTE IST DER MENSCH.

ODER:
DER PERFEKTE SERVICE IST ALLES.

WEIL SICH DAS GESAMTE BRITISH AIRWAYS TEAM IMMER WIEDER AUFS NEUE

SEHEN SIE SELBST
AUF EINEM BRITISH AIRWAYS FLUG

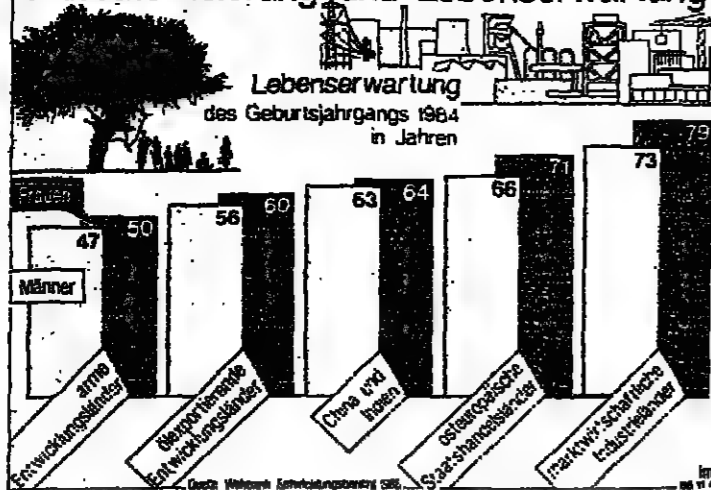
BRITISH AIRWAYS

S.D. Adams

مكة ابراهيم

Mittwoch, 26. November 1986
Nr. 275

Industrialisierung und Lebenserwartung



Die Lebenserwartung in hochentwickelten Volkswirtschaften ist ungleich höher als in Entwicklungsländern. Die marktorientierte Gesellschaft hat die Lebensrisiken für den Menschen begrenzen können. Dennoch erscheinen vielen die Lebensrisiken in der modernen Industriegesellschaft nicht mehr beherrschbar. QUELLE: IMU

MÄRKTE & POLITIK

Zweiter Börsenmarkt: Die baden-württembergische Landesregierung will mittelständischen Unternehmen in der Rechtsform einer GmbH zur Verbesserung ihrer Eigenkapitalausstattung einen indirekten Zugang zum börsenorientierten Kapitalmarkt ermöglichen.

Lebenshaltung: In Bayern sanken die Lebenshaltungskosten die Mitte November 1985 und 1986 im Durchschnitt sogar um 1,1 Prozent nach einem Rückgang um 0,8 Prozent im Oktober.

Protektionismus: Der Verband der Automobilindustrie (VDA) hat sich erneut gegen Importbeschränkungen für japanische Autos gewandt.

Kritik: Nach den Hypotheken-

WELTWIRTSCHAFT

Krupp: Krupp Industrietechnik baut in China drei Anlagen zur Produktion von bis zu 400 Weiblich-Konservendosen je Minute. Der Auftragswert wird auf rund zehn Mill. DM beziffert.

Defizit: Der EG wird zum Jahresende fast doppelt so viel Geld fehlen wie noch vor zwei Monaten

Produkt	24. 11. 86	21. 11. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin	151,50	155,50	165,00	286,00	97,00
Heizöl (schwer 3,5 % S)	73,00	76,50	81,00	129,00	29,00
Gasöl (Heizöl/Diesel) 0,3 % S	122,25	121,75	104,00	236,00	84,00

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Volkswirtschaft: Die Gewerkschaftsbildung BGAG hat bestätigt, daß ein Teil des Kapitals der Versicherungsgruppe Volksfürsorge in die Börse gebracht werden soll. In Frankfurt kursierte die Version, daß die Börsenführung von einem Konsortium unter Führung der Dresdner Bank vorgesehen ist.

Heizöl: Der Bierabsatz aus deutscher Produktion wurde um drei Prozent auf rund 3,5 Mill. Hektoliter gesteigert. Der Bierabsatz der Lizenzproduktionen im Ausland erhöhte sich um 36 Prozent auf etwa 125 000 Hektoliter. (S. 18)

Bayer: Obwohl der Umsatz in den ersten neun Monaten 1986 um 12,4 Prozent auf rund 31 Mrd. DM rückläufig ist, wurde der Gewinn

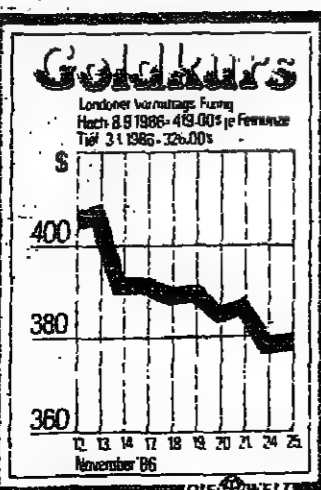
angenommen. Die EG-Kommission rechnet mit einem Haushaltsdefizit von rund 2,73 Mrd. DM. Im September hatte die Kommission noch ein Defizit von 1,63 Mrd. DM prognostiziert.

Großbritannien: Das Handelsbilanzdefizit betrug im Oktober 2,34 Mrd. DM.

Hewlett-Packard: Das Unternehmen verbuchte im abgelaufenen Geschäftsjahr 1985/86 (31. 10.) wegen des Dollarverfalls einen Umsatzrückgang um 5 Prozent auf rund 2,5 Mrd. DM. (S. 15)

Rückgang: Die Revlon Group hat ihr Angebot zur Übernahme der Gillette für 4,12 Mrd. Dollar zurückgezogen. Im Rahmen einer Übernahme verpflichtete sich Revlon, zehn Jahre lang keine Gillette-Aktien zu kaufen.

FÜR DEN ANLEGER



DM-Anleihe: 6,5 Prozent beträgt der Kupon der bayerischen 600-Mill.-DM-Anleihe. Ausgabekurs: 99,75 Prozent, Fälligkeit ist 1. Oktober 1996. Über ein Bankenkonto

NAMEN

Cassella: Vorstandsmittglied Helmut Kappenberger hat aus gesundheitlichen Gründen sein Amt niedergelegt. Sein Ressort (Forschung, Produktion, Technik) wurde von Wolfgang Grünbein übernommen.

BVB: Der stellvertretende Vorstandsvorsitzende Heinz Munter, Philips AG, trat vom Vorstand zurück und widmet sich anderen

sortium werden 500 Mill. DM platziert.

Service: Die Manufacturers Hanover Corp., Holding der viertgrößten US-Bank, will ihre Aktivitäten im Wertpapiergeschäft um Anlageberatung, Broker-Service sowie Emission und Handel kurzfristiger Papiere über Tochtergesellschaften erweitern.

Welt-Aktien-Indizes: Gesamt: 279,87 (278,09); Chemie: 161,91 (160,11); Elektro: 352,39 (350,66); Auto: 737,19 (728,28); Maschinenbau: 152,15 (153,87); Versorgung: 169,08 (167,20); Banken: 415,92 (412,22); Warenhäuser: 194,84 (193,96); Bauwirtschaft: 525,64 (526,62); Konsumgüter: 185,68 (185,91); Versicherung: 1406,24 (1405,92); Stahl: 138,27 (139,18).

Nachbörse: Freundlich

Aufgaben: Seine Nachfolge tritt Wolfgang Rucker an, Geschäftsführer bei Hewlett-Packard.

WER SAGT'S DENN?

Es gibt keinen Unternehmer, der keinen Fehler macht, es sei denn, er beginnt erst gar nicht, etwas zu unternehmen.

Arno Sölter

Zu viel Steuergerechtigkeit wird kompliziert und eher ungerecht

Bund der Steuerzahler fordert zahlreiche Reformen zur Lichtung des „Dschungels“

HEINZ HECK, Bonn
Der Bund der Steuerzahler hat gestern in Bonn umfangreiche Vorschläge zur Steuervereinfachung vorgelegt. Er rät den Politikern, Abschied zu nehmen von einer Überbetonung der Steuergerechtigkeit. Denn übersteigertes Bemühen um Steuergerechtigkeit führe zu Komplizierungen und bewirke im Endeffekt eher Ungerechtigkeit. Um den „Steuersdchungel“ zu lichten, seien zahlreiche Reformschritte erforderlich. Hauptansatzpunkte seien der Abbau überholter Steuern sowie Vereinfachungen bei den verbleibenden (vor allem der Einkommensteuer) sowie beim Besteuerungsverfahren.

Zum Steuersdchungel heißt es: In der Bundesrepublik würden 41 Steuern, 29 Quasi-Steuern und eine nicht quantifizierbare Anzahl von Gebühren und Beiträgen erhoben. Die Erhebung sei in 120 Steuergesetzen, 178 Verordnungen und 42 Durchführungsverordnungen geregelt. Hinzu kämen dickbändige Richtlinien sowie jährlich rund 1000 Verwaltungsanordnungen. Zu beachten seien ferner ergänzende Gesetze und zahllose

Gerichtsentscheidungen. Der Steuersdchungel wuchere in großer Geschwindigkeit weiter.

Zu den Vereinfachungsvorschlägen gehören unter anderem der Verzicht auf 15 Bagatelsteuern (wie Tee-, Zucker-, Salz- und Schaumweinsteuer). Der Beseitigung der Gesellschaft- und Börsenumsatzsteuer komme „besondere Bedeutung zu“. Beide seien sehr kompliziert und führten für Steuerpflichtige und Finanzverwaltung zu hohen Arbeitsbelastungen.

Mit einem Auslaufen der umweltschützenden Steuererleichterungen solle die Kraftfahrzeugsteuer durch Umlage auf die Mineralölsteuer beseitigt werden. Der umweltschützende Erfolg sei fraglich, die Förderung zuwenig unverhältnismäßig.

Die Gewerbesteuer bewirke eine unnötige Aufblähung und Komplizierung des Steuerrechts. Eine Fülle steuer- und verfassungsrechtlicher Zweifelsfragen habe die Gerichte belastet, die Steuerzahler verunsichert und das Gewerbesteuerrecht weiter kompliziert. Ihr Abbau diene auch der Steuergerechtigkeit, da sie die für

die Leistungsfähigkeit des Betriebsinhabers maßgeblichen Verhältnisse nicht berücksichtige und zu Mehrfachbelastungen der Einkünfte aus Gewerbebetrieb und -vermögen führe. Für die Gemeinden am besten wäre ein Ersatz der Ausfälle durch Beteiligung an der Umsatzsteuer.

Auch der Abbau der Vermögenssteuer würde ungerechtfertigte Mehrfachbelastungen verhindern und hätte positive Impulse für die Investitionstätigkeit und damit für Wachstum und Beschäftigung.

Mit einer Vereinfachung der Lohn- und Einkommensteuer könnten bei fast 25 Millionen Betroffenen besonders breitgestreute Erfolge erzielt werden. Der Verband begrüßt zwar die Einführung des einheitlichen Kinderfreibetrags als Vereinfachung. Der Beseitigung niedriger Einkommen gewährte Kindergeldzuschlag führe jedoch zu neuen Komplikationen und erhöhten Besteuerungskosten. An dessen Stelle sollte eine Neugestaltung des Kindergeldes treten. Dabei sei zu prüfen, ob die Finanzamtssoll weniger aufwendig sei als die Zahlung über das Arbeitsamt.

„Was sollen wir jetzt noch in Riad?“

Deutsche Firmendelegation: Unser eigener Botschafter ist uns in den Rücken gefallen

PETER SCHMALZ, Riad
Die Vorstandsmitglieder führender deutscher Unternehmen, die den bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß auf seiner vierstägigen Visite in Saudi-Arabien begleiten, sind verstört und verärgert über den deutschen Botschafter in Riad, Walter Lowak. Der Diplomat leitete gestern ein Gespräch der Industriellen im saudischen Verteidigungsministerium mit einer Erklärung über die restriktive Haltung der Bundesregierung zu Waffeneinfuhr aus, die allgemein als ein Affront angesehen wurde.

MBB-Vorstandsvorsitzender Hanns Arndt Vogels: Wir haben uns gefragt, was wir jetzt hier eigentlich noch sollen. Und Hermann Graf Pickler vom Bankhaus Merck und Fincel: Wir sind Geschäftsleute, machen unser Angebot und investieren unser eigenes Geld. Da braucht uns unser eigener Botschafter nicht in den Rücken zu fallen.

Das Treffen war auf Vermittlung

von Strauß außerplanmäßig zustande gekommen und sollte weniger der Diskussion konkreter Projekte als der Kontaktpflege dienen. „Für uns ist es wichtig, mit den führenden Leuten im Gespräch zu bleiben“, meinte Krauss-Maffei-Vorstandssprecher Burghard Wollschläger. Auf saudischer Seite waren unter anderem die Inspektoren von Heer, Luftwaffe und Marine anwesend.

Zur allgemeinen Überraschung begleitete Botschafter Lowak die Gruppe, ergriff als erster das Wort und erklärte, die Bundesregierung würde Waffeneinfuhr grundsätzlich ablehnen. Sollten die Saudis aber an bestimmten Rüstungsgütern interessiert sein, könnten sie in Bonn anfragen und man werde prüfen, ob Ausnahmen gemacht werden können.

Ein saudischer Militärexperte erwiderte mit der Frage, ob es nicht andersherum möglich wäre: „Sie offerieren uns ihr Angebot und wir wählen aus, was wir benötigen.“ Dies

sei auch die Verhandlungsart mit Engländern und Franzosen.

In Kreisen der deutschen Delegation wurde vermutet, daß Botschafter Lowak gestern auf eine Anweisung aus Bonn gehandelt habe, nachdem Strauß tags zuvor bei einem Pressegespräch in Riad von der Bundesregierung gefordert hatte, ihre zurückhaltende Linie bei Rüstungsexporten zu ändern (WELT v. 25. 11.). Gestern bekräftigte der CSU-Vorsitzende seine Haltung.

Die Saudis seien noch immer zu tiefst enttäuscht über die Weigerung Bonn, ihnen den Kampfpfeizer Leo 2 zu verkaufen, erklärte Strauß und erinnerte an die in den Augen der Saudis wankelmütige Rolle deutscher Spitzenpolitiker in dieser Frage: Kanzler Schmidt und der damalige Wirtschaftsminister Lambsdorff hätten bei Besuchen in Saudi-Arabien den Verkauf angekündigt, Bonn habe dann aber doch abgelehnt. Auch Kanzler Kohl habe Erwartungen geweckt, geschehen sei aber nichts.

Optimismus in der Bauwirtschaft läßt deutlich nach

AP, München
Die optimistischen Erwartungen im Baugewerbe haben nach den Ergebnissen des Ifo-Konjunkturtests für das nächste halbe Jahr deutlich nachgelassen. Das Institut für Wirtschaftsforschung teilte gestern in München mit, die Bautätigkeit gehe geringfügig zurück. Außerdem habe auch der Auslastungsgrad der Gerätekapazitäten abgenommen. Mit 58 Prozent sei er aber weiterhin höher als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres mit 55 Prozent.

Der Konjunkturtest ergab weiter, daß die Geschäftslage der Industrie im Oktober etwas günstiger war als im Vormonat. Die Nachfrage sei leicht abgeschwächt, während die Produktionstätigkeit auf dem Stand vom September geblieben sei. Die Exporterwartungen werden sich gegen den Prognose zu verbessern. Im Bereich der Verbrauchsgüter mache sich erneut eine deutliche Besserung der Geschäftslage bemerkbar. Die Produktion werde im nächsten halben Jahr steigen. Bei den Herstellern von Investitionsgütern seien dagegen Schwächen in der Nachfrage nicht zu übersehen. Hier habe die Anzahl der Betriebe mit zu kleinen Auftragsreserven weiter zugenommen.

AUF EIN WORT



„Die Zeit der Gehaltsempfänger mit garantierter Tantieme ist vorbei. Es geht nicht ohne Fleiß, harten persönlichen Einsatz und unternehmerisches Denken, wenn man heute als Führungskraft erfolgreich sein will.“

Karl-Ernst Wolff, Personalberater, Heusenstamm. FOTO: DIE WELT

Zinsverluste durch zu lange Überweisungszeit

H. W. Frankfurt
Durchschnittlich drei Tage bedürfen Überweisungen von einem Geldinstitut zum anderen. Und das kommt den Auftraggeber teuer. Wie das Institut für angewandte Verbraucherforschung (IFAV) in einer Untersuchung für die Zeitschrift „DM“ feststellte, bedeutet diese Verzögerung für die Kunden von Banken, Sparkassen und Post einen Zinsverlust von rund 2,1 Mrd. DM jährlich. Dabei wird allerdings ein unrealistisch hoher Guthabenzins von drei Prozent unterstellt. Tatsächlich werden auf Girokonten meist nur 0,5 Prozent vergütet.

Technisch, das geht aus der Untersuchung hervor, könnten die Überweisungen an einem Tag abgewickelt werden. Den Kunden jedoch fehle jegliche rechtliche Handhabe gegen die Verzögerungspraktiken der Geldinstitute. Allerdings, so das Düsseldorf-Magazin, gibt es andere Möglichkeiten zur Gegenwehr. Der Kunde fährt besser, wenn er den Zeitraum zwischen „Zahlung“ und Abbuchung durch die Wahl der Zahlungsart verlängert: Überweisungen im Lastschriftverfahren, die Zahlung mit Kreditkarten oder per Scheck bringen einige Tage, bei Kreditkarten mitunter sogar Wochen und Monate.

Ruhrkohle reduziert Zahl der Leitenden Angestellten

Folgen für die deutsche Wirtschaft noch nicht abzusehen

fu, Bonn
„Die Folgen für die gesamte deutsche Wirtschaft sind noch nicht abzusehen.“ So kommentiert ein Sprecher des in der Union der Leitenden Angestellten (ULA) eingegliederten Verbandes der Führungskräfte Bergbau die Entscheidung des Vorstandes der Ruhrkohle AG, von den insgesamt 1400 Leitenden Angestellten des Unternehmens 950 den betriebsverfassungsrechtlichen Status als Führungskraft abzunehmen. Denn diese Maßnahme der RAG betreffe nicht nur den Bereich der Steiger, sondern auch den gesamten mittleren Führungsbereich wie etwa die Materialbeschaffung.

Der Ruhrkohle-Vorstand beruft sich auf zwei Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichtes vom 23. Januar dieses Jahres (6 ABR 51/81 und

6 ABR 22/82). Wichtig bei diesen Entscheidungen ist vor allem die Feststellung des BAG, daß jemand, nicht nur deshalb Leitender Angestellter im Ruhrbergbau sein soll, weil er hier als Vorgesetzter Sicherungsaufgaben wahrnehmen muß.

Wenn es dem BAG bei der Beurteilung des Status einer Führungskraft nicht mehr auf die Sicherheitsverantwortung ankäme, dann habe dies zwangsläufig weitreichende Folgen für die gesamte Industrie, betonte der ULA-Sprecher gegenüber der WELT. Davon abgesehen sei die engere Abgrenzung des Status für jede Betriebsratswahl von Bedeutung, weil es hier zu Wahlergebnissen kommen könnte, die angefochten werden könnten. Erheblich könne auch der Einfluß auf die Zahl der Freistellungen für die Betriebsräte sein.

Hektischer Abschied

PW. - Wie heißt es so schön? „Im gegenseitigen Einvernehmen“ scheidet Hals über Kopf der Vorstandsvorsitzende der Löwenbräu AG in München, der 48jährige Anton Schwarz, von seinem Posten. Er war erst vor gut drei Jahren Chef geworden, als damals in ähnlicher Hektik sein Vorgänger Alfred Wagner seinen Hut genommen hatte.

Mehrheitsaktionär und Aufsichtsratsvorsitzender von Löwenbräu ist der Münchner Bankier August von Fincel, Senior der Privatbank Merck, Fincel & Co. Er kümmert sich sehr intensiv um die Brauerei, an der sein Herz hängt. 1981 hatte er für viel Geld 90 Prozent der Löwenbräu-Aktien gekauft und dann die nicht betriebsnotwendigen Grundstücke in der Manachia

AG ausgegliedert; die Anteile daran veräußerte er dann an die Allianz Versicherungs AG und an die Hoch-Tief AG.

Kundige Beobachter wissen, daß zwischen Fincel und dem versierten Brauerei-Techniker Schwarz schon lange von Einvernehmen keine Rede mehr war. Differenzen gab es offenbar in Hülle und Fülle. Im Sommer mußte Controller Andreas E. Diestel den Löwenbräu-Vorstand verlassen, der früher Fincels Assistent gewesen ist.

Als Nachfolger kommt nun ein bisher auch nicht besonders glücklich operierender Brauerei-Chef aus der fränkischen Provinz zu Löwenbräu: Der 44jährige P. Greinert, seit 1978 Vorstand der Fincel-Tochter Würzburger Hofbräu AG. Gewinne hat es dort seit Jahren nicht zementiert. Um seine neue Münchner Aufgabe bei Löwenbräu ist der Manager jedenfalls nicht zu beneiden.

Keine gute Aussicht

Von HANNA GIESKES

Kommt sie oder kommt sie nicht, die Novelle zum Kartellgesetz? Noch ist diese Frage schwerlich zu beantworten. Die beiden großen Parteien wollen sie zwar, aber die Wirtschaft will sie mit einigen Ausnahmen nicht. Doch leider rechnen viele schon jetzt damit, daß sie kommen wird - Kapitulation noch vor der Schlacht. Und so werden wohl alle eines Tages mit ihr leben müssen.

Das ist keine gute Aussicht: An dieser Novelle hängt die Frage, ob die deutsche Wirtschaft auch künftig an den Weltmärkten wettbewerbsfähig sein wird. Der Gesetzgeber muß sich nämlich entscheiden, ob er die Bundesrepublik Deutschland als Markt für

Krämeridyllen begreifen will oder als modernen Industriestaat. Beides ist nicht gleichzeitig zu haben.

Die Protagonisten einer Novellierung orientieren sich ausschließlich am Mittelstand, vor allem am mittelständischen Einzelhandel. Ihn wollen sie vor der Macht der Großen schützen. Schon dieser Ansatz ist falsch, denn das Kartellrecht ist kein Instrument zum Schutz von Wettbewerbern, sondern ein Gesetz zum Schutz des Wettbewerbs. Mithin irrt, wer glaubt, mit Hilfe einer Novelle den Wettbewerb im Handel ein bißchen zurückschrauben zu können, damit „Tante Emma“ wieder Luft bekommt.

In gleichem Maße wird nämlich anderen Luft genommen; nicht nur den großen Handelsunternehmen. Es ist zwar auf den ersten Blick eine bestechende Idee, die Handelskonzentration anhand eines neuen Maßstabs „Nachfragemacht“ an die Leine zu legen - Macht am Absatzmarkt paßt hier in der Tat nicht, denn selbst Aldi ist etwa bei Suppenwürfeln nicht marktbeherrschend -, aber damit werden gleichzeitig Industrieunternehmen daran gehindert, auf Weltmarktniveau zu wachsen.

Die Verfechter einer Kartellnovelle haben bei ihrer Fixierung auf den mittelständischen Handel übersehen, daß auch Industrieunternehmen als Nachfrager auftreten; daß es folglich bei Zusammenschlüssen von Herstellern zu Nachfragemacht kommen kann, selbst wenn die Unternehmen auf ihren Angebotsmärkten nur eine unbedeutende Rolle spielen.

Solche Zusammenschlüsse müßten nach Installierung des neuen Maßstabs untersagt werden, weil es unter dem in der Verfassung verankerten Grundsatz der Gleichbehandlung nicht möglich ist, die

Nachfrage eines Industrieunternehmens kartellrechtlich anders zu bewerten als die Nachfrage eines Handelsunternehmens. Soll man der deutschen Industrie diesen Stein in den Weg legen, um dem mittelständischen Handel das Leben zu erleichtern? Besser nicht.

Die Forderung nach einer Verschärfung des Verbots der Behinderung kleiner und mittlerer Unternehmen durch marktstarke Konkurrenten verleiht ebenfalls ein einseitiges Bild. Dahinter steht die Absicht, die Kleinen im Handel vor den Großen zu schützen, sie vor allem gegen deren Niedrigpreisstrategien abzusichern. Erstens wird sich auch dies nicht auf den Handel begrenzen lassen, und zweitens trägt die damit verbundene Idee, dem angeblich Behinderten die Möglichkeit zur Zivilklage einzuschleichen, Beweislastumkehr einzuführen, zur Lähmung des Wettbewerbs in der Industrie bei.

Ein Handelsunternehmen muß bei der Klage eines kleinen Konkurrenten die Konditionen offenlegen, die es von der Industrie bekommt, um den Vorwurf der Behinderung zu entkräften. Wenn ein kleiner Einzelhändler also wissen will, zu welchen Konditionen die große Konkurrenz einkauft, braucht er sie nur zu verklagen. Profitierer werden davon in erster Linie die Anwälte, denn so bedeutend sind die Einkaufsvorteile der großen Handelsunternehmen nicht, wie die Kammergerichtsverhandlung im Fall co op/Wandmaker gezeigt hat.

Erreicht wird auf diese Weise lediglich, daß die Hersteller den gesamten Einzelhandel zu Einheitskonditionen beliefern werden, und das ist dann das Ende des Wettbewerbs. Der kleine Einzelhändler wird indes nichts davon haben, denn die Kostenvorteile seiner großen Konkurrenten bleiben bestehen. Der Wettbewerb um den Verbraucher wird mithin nicht beque-

mer. Wenn sie denn also kommt, wird der Schaden, den diese Novelle in der Wirtschaft anrichtet, wesentlich größer sein als der Nutzen, den einige sich von ihr versprechen. Dies sollen vor allem jene bedenken, die sie zwar grundsätzlich ablehnen, aber im stillen bereits eigene Forderungen für den Fall formulieren, daß sie sich doch nicht vermeiden läßt. Selbst wenn einzelne dieser Forderungen durchaus Sinn machen, sie signalisieren einen Handlungsbedarf, der nicht besteht. Die sinnvollste Forderung heißt deshalb: Nicht kommen lassen.

Starker Tobak der linken Ökonomen

HANS-J. MAHNKE, Bonn
In diesem Jahr ist das Sondermemorandum der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, ein Zusammenschluß linker Ökonomen, ein gewaltiger Rundumschlag - verbalisierd gegen alle, die etwas vom Aufschwung halten. Wenn überall von der konjunkturellen Erholung die Rede ist, dann muß es doch auch Papire geben, in denen der Abschwung vorausgesagt wird, und zwar ein baldiger, was immer das auch bedeuten mag. „Schönfärberei und Irreführung“ sei die gegenwärtige wirtschaftspolitische Diskussion.

Für die Alternativen ist der Konjunkturaufschwung „nicht das Ergebnis bundesdeutscher Wirtschaftspolitik; er hat sich vielmehr gegen diese Wirtschaftspolitik durchsetzen müssen“. Der Aufschwung, der immerhin schon vier Jahre dauert, habe keinen Beitrag zur Lösung der Probleme von Arbeitslosigkeit und Armut in der Bundesrepublik geleistet. „Die wenigen positiven Akzente bei der Entwicklung

der Beschäftigung in den letzten beiden Jahren sind nicht durch konjunkturelle Dynamik, sondern zum größten Teil durch die gewerkschaftlich erkämpfte Arbeitszeitverkürzung verursacht worden, gegen die sich die Bundesregierung bekanntlich aggressiv gewendet hat.“

Garniert wird diese Analyse mit dem, was auch in den Vorjahren stets behauptet wurde: „Umverteilung des Volkseinkommens zugunsten der Reichen und der privaten Unternehmen. Einschränkung sozialer und demokratischer Schutzrechte und Ausweitung der Spielräume für die Minderheit, Privatisierung sozialer Risiken, Verschärfung gesellschaftlicher Diskriminierung und weitere Militarisierung der Staatsausgaben.“

Notwendig ist daher für die Alternativen natürlich ein Kurswechsel, hin zu dem, was seit Jahren gefordert wird - die tibetianische Gebetsmühle läßt grüßen: „Wichtigster Hebel zur schnellen und weitreichenden Steigerung der Zahl der Arbeitsplätze ist nach wie vor die Verkürzung der indi-

viduellen Arbeitszeit bei vollem Ausgleich der Realeinkommen.“ Die sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche soll einen rechnerischen Beschäftigungseffekt von 2,5 Millionen haben. Dazu sollte ein staatliches Ausgabenprogramm von 50 Milliarden Mark jährlich kommen.

Also ganz was anderes, als das, was der Sachverständigenrat der Bundesregierung ins Stammbuch geschrieben hat. Aus dessen Formulierung der Bundestag findet bei Eintritt in die neue Legislaturperiode gesamtwirtschaftliche Bedingungen vor, die es folglich bei Zusammenschlüssen von Herstellern zu Nachfragemacht kommen kann, selbst wenn die Unternehmen auf ihren Angebotsmärkten nur eine unbedeutende Rolle spielen.

Da es aber für das, was die Alternativen wollen, im Parlament keine Mehrheit gibt, „bedarf es starker gewerkschaftlicher Bewegungen und außerparlamentarischer Mobilisierung“. Notwendig sei politischer Druck und die Entfaltung demokratischer Gegenmacht. Starker Tobak -

Handelsdefizit plagt Spanien

Bonn plant einen stärkeren Technologieaustausch

G5, Madrid. Bündnispolitische Fragen, die allerdings direkt mit dem Schutz des deutschen Außenhandels auf seinen Seewegen zu tun hatten, verdeckten die wirtschaftlichen Aspekte der deutsch-spanischen Konsultationen in Madrid. Dabei hatte Bundeskanzler Helmut Kohl sich bei seinem Besuch in Madrid nachdrücklich für eine Intensivierung des spanisch-deutschen Wirtschaftsaustausches einge-

setzt. Anlaß zu dieser in Madrid positiv aufgenommenen Initiative bot die Sorge des spanischen Wirtschaft, angesichts des wachsenden Defizits im Handel mit der Bundesrepublik Deutschland. Das Gesamtvolumen des deutsch-spanischen Warenaustausches betrug im ersten Halbjahr 1988 9,7 Mrd. DM. 13 Prozent mehr als im ersten Halbjahr 1987. Während die deutsche Ausfuhr nach Spanien in dieser Zeit auf fast 6 Mrd. DM stieg (plus 22 Prozent), betrug der spanische Export in die Bundesrepublik nur 3,7 Mrd. DM (plus 1,8 Prozent). Auf der deutschen Exportliste stehen vor allem Kraftfahrzeuge und Kfz-Teile, Maschinen, chemische Produkte und elektronische Erzeugnisse. Auch bei den Spaniern rangieren solche Produkte vor Südfrüchten.

Zwar dürfte das spanische Handelsdefizit über den DM-Zufluß der deutschen Touristen an den Sonnenküsten des Landes in der Leistungsbilanz mehr als ausgeglichen werden. Das plötzliche Ungleichgewicht im Warenaustausch muß dennoch alarmieren, hängt es doch mit dem spanischen EG-Beitritt zusammen. Die bilaterale Kooperation soll sich daher auf den technologischen und elektronischen Bereich konzentrieren. Vorgesehen ist unter anderem eine spanische Beteiligung an den deutschen Forschungen, die über die übliche wissenschaftliche Zusammenarbeit hinausgeht.

Dirigismus begleitet die Sanierung

Brasilien wertet Cruzado innerhalb von wenigen Tagen zweimal ab - Exporte gesunken

DW, Brasília. Die Wahlen sind in Brasilien schon fast vergessen; die politische Wirklichkeit hat wieder Oberhand. Und so hat die Koalition der Aliança Democrática - mit dem alten und neuen Staatspräsident José Sarney an der Spitze - eine Woche nach ihrem Sieg Maßnahmen verordnet, die der wirtschaftlichen Sanierung des mit etwa 105 Mrd. Dollar im Ausland verschuldeten Landes dienen sollen. Ziel der angekündigten Preis- und Steuererhöhungen ist, das Loch in der Staatskasse um rund 160 Mrd. Cruzados (23 Mrd. DM) zu verkleinern, die überhitzte Konsumnachfrage einzuschränken und den Export zu fördern.

Um die Ausgaben des Staates zu drosseln, sollen nach Mitteilung von Finanzminister Fumato mehrere verlustbringende Staatsunternehmen aufgelöst werden. Bis Ende 1988 darf der Staat außerdem kein Personal neu einstellen. Herausgesetzt wurden die Preise unter anderem für Benzin (60 Prozent), Autos (30 Prozent), Strom (10 bis 40 Prozent), Telefon (30 Prozent), Post (80 Prozent), Taxifahren (24 Prozent), Tabakwaren (100 Prozent), alkoholische Getränke (100 Prozent) und Zucker (25 Prozent).

Die meisten dieser Preiserhöhungen dienen der Finanzierung der staatlichen Defizite. Der Staat schöpft über Steuererhöhungen, die vor allem den langsam aufstrebenden Mit-

telstand treffen, Kaufkraft ab. Vielfach wird kritisiert, daß er das gleiche Ziel nicht durch eigene Sparsamkeit zu erreichen versucht.

Mit diesen Maßnahmen setzt die Regierung den „Plan Cruzado“ fort, dem sie seit acht Monaten folgt. Danach war eine Preisstabilität angestrebt. Da die Inflationsrate zwar kräftig gedrückt werden konnte, der Kaufkraftschwund seit März zehn Prozent dennoch übersteigt, werden die staatlichen Preiskontrollen und -festsetzungen nicht aufgehoben.

In seiner ersten Phase hatte das Sanierungs-Paket den gewünschten Erfolg gebracht. In den Monaten März, April und Mai konnten sich viele nichtselbständige Erwerbstätige über reale Kaufkraftsteigerungen freuen. Die private Nachfrage boomte. Die Preise hielten sich offiziell stabil. Doch schon bald zeigte sich, daß der Preisdirigismus nur für eine oberflächliche Stabilität sorgte. Darunter garte die Inflation weiter.

Seitdem haben sich die bekannten Konsequenzen eingestellt: Die klassischen schwarzen Märkte bildeten sich wieder, auf denen mit Aufschlag nahezu alles zu haben ist. Auf dem freien Markt werden für einen Dollar weit über 20 Cruzados bezahlt. Nach den beiden jüngsten Abwertungen wird der Schwarzmarktkurs weiter steigen.

Ende letzter Woche wurde die bra-

silianische Währung leicht um 0,26 Prozent gegenüber der amerikanischen Abwertung; am Montag folgte eine weitere Abwertung - um 0,11 Prozent. Seit gestern entspricht ein Dollar 14,07 (Kauf) beziehungsweise 14,14 (Verkauf) Cruzados.

Damit sorgen nicht nur die Preiserhöhungen dafür, daß die Inflation erneut Fahrt gewinnt. Die durch die Abwertungen verteuerten Importe werden sich mit Zeitverzögerung ebenfalls auf die Inlandspreise niederschlagen. Außerdem: Mit weiteren Miniabwertungen wird gerechnet.

Denn Hintergrund der Cruzado-Abwertung ist eine erheblich verschlechterte Handelsbilanz. Nach offiziellen Angaben betrug der Handelsbilanzüberschuß im Oktober 1988 nur noch 210 Mill. Dollar, gegenüber 780 Mill. Dollar im Vormonat und über eine Milliarde Dollar im Oktober vergangenen Jahres. Eine Verbilligung der brasilianischen Ausfuhr soll helfen, in diesem Jahr mindestens einen Handelsüberschuß von zehn Milliarden Dollar zu erreichen. 1988 wies die Bilanz rund zwölf Milliarden Dollar aus. In Finanzkreisen wird die zweite Stufe des „Plan Cruzado“, die aufgrund der Wahlen lange auf sich warten ließ, mit Skepsis betrachtet. Denn diese Maßnahmen drängen Brasiliens Wirtschaft weiter in den Dirigismus, statt sie davon in kleinen Schritten zu befreien.

Markt im Gesundheitswesen?

Position von Kassen und Sachverständigenrat unterschiedlich

THOMAS LINKE, Bonn. Kann durch mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen die Ausgabenexplosion gestoppt werden? „Die Idee, für Krankenversicherung und Gesundheitswesen eine marktwirtschaftliche Lösung zu etablieren, hat sich verflüchtigt“, erklärte der Vorsitzende des Verbandes der Angestellten-Krankenkassen, Karl Kaula, gestern auf der Mitgliederversammlung seines Verbandes in Sankt Augustin.

Demgegenüber fordert der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem zu Wochenbeginn vorgelegten Jahresgutachten: „Marktwirtschaftliche Reformmaßnahmen müssen die Nachfrager kostenbewußter machen, müssen den Wettbewerb unter den Anbietern medizinischer Leistungen verstärken und müssen ihn unter den Versicherern in größerem Umfang möglich machen.“ Auch Wirtschaftsstaatssekretär Martin Grüner (FDP) forderte vor der Jahrestagung der Zentralvereinigung Medizin-Technik gestern in Düsseldorf wirtschaftliche Anreize für alle am Gesundheitswesen Beteiligten.

Anders sehen das die Angestellten-Krankenkassen: Wo das unverteilte politische Moment eine so große Rolle spiele wie im Bereich der sozialen Sicherung, sei kaum Raum für Markt, da hätten auch Wettbewerb und Werbung ihre Grenzen, er-

klärte Kaula. Die sind jedoch nach Meinung der Fünf Weisen noch lange nicht erreicht. Kritisiert wird, daß im Krankenhaus noch immer das Prinzip der dualen Finanzierung gilt: Investitionskosten zahlen die Länder, Betriebskosten die Kassen. Die Pflegesätze sollten nach der Verweildauer oder anderen geeigneten Kriterien gestaffelt werden, um das rein ökonomische Interesse der Krankenhaushausleitungen an einem möglichst langen Aufenthalt der Patienten zu mindern.

Den Kassen sollten laut den Druck auf die Anbieter von Gesundheitsleistungen erhöhen. Zu den Reformaufgaben auf der Angebotsseite gehöre auch eine Lockerung der strikten Trennung von ambulanter und stationärer Behandlung, eine erleichterte Zulassung von fachübergreifenden Gemeinschaftspraxen und die Chance für Krankenhäuser, Patienten ambulant zu behandeln.

Der Arzneimittelmarkt müsse transparenter werden, jedoch ohne die Pflicht, nur als besonders preiswert aufgelistete Arzneimittel zu verschreiben. Eine Stärkung marktwirtschaftlicher Anreize auf der Nachfrageseite komme nicht an einer Selbstbeteiligung des Patienten vorbei. Auch Grüner meinte, daß die Selbstbeteiligung die Interessen des Einzelnen mit denen der Allgemeinheit stärker in Übereinstimmung bringe.

Hannover verliert im Ansiedlungswettbewerb

dos, Hannover

Die Compaq Computer Corp., Houston/Texas, wird ihr erstes europäisches Zweigwerk nicht in Hannover, sondern im schottischen Erskine bei Glasgow errichten. Das Unternehmen begründet seine Entscheidung mit den aussichtsreicheren Absatzchancen auf dem britischen Markt. Die Höhe der offerierten Fördermittel durch die öffentlichen Hände sei nicht ausschlaggebend gewesen.

Genau diese Aussage indes wird in Hannover bezweifelt. Das US-Unternehmen, das zu den führenden Herstellern von Personalcomputern der Welt gehört, hatte von Beginn an auch Frankreich und Großbritannien in seine Überlegungen mit einbezogen. Bei allen Gesprächen hatten Compaq-Vertreter darauf hingewiesen, daß neben dem Lohn- und Gemeinkostenniveau auch steuerliche Aspekte und die Höhe der Investitionen eine Rolle spielen.

Die Konditionen im Falle einer Entscheidung für Hannover lagen seit geraumer Zeit fest. Das 80-Mill.-DM-Projekt, das zunächst die Schaffung von 400 Arbeitsplätzen vorsah, sollte vom Land mit 23 Mill. DM gefördert werden. In Schottland nun liegt die Investitionssumme nach Compaq-Angaben bei 40 Mill. DM. Zur Höhe der öffentlichen Zuschüsse werden keine Angaben gemacht.

EG-Währungen werden stabiler

cd, Frankfurt

Die Voraussetzungen für Währungsstabilität in der Europäischen Gemeinschaft verbessern sich nach Einschätzung der EG-Kommission, weil im europäischen Kern Frankreich den Stabilitätsgedanken von der Bundesrepublik übernommen hat, wie der für 1987 zu erwartende starke Rückgang der Lohnstückkosten erkennen lasse.

Heinrich Matthes, stellvertretender Generaldirektor für Wirtschaft und Finanzen der Kommission, ist überzeugt, daß sich auch Italien auf Dauer der Sogwirkung einer vergrößerten europäischen Stabilitätszone nicht entziehen kann, und die kleineren europäischen Länder diesem Prozeß ohnehin folgen müssen. Mit dem Zusammengehen von Deutschland und Frankreich eröffne sich erstmals ein wirkungsvolles Konzept der europäischen wirtschaftlichen Integration.

Für zu niedrig hält die Kommission die Wachstumsprognosen des Sachverständigenrats für die Bundesrepublik. Wenn man für das zweite Halbjahr 1988 von einem dreiprozentigen Wachstum ausgehe und den „Überhang“ berücksichtige, der vom Rat zu niedrig angesetzt sei, ergebe sich für 1987 ein 3 1/2-prozentiges Wachstum, während der Rat nur auf zwei Prozent kommt.

Stille umgibt Marcos Konten

ALFRED ZÄNKER, Genf

Um die umstrittenen Guthaben des philippinischen Expräsidenten Ferdinand Marcos auf Schweizer Bankkonten ist es still geworden. Letzte Woche sind Marcos, seine Familienangehörigen und sein Gefolge von der Schweizer Regierung zwar zu „Personen non grata“ degradiert worden. Aber der Fall liegt noch immer bei den Untersuchungsrichtern in Zürich, Genf und Freiburg und wird früher oder später wahrscheinlich vor das Schweizer Bundesgericht kommen. Eine rasche Lösung ist nicht zu erwarten, da ein zivilrechtlicher Vergleich mit der Regierung Aquino unwahrscheinlich ist.

Ende März hatte die Bundesregierung durch eine „Nacht- und Nebelaktion“ auf der Grundlage des Notrechts bei sechs Banken alle Marcos-Konten sperren lassen. Man vermutete, daß Marcos seine Gelder aus der Schweiz abziehen und woanders in Sicherheit bringen könnte. Der spektakuläre Schritt erfolgte, obwohl die neue Regierung in Manila seinerzeit weder Anklage gegen Marcos erhoben noch ein Rechtshilfegesuch bei der Schweiz gestellt hatte. Es ging um das „gute Ansehen“ der Schweiz.

Manilas Rechtshilfegesuch zweifeln auch Bankiers an

Kurz darauf debattierte die eidgenössische Bankkommission die Sperre auf alle Banken aus. Erst Wochen später reichte Manila ein Rechtshilfegesuch ein, in dem Marcos, seine Familie und 25 „Günstlinge“ des Amtsmissbrauchs, der Bestechung und Korruption beschuldigt wurden. Marcos und seine „Mittäter“ sollen zum Beispiel bei zahlreichen Geschäften eine Vermittlungsgebühr von 15 Prozent für Ausfuhrbewilligungen und Lizenzen eingestrichen und einen großen Teil der Gelder ins Ausland, hauptsächlich in die Schweiz und in die USA, überwiesen haben.

Über die Höhe der Beträge kann nur spekuliert werden. Bezeichnend ist, daß Jovito Solana, der Präsident der für die Repatriierung der Gelder ernannten Regierungskommission, sich auf amerikanische Presseberichte beruft, die das im Ausland deponierte Marcos-Vermögen auf 5 bis 10

Mrd. Dollar schätzen. Davon sollen angeblich mindestens 1,5 Mrd. in der Schweiz liegen. Klar ist bisher nur, daß die Bezirksanwaltschaft Zürich 213 Mill. Dollar bei der Schweizer Kreditanstalt blockiert hat. Im Juli bereits hatte Manila, diesen Betrag auf dem Wege einer zivilrechtlichen Vereinbarung zurückzubekommen, die aber scheiterte.

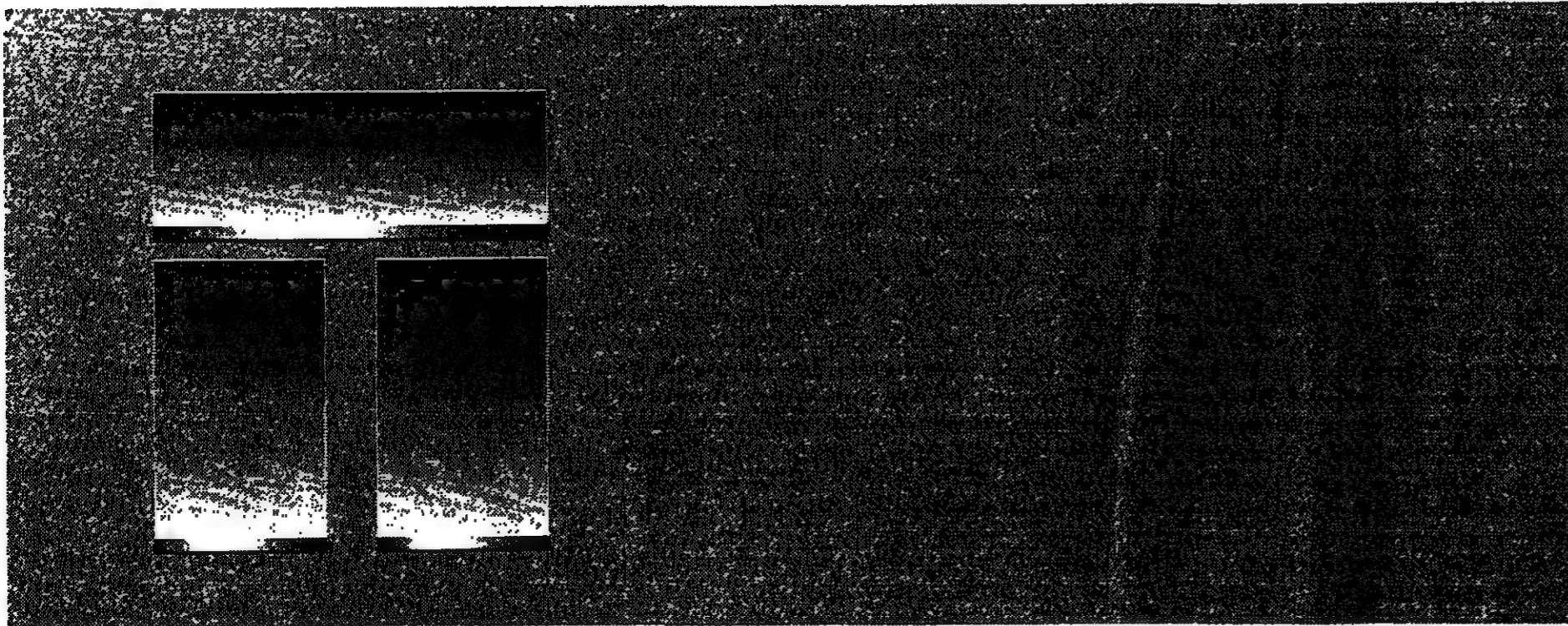
Geld von Staatsmännern ist ins Zwielicht geraten

Inzwischen haben die Anwälte des Exdiktators und die betroffenen Banken 20 Rekurse und Beschwerden gegen die Kontensperrungen und die Aufhebung des Bankgeheimnisses eingebracht und zu verstehen gegeben, daß sie notfalls bis vor das Bundesgericht gehen werden, um die Rechtmäßigkeit der Kontensperre anzufechten. Der Zürcher Anwalt Beat von Reichenberg, der die Marcos-Interessen vertritt, meint, Manila habe bisher kein ordentliches Strafverfahren gegen Marcos eingeleitet und bestreite deshalb, daß das vorliegende Rechtshilfegesuch den Schweizer Anforderungen genüge.

Dieser Meinung sind auch die Banken: „Manila hat gar keinen juristisch haltbaren Fall gegen Marcos.“ Die Regierung Aquino habe es jedenfalls nicht für opportunistisch gehalten, eine normale Strafuntersuchung zu eröffnen und gegen Marcos Anklage zu erheben. Denn dann müßte nach philippinischem Recht Marcos bei der förmlichen Anklageerhebung vor Gericht erscheinen. Man suche aber alles zu vermeiden, was „Marcos“ die Rückkehr nach Manila zutage bringe. Zu dem regiere Frau Aquino mit Unterstützung von Militärs und Politikern die ihre Karriere unter Marcos gemacht hätten.

„Bis vor einigen Jahren war Marcos ein angesehener Mann und Freund der Vereinigten Staaten, dessen Vermögen jeder gerne verwaltet hätte. Sollen wir überhaupt keine Gelder anvertrauen? Staatsmänner mehr entgegennehmen?“, fragen Schweizer Bankiers. Die Abwägung fällt schwer. Im Frühjahr wurde in Bern tatsächlich überlegt, ein generelles Verbot für Konten ausländischer Staatsmänner zu erlassen.

Eine solide Investitionsfinanzierung basiert auf Leasing und Kredit.



Und einer GEFA-Beratung.

Um Ihre Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern, müssen Sie immer wieder modernisieren und rationalisieren. Ob Sie die notwendigen Investitionen besser über Leasing oder Kredit oder auch über Mietkauf finanzieren, hängt natürlich von den Gegebenheiten Ihres Unternehmens ab. Ein Gespräch mit uns bringt Sie in jedem Fall weiter. Denn Sie können unsere langjährige Erfahrung in allen wichtigen Branchen und mit allen erdenklichen Objekten nutzen. Und Sie können sich für die Lösung entscheiden, die für Sie die beste ist. Rufen Sie an, wir sind ganz in Ihrer Nähe.

GEFA, Laurentiusstraße 19/21, 5600 Wuppertal 1. Tel. (0202) 382-0

Berlin · Bielefeld · Düsseldorf · Frankfurt · Freiburg · Hamburg · Hannover · Karlsruhe · Kassel · Koblenz · München · Nürnberg · Regensburg · Saarbrücken · Siegen · Stuttgart · Ulm · Würzburg

GEFA 
...finanziert Absatz und Investition

Handwritten signature: *Handwritten signature in a box.*

Nixdorf erweitert in Berlin

Bundeskanzler Kohl lobt das „gelungene Werk“

ot, Berlin
Berlin sei und bleibe der wichtigste Standort der Nixdorf Computer AG nach dem Stammsitz Paderborn. Das sagte gestern Vorstandsvorsitzender Klaus Luft bei der offiziellen Eröffnung des neuen Nixdorf-Werkes im Berliner Wedding auf dem ehemaligen AEG-Gelände. Bundeskanzler Helmut Kohl würdigte als Eröffnungsgast insbesondere die Verdienste des verstorbenen Unternehmensgründers Heinz Nixdorf um das Engagement in Berlin. Er sei nach Berlin gekommen, um für das gelungene Werk gemeinsam zu demonstrieren.

Luft betonte noch einmal die langfristige Perspektive des Engagements von Nixdorf in Berlin. Nixdorf-Berlin soll einmal auf 6000 Mitarbeiter ausgebaut werden. Zur Zeit seien in der geteilten Stadt rund 2000 Mitarbeiter beschäftigt, im nächsten Jahr sollen weitere 400 bis 500 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die Fabrikplanung hat Nixdorf dabei von Anfang an auf Zuwachs ausgelegt. Zwei Bauabschnitte sind gestern eingeweiht worden. Sie umfassen eine Fläche von 31 000 Quadratmetern, investiert hat Nixdorf dafür rund 70 Mill. DM. Weitere sechs Bau-

abschnitte sind schon angefangen. Im Endausbau will Nixdorf in Wedding auf 130 000 Quadratmeter Nutzfläche wachsen, dafür sind 300 Mill. DM Investitionen vorgesehen.

Nach den Worten von Luft sollen in dem neuen Werk Entwicklung und Produktion von Nixdorf in Berlin konzentriert werden. Die Magnetplattenproduktion wird erweitert, ebenso die Produktion – beispielsweise von Bildschirmen. Im Moment ist Nixdorf dabei, eine eigene Leiterplattenproduktion in Berlin aufzubauen.

Inwieweit Nixdorf die Ziele in Berlin realisieren kann, hängt auch von der weiteren Entwicklung des Unternehmens ab, heißt es. Nixdorf habe den Ehrgeiz, weiter schneller als die gesamte Branche zu wachsen. In den ersten neun Monaten dieses Jahres hat der Computer-Konzern den Umsatz um 17 Prozent auf 2,8 Mrd. DM steigern können. Diesen Erfolg will das Unternehmen gerade auch vor dem Hintergrund der nicht unerheblichen Wechselkurschwankungen sehen. Zur Ertragsseite heißt es lediglich, sie habe sich überproportional zum Umsatz entwickelt. Zur Bewältigung des Wachstums hat Nixdorf die Investitionen in diesem Jahr weltweit um 30 Prozent gesteigert.

Währungsspur im Gewinn

Wella gibt für 1986 noch keine Dividenden-Prognose

adh, Frankfurt
Mit einem Anstieg um 12,1 Prozent auf 28,7 (25,6) Mill. DM ist der Gewinn (vor Steuern) bei der Wella AG, Darmstadt, in den ersten neun Monaten dieses Jahres wieder stärker gestiegen als der Umsatz. Er expandierte in der gleichen Zeit um 8,3 Prozent auf 423,7 (391,2) Mill. DM. Dahinter steht ein Plus von 11 Prozent im Inlandsgeschäft, und ein Rückgang von 1,8 Prozent auf 81,3 Mill. DM im Export, der bei dem Haarkosmetikunternehmen mit zahlreichen Produktionsstandorten in aller Welt keine entscheidende Rolle spielt. Die Zahl der Mitarbeiter wuchs um 3,7 Prozent auf 3127 Beschäftigte.

In den Gruppenzahlen des weltweit operierenden Unternehmens hinterläßt allerdings die Währungsentwicklung deutliche Spuren. Der Umsatz liegt nach den ersten neun Monaten mit 1281 (1201) Mill. DM nur um 1,6 Prozent über dem Vorjahresstand; das Ergebnis (vor Steuern) fiel um knapp 15 Prozent auf 88,4 (103,7) Mill. DM zurück. Die ungünstigen Wechselkursrelationen wesentlicher Auslandswährungen beeinträchtigen bei der Umrechnung den Umsatz- und Ergebnisausweis in D-Mark, schreibt der Wella-Vorstand im Zwischenbericht. Als Beispiel nennt er die Entwicklung bei Wella de Mexico, wo inflationsbedingt der Umsatz um zwölf Prozent wuchs, in DM umgerechnet sich aber ein Umsatzrückgang von rund 21 Prozent ergibt.

Mit wenigen Ausnahmen seien von den Wella-Auslandsgesellschaften befriedigende reale Umsatz- und Ergebnisergebnisse erzielt worden, betont der Vorstand. Für das ganze Jahr wird eine Fortsetzung der bisherigen Entwicklung erwartet. Eine Ergebnis- oder Dividendenprognose gibt der Vorstand noch nicht. Für das vergangene Jahr waren auf die Vorzugsaktien 9 DM, auf die Stammaktien 8 DM Dividende gezahlt worden. Die Wella-Vorzugsaktien notierten in Frankfurt zuletzt mit 765 DM.

„Übergewicht der guten Erwartungen“

Bayer-Konzern steigert den Gewinn und die Investitionen für Kapazitätserweiterungen

J. GEHLHOFF, Leverkusen
Anders als die beiden Chemieunternehmen BASF und Hoechst berichtet der Dritte im Bunde, die Leverkusener Bayer AG, für die ersten drei Quartale von 1986 noch von Steigerungen im Gewinn vor Steuern, wobei das dritte Quartal sogar noch etwas an Tempo zulegte. Er liegt nun im AG-Bereich mit 1,3 Mrd. DM um 6,1 Prozent und im Welt-Bereich mit 2,62 Mrd. DM um 4,2 Prozent höher als vor Jahresfrist. Vorstandschef Hermann J. Strenger: „Wir sind optimistisch, daß das Gesamtsergebnis 1986 das hohe Ertragsniveau von 1985 leicht überschreiten wird.“

Eine weitere Aufstockung der in den beiden letzten Prachjahren um zunächst 2 DM und dann 1 DM auf 10 DM verbesserten Dividende (die 1985 nur 42 Prozent vom verfügbaren Welt-Reingewinn erforderte), haben die 320 000 Eigentümer dieser mit jetzt 2,87 (2,61) Mrd. DM Aktienkapital weiterhin größten deutschen Publikums-Gesellschaft freilich sicherlich nicht zu erwarten.

Die Gewinnbesserung stammt bei Bayer diesmal aus dem betriebsneutralen Bereich. Im Ergebnis des operativen Geschäfts, das bis Ende September bei der AG noch 0,5 Prozent

und im Weltbereich sogar drei bis vier Prozent Mengenabsatzplus bescherte, liege man unter dem Währungsdruck der DM-Aufwertung bei der AG „leicht“ und im Welt-Bereich etwa acht bis zehn Prozent niedriger als vor Jahresfrist. Dies nur als Effekt der auch durch Weitergabe von Vor-materiale-Kostensenkung geprägten Tatsache, daß bislang der AG-Umsatz um 3,5 Prozent auf 13,1 Mrd. DM mit 66,3 (66,5) Prozent Exportanteil und der Weltumsatz um 12,4 Prozent auf 31,1 Mrd. DM mit 79 (80) Prozent Auslandsanteil zurückfielen.

Letzterer Rückgang jedoch stammte mit elf Prozentpunkten aus Währungsumrechnungen und mit 1,5 Punkten aus dem Verkauf der Metzeler-Kautschukgruppe. Mit der Abgabe jenes Metzeler-Bereichs ist der Bayer-Konzern auch seinen letzten „großen Sanierungsfall“ losgeworden. Im Fortfall solchen Sanierungsaufwands, für den seit der Anfang der sechziger Jahre ausgebrochenen Falschke über Agfa-Fototechnik und Schelde-Chemie und immer wieder Metzeler leidige Prüfungen Konzernvorstand ein quasi völlig neues Lebensgefühl, liegt der eine (betriebsneutrale) Hauptgrund für die diesjährige Gewinnbesserung.

Der zweite Grund: Aus dem Dreifach-Effekt von weltweitem Zinsrückgang, „Währungsverbilligung“ der Auslandsschulden und Schuldenabbau durch eigene Kapitalzufuhr wird der Zinssaldo 1986 bei der AG mit etwa 150 (50) Mill. DM positiv und im Welt-Bereich mit kaum noch 0,7 (1) Mrd. DM negativ sein.

Von solchen „externen“ Positivfaktoren zusätzlich beflügelt, summiert Strenger auch die Aussichten des 1987er Chemiegeschäfts für seinen mit fast der Hälfte des Umsatzes von relativ konjunkturunempfindlichen Kundenbranchen lebenden Weltkonzern zum Satz: „Die positiven Erwartungen überwiegen.“

Konform mit solcher Zuversicht will Bayer-Welt seine Sachinvestitionen 1987 mit weiterhin etwa 60 Prozent Inlandsanteil auf maximal 2,4 (1986: 2,2) Mrd. DM steigern und dabei mit Blick auf vielerorts voll ausgelastete Kapazitäten den Anteil der Erweiterungsinvestitionen nochmals auf 45 (1984: erst 39) Prozent erhöhen. Weiterhin positiv dabei auch die Beschäftigungsbilanz: Die 1985 um 3,8 Prozent auf 64 300 erhöhte AG-Mitarbeiterzahl ist seitdem nochmals um 0,9 Prozent gestiegen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Zweiter Sütex-Anlauf

Stuttgart (nl) – In einem zweiten Anlauf haben die Mitglieder der Sütex Textil-Verband e. G., Sindelfingen, in Neuss einer für die Durchführung des Vergleichsverfahrens erforderlichen Kapitalerhöhung um insgesamt 12,4 Mill. DM mehrheitlich (mit 79,5 Prozent der Stimmen) zugestimmt. Mit der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar und dem Vergleichsgericht soll in den nächsten Tagen darüber beraten werden, ob und wann das Vergleichsverfahren eröffnet werden kann. Der vorläufige Vergleichsverwalter Volker Grub sieht den Vergleichsvorschlag mit einer Quote von 40 Prozent jetzt für erfüllbar an.

HDW-Lage verbessert

Kiel/Hannover (dpa/vwd) – Die Lage der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW), Kiel, ist nach den Worten des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Uwe Barschel (CDU) „sehr viel besser, als man dies noch vor einem Jahr erwartet hat“. Dies wurde nach Gesprächen zwischen Barschel und dem HDW-Aufsichtsratsvorsitzenden und Chef der bundeseigenen Salzgitter AG, Ernst Pieper, mitgeteilt. Die Auslastung der Werft sei durch eine Reihe großer Neubaufträge gewährleistet. HDW gehört zu 74,9 Prozent der Salzgitter AG und zu 25,1 Prozent dem Land Schleswig-Holstein.

Kapital aufgestockt

Bremen (ww) – Die Bankverein Bremen AG schafft jetzt weitere Voraussetzungen für das anhaltende Wachstum ihres Geschäfts; Vorstand und Aufsichtsrat beschließen, das Grundkapital der Bank noch in diesem Jahr von 11,5 auf 15,5 Mill. DM aufzustocken. Dafür soll das erst von der Hauptversammlung im Mai 1986 beschlossene genehmigte Kapital von 4 Mill. DM voll ausgeschöpft werden. Die jungen Aktien können im Verhältnis von 23:8 bezogen werden. Ihr Ausgabekurs beträgt 350 Prozent –

also 175 DM je Aktie im Nennwert von 50 DM. Dividendenberechtigt sind die Papiere vom 1.1. 1987 an. Mit dieser Kapitalerhöhung fließen der Bankverein Bremen AG 14 Mill. DM an Eigenmitteln zu, damit erhöht sich das haftende Kapital auf 38,3 Mill. DM. Großaktionär ist die belgische Kreditbank N.V., die rund 80 Prozent des Bankvereinskapitals hält.

Schlappe für ITS

Köln (dpa/VWD) – Das Kölner Landgericht hat gestern eine von der Kaufhof-Reisetochter ITS beantragte einstweilige Verfügung aufgehoben, in der dem zum Kartstadt-Konzern gehörenden Reiseunternehmen NUR untersagt worden war, Reisebüros zu einer Beendigung ihrer vertraglichen Beziehungen zu ITS aufzufordern. ITS hat dagegen Rechtsmittel angekündigt; unabhängig davon wurde eine Unterlassungsklage gegen NUR vor dem Kölner Landgericht angestrengt.

Erfolge mit der Kostenbremse

Hewlett-Packard konnte Dollarverfall nicht kompensieren

nl, Stuttgart

Die Hewlett-Packard GmbH (HP), Böblingen, größte ausländische Tochter des gleichnamigen amerikanischen Elektronik-Konzerns, sieht sich in ihrer noch im März gehegten Erwartung eines weiteren Umsatzanstiegs enttäuscht. Das Unternehmen verbuchte im abgelaufenen Geschäftsjahr 1985/86 (31. 10.) einen Umsatzrückgang um 5 Prozent auf rund 2,5 Mrd. DM. Hierzu heißt es, der Dollarverfall des letzten Jahres habe trotz eines insgesamt hohen Stückzahlwachstums und einer guten Steigerung im deutschen Markt nicht kompensiert werden können. Immerhin sei etwas über die Hälfte des Umsatzes in den in Dollar fakturierten Export gegangen.

Nach weiteren Angaben der Geschäftsführung sei man jedoch mit dem Ergebnis „zufrieden“. Aufgrund „großer Anstrengungen“ bei der Kostenkontrolle und guter Währungsabsicherung sei ein Gewinnzuwachs von rund 6 Prozent realisiert worden. Im vorangegangenen Geschäftsjahr 1984/85 hatte HP den Jahresüberschuß um 9,8 Prozent auf 140,7 Mill. DM gesteigert. Über 250 neue Arbeitsplätze wurden geschaffen, davon ein Großteil im Vertrieb. Das Böblinger Unternehmen zählt somit rund 4800 Beschäftigte.

Der gesamte Hewlett-Packard-Konzern hat, wie weiter mitgeteilt wird, im abgelaufenen Geschäftsjahr 1985/86 (31. 10.) den Umsatz um 9 Prozent auf 7,1 (6,5) Mrd. Dollar ausgebaut. Dabei stand dem Umsatzzu-

wachs in den USA um drei Prozent auf 3,81 Mrd. Dollar ein Anstieg um 17 Prozent auf 3,29 Mrd. Dollar im internationalen Bereich gegenüber. Der Nettogewinn nahm um 5,5 Prozent auf 518 (489) Mill. Dollar zu, das bedeutet einen Gewinn pro Aktie von 2,02 (1,91) Dollar.

Per Ende des Berichtsjahres lag der Auftragseingang von über 7,2 Mrd. Dollar um 13 Prozent über dem Vorjahr. Hierzu wird angemerkt, daß zwar Umsatz- und Auftragszahlen bei HP weiter anstiegen, einige volkswirtschaftliche Indikatoren (zum Beispiel der Auftragseingang bei der Investitionsgüterindustrie) aber nach wie vor eine gewisse Schwäche zeigten. Dies deute auf ein moderates Wachstum im neuen Geschäftsjahr hin.

Anzeige

Jetzt gibt's die BERUFS-WELT: Berufliche Chancen, die Sie anderswo kaum finden.

Das macht den großen Stellenanteil der BERUFS-WELT jeden Samstag besonders interessant für Sie: 70 Prozent dieser Berufs-Chancen für Fach- und Führungskräfte finden Sie gleichzeitig in keiner anderen vergleichbaren Tageszeitung.

DIE WELT
VERLAGS- UND DRUCKEREI-GESELLSCHAFT

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aurich: Lötbe Voss, Schiffs- u. Bootswerk, Dlow OT Westerende-Kirchloog; Bad Homburg: Erich Kranz, Mannheim; Bad Neuenahr-Ahrweiler: Golf-Club Köhlerhof Bad Neuenahr-Ahrweiler e. V.; Bensheim: RUCO-Bedachungs-GmbH, Lorsch; Bietrach: Alfred Krattenmacher, Maurermeister, Ochsenhausen; Dinsburg: Harald Robert Gilges, Kaufm.; Frankfurt: G. Müller GmbH u. Co. KG; Arnstadenwerke Betriebs-GmbH; Gelsenkirchen: Nachl. d. Frauke Kortenkamp, Rektorin; Gollars: Nachl. d. Ursula Post, Bad Harzburg; Hamburg: Elite Haus GmbH & Co. Baustoffhandel u. Bauausführung KG; Berlin: Henri Frédéric Greiveldinger, Spenger; Herxberg: Nachl. d. Berthold Hugo Karl Hans Teichmann, Fleischer; Leer: Lenz Bau GmbH, Hesel; Leverkusen: Prince Cladding GmbH; Marburg: Johanna Schönfeld de Weigel geb. Schmidt, Kauffrau; Minden: Böhren & Mehrhoff Metall-

bau GmbH; Moers: Nachl. d. Karl-Heinz Verfürth, Rheinberg; Osnabrück: Gottfried Fleischer Maschinenfabrik GmbH & Co., Melle; Ostweiler: R-Kauf-Markt Dieter Bremerich KG, Spenndorf; Nachl. d. Paul Pentz, Illingen-Wustweiler; Pforzheim: Nachl. d. Heinrich Maler; Remscheid: Nachl. d. Hans Weber, Solingen; Siegburg: BECO-Baustudio GmbH; Telfen: Siegfried Strecker, Wieren; Wiesbaden: MCS Management Consulting Services GmbH; Wolfrahausen: Inge di Stefano, Laderin Tegernsee. Anschlusskonkurs eröffnet: Betsdorf: Wiederstein Hochbau GmbH. Steinbech: Bremerhaven: Hermann Krohne GmbH & Co. KG, Hoch-, Tief-, Holz-, Stahlbetonbau. Vergleich beantragt: Aohlm: GfW Ges. f. Wirtschaftsberatung, Morsum-Wulmstorf; Stuttgart: Fußboden-Erdle Inge Erdle GmbH; Wiesbaden: Co-pro Industrie-Consulting & Promotion GmbH i. L.

„Die Investitionen für digitale Fernmeldetze und -dienste sind eine zentral bedeutende gesellschaftliche Daseinsvorsorge.“

(Wirtschaftswoche 7.3.86) Die Zukunft unseres Landes wird entscheidend davon abhängen, wie vorausschauend wir heute die Infrastruktur schaffen, die den Schritt zur Informations- und Kommunikationsgesellschaft möglich macht. Deshalb investiert die Bundespost so dynamisch. Und in einer dieser Verantwortung entsprechenden Größenordnung. 1985 waren 22% aller industriellen Investitionen der Bundesrepublik Deutschland Investitionen der Post (verarbeitende Industrie und verarbeitendes Gewerbe).

„Der Telekommunikation kommt eine Lokomotivfunktion für die Fortentwicklung unserer Volkswirtschaft zu.“

(Capital 2/86) Die Investitionen der Bundespost in die neue Infrastruktur geben weitreichende Impulse. Zum einen, indem sie für Aufträge und Beschäftigung sorgen – gerade auch in der mittelständischen Wirtschaft. Zum anderen durch die Perspektiven, die sich mit dem neuartigen Kommunikationssystem eröffnen. Sie tragen zu einer Atmosphäre bei, die schöpferische Kreativität und Forschungsdrang fördert. Das stimuliert die Innovationskräfte unserer Wirtschaft und gibt besonders jungen Unternehmen neue Chancen. So können noch mehr Leistungen gedeihen, die für die Zukunft unserer Volkswirtschaft von entscheidender Bedeutung sind.

„Mit diesen Infrastruktur-Investitionen schafft die Post der Industrie langfristig riesige Wachstumsmärkte.“ (Impulse 6/86) Die Unternehmenspolitik der Post orientiert sich daran, daß sie Leistungen und Vorleistungen für die Wettbewerbsfähigkeit der ganzen Volkswirtschaft zu erbringen hat. Deshalb muß diese Politik ebenso weitsichtig sein, wie sie konsequent durchgesetzt wird. Und darauf können sich die Bürger der Bundesrepublik verlassen. Die Wirtschaft ebenso wie zum Beispiel die Jugendlichen, deren spätere Arbeitsplätze auch von der Investitionspolitik der Post in unsere Infrastruktur abhängen.

Wenn Sie mehr wissen wollen, schreiben Sie uns. Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen, Postfach 8001, 5300 Bonn 1.

Unsere wichtigste Dienstleistung heißt

Investitionen der Deutschen Bundespost 1985 (22%)

Zukunftssicherung. Wie ernst wir sie

nehmen, zeigen unsere Investitionen.

Unternehmen Post.

Post

Plädoyer für Mehrwegflasche

Mineralbrunnenindustrie vor neuem Rekordabsatz

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die deutsche Mineralbrunnenindustrie, wohl eine der konsequentesten Verfechterinnen des Flaschen-Mehrwegsystems, drängt die politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern, aber auch in Brüssel, diese umweltfreundliche Verpackungsart nicht zu einer diskriminierenden Belastung werden zu lassen. Repräsentanten der Brunnenindustrie beklagen jetzt den Mangel an Einfühlungsvermögen für die wirtschaftlichen Probleme und die Gefährdungen des Mehrwegsystems.

Einmal kritisiert Helmut Ruhmann, Geschäftsführender Vorstand der Genossenschaft Deutscher Brunnen, die zunehmend höhere Bewertung von Mehrwegverpackungen bei steuerlichen Betriebsvermögen, die zu einer höheren Vermögens- und Kapitalertragssteuer führt. In der Reihe der administrativen Beschwernisse gehört auch die Einführung eines Wasserpreissystems für die Entnahme von Heil- und Mineralwässern in Baden-Württemberg. Die steuerähnliche Abgabe würde total auf den Produktpreis durchschlagen. Schließlich werden dann auch Mehrwegflaschen ebenfalls der Abgabe unterliegen soll.

Ärger durch die EG

Weiterer Ärger ist auf EG-Ebene programmiert: Die dominierende 0,7-Liter-Flasche droht aufgrund einer wirtschaftlich unverständlichen Entscheidung der EG-Kommission die Verkehrsfähigkeit auf den Auslandsmärkten zu verlieren. Außerdem: Die belgische Firma Spa versucht gegenwärtig vor dem Europäischen Gerichtshof eine Beteiligung ausländischer Brunnen an deutschen „Emballagen“ durchzusetzen.

Die Genossenschaft, die diesen Mehrwegpool für ihre 200 Brunnenbetriebe mit derzeit etwa 1,2 Mrd. Einheitsflaschen betreibt, sieht

„schwere technische und organisatorische Funktionsstörungen“ auf sich zukommen, weil andere Rechtsordnungen das juristische Institut des Eigentumsvorbehalts („Leihflasche deutscher Brunnen“) nicht kennen.

Die Mitgliedschaft ausländischer Betriebe würde daher den deutschen Unternehmen „untragbare Vermögensverluste“ bringen. Der deutsche Markt biete ausreichend Möglichkeiten zum Vertrieb in anderen Verpackungen, die vom Import (1986: rund 160 Mill. Liter mit hohen Zuwachsraten während der letzten Jahre) auch genutzt würden. Der deutsche Export liegt (stagnierend) bei jährlich etwa 20 Mill. Litern. Ein Handelshemmnis vermag die Brunnenindustrie hier nicht zu sehen.

Bald Preiserhöhung

Der gute Sommer und das wachsende Gesundheitsbewusstsein der Bundesbürger bescheren der deutschen Mineralbrunnenindustrie in diesem Jahr Absatzzuwächse zwischen acht und zehn Prozent auf über fünf Mrd. Liter. Vorstandsvorsitzender Martin Hirsch sagt für 1986 mit über 60 Liter Pro-Kopf-Verbrauch ein Rekordergebnis voraus. Im letzten Jahr lag die Produktion bei 4,69 (4,48) Mrd. Litern, davon waren 3,36 (3,13) Mrd. Liter natürliche Mineralwässer und 1,33 (1,35) Mrd. Liter Mineralwasser-Erfrischungsgetränke.

Der Umsatz der Branche dürfte 1986 bei etwas mehr als 2 (1,96) Mrd. DM liegen. Die Ertragslage der meist mittelständischen Betriebe mit zusammen 10 300 Beschäftigten sei anhaltend unbefriedigend, so daß für kommendes Frühjahr nach drei Jahren Stabilität mit Preiserhöhungen um bis zu 5 Pfennig je Flasche gerechnet werden müsse. Dabei sei fraglich, ob dies bei Handel und Verbraucher durchsetzbar ist. Rund 50 Betriebe repräsentieren einen Marktanteil von 70 Prozent, die ersten zehn bestreiten fast 30 Prozent.

Holsten baut Position aus

Weiteres Wachstum mit alkoholfreien Getränken

JAN BRECH, Hamburg

Die Holsten-Brauerei, Hamburg, mit Abstand größte Brau-Gruppe in Norddeutschland, hat nach Angaben ihres Vorstandsvorsitzenden Klaus Asche die Marktpositionen in den Absatzgebieten Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen weiter ausgebaut. In einem ersten Überblick über das Braujahr 1985/86 (30. September) gibt Asche den Bierabsatz aus inländischer Produktion mit rund 3,5 Mill. hl an; das entspricht einem Plus von drei Prozent. Die Lizenzproduktion in England, Nigeria und Ungarn erhöhte sich um 36 Prozent auf 475 000 hl.

Damit kommt Holsten insgesamt auf einen Bierabsatz von knapp vier Mill. hl. Gut 30 Prozent dieser Menge entfallen auf das Auslandsgeschäft. Als Bierexporteur zählt Holsten neben der Bremer Beck-Gruppe zu den führenden deutschen Brau-Gruppen. In ihrem norddeutschen Kernabsatzgebiet erreichte Holsten eine Steigerung von 3,9 Prozent. Beachtliche Absatzzuwächse hätten die Pils-Marken erreicht, erklärt Asche. Überdurchschnittlich seien ferner Spezialitäten wie Bockbier, Vitamarz, Alt oder Heide-Weißbier gewachsen, ohne jedoch eine entscheidende Rolle für die Entwicklung des Gesamtabsatzes zu spielen.

Nicht mit dem Vorjahr vergleichbar sind die von Asche gemachten Absatzzahlen für alkoholfreie Getränke. Nachdem die früher zur Gruppe gehörende Hansa Mineralbrunnen GmbH an die Nord Getränke GmbH & Co. KG abgegeben und die Coca-Cola-Konzession Hanseatische Getränke Industrie aufgegeben worden ist, verblieb Holsten nur noch ein Absatz von 168 000 hl. In dem immer wichtiger werdenden Geschäft mit alkoholfreien Getränken ist die Brauerei aber zusätzlich über eine 46-Prozent-Beteiligung an der Nord Getränke engagiert. Die Nord Getränke steigerte 1985/86 den Absatz um 11,6 Prozent auf 3,5 Mill. hl.

Dieses Marktsegment, das Erfrischungsgetränke, Mineralwasser und Fruchtsäfte umfasst, wird nach Angaben von Asche mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Verbrauch von 159,3 Litern pro Jahr nur noch von Kaffee übertrifft. Der für Innovationen aufgeschlossene Bereich alkoholfreier Getränke lasse weiteres Wachstum erwarten.

Zum Umsatz und Ertrag macht Asche noch keine Angaben. Da die durchschnittlichen Preiserhöhungen von drei bis fünf Prozent im Berichtsjahr „zähneknirschend“ durchgesetzt worden sind, dürfte der Umsatz stärker als der Absatz gestiegen sein. Im Vorjahr hatte die Gruppe gut 515 Mill. DM umgesetzt. Das Ergebnis werde es ermöglichen, so Asche, der HV am 5. März 1987 wieder eine angemessene „Dividende vorzuschlagen. Für das Vorjahr hatte Holsten zwölf Prozent plus zwei Prozent Bonus gezahlt.

Das neue Geschäftsjahr sei mit „vorzeigbaren“ Absatzzahlen angefallen, betont Asche. Unternehmenspolitisch verfolge Holsten zwei Schwerpunkte. Das Auslandsgeschäft vor allem mit Lizenzproduktionen soll konsequent fortentwickelt werden. „Wir schließen keine Region aus“, erklärt Asche. Im Inland bleibt es bei hohen Investitionen von jährlich mehr als 50 Mill. DM.

Im Berichtsjahr hat Holsten ihren Anteil an der Feldschlösschen AG, Braunschweig, auf rund 70 Prozent aufgestockt. Der Beschluß des Landgerichts Hannover vom 1. April 1985 ist inzwischen rechtskräftig. Danach erhalten die freien Aktionäre als Abfindung für jeweils eine Feldschlösschen-Aktie zum Nominalwert von 500 DM 16 Holsten-Aktien zum Nennwert von 80 DM oder als jährliche Auszahlung 77 DM für eine Feldschlösschen-Aktie. Nach Angaben von Asche sind noch fünf Prozent der Aktien gesteuert. Die restlichen 25 Prozent befinden sich in Familienbesitz.

Neue Anlage noch mit einem kleinen Makel

FW, München

Mit der Ausgabe eigener Inhaberschuldverschreibungen hat die Stadtparkasse München von Oktober an ihre Angebotspalette um eine „neue attraktive Anlagemöglichkeit“ bereichert, sagte Vorstandsvorsitzender Josef Turlaux vor der Presse. Der Verkauf der Sparkassenobligationen wurde daher eingestellt. Vorerst wurden der Stadtparkasse 80 Mill. DM Inhaberpapiere genehmigt, von denen bereits 10 Mill. DM abgesetzt wurden, und zwar solche mit fünf Jahren Laufzeit und mit einem Effektivzins von 5,52 Prozent und zehnjährige Papiere zu 6,75 Prozent.

Den Kunden kann damit ein fängliches Wertpapier angeboten werden, in dem Turlaux für die bayerische Sparkassenorganisation einen „Durchbruch“ sieht. Zwar haben die Schuldverschreibungen bisher noch das Manko der fehlenden Börsennotierung. Aber man glaubt, nach einer gewissen „Lernphase“ die volle Börsenfähigkeit für diese Papiere durchzusetzen (wie jetzt schon in Schleswig-Holstein). Vorerst orientiert man sich mit dem Rücknahmepreis an der Notierung der Landesbank-Papiere.

Die Entwicklung der Stadtparkasse im laufenden Jahr spiegelt die florierende Münchner Wirtschaft. Die Expansion der Bilanzsumme bewegte sich bis Ende Oktober mit 4 Prozent (auf 10,8 Mrd. DM) über dem Niveau des Vorjahres (3 Prozent). Bis zum Jahresende rechnet man einschließlich Zinskaptalisierung mit einer ähnlichen Zunahme wie 1985 (mit 8,5 Prozent) und damit einer Bilanzsumme von 11,2 Mrd. DM.

Kundeneinlagen zogen um 4 Prozent auf 9,4 Mrd. DM an. Das Plus war das höchste seit 1979. Ausleihungen an Kunden stiegen um 7 Prozent auf fast 6,1 Mrd. DM (im Vorjahr nur plus 1 Prozent). Privatkredite nahmen mit 15 Prozent stärker zu als Ausleihungen an die Wirtschaft (5 Prozent).

Lobby für den Mittelstand

Neue Interessenvertretung kritisiert etablierte Verbände

HARALD POSNY, Düsseldorf

Es ist schon erstaunlich: Der Mittelstand stellt zwar 98 Prozent aller steuerpflichtigen Unternehmen, erwirtschaftet reichlich die Hälfte aller Umsätze, stellt 40 Prozent aller Investitionen auf die Beine, bildet 85 Prozent aller Lehrlinge aus, schafft 64 Prozent aller Arbeitsplätze, zahlt 60 Prozent aller Steuern und finanziert 86 Prozent aller staatlichen Subventionen, doch ein einheitliches Sprachrohr gegenüber der Politik, eine schlagkräftige Interessenvertretung hat er nicht. Das soll sich bald ändern.

Hans J. M. Mantuffel, Rechtsanwalt in Düsseldorf und Leiter des Ressorts Mittelstandspolitik beim fachhandelsorientierten Branchen-Informationsdienst „Markt intern“, ist neben Herausgeber Günter Weber Initiator, Vordenker, Koordinator der Mittelstandsinitiative Deutschland (m.i.d.), die nach Kampagnen in Tages- und (demnächst) Sonntagszeitungen gegen Jahresende eine juristische Struktur erhalten wird. Ziel: Lobbyismus pro Mittelstand.

In einem Gespräch mit der WELT äußert Mantuffel deutliches Unbehagen an den etablierten mittelstandsgeprägten Verbänden, die, so ein Anzeigentext, dem „Lastest der Nation“, „Stiefkind der Politik“ und „Prügelknaben der Gewerkschaften“ wenig beherzt zur Seite stehen und nicht mehr täten als Gutachten zu schreiben, Pressekonferenzen zu veranstalten oder Steuergesetze zu geben. Die mitgliederstarken Verbände haben auf die Kampagne bereits reagiert: Ein Fünfer-Klub will sich noch in diesem Jahr öffentlich präsentieren.

Mantuffel findet, „daß die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu sehr auf Großunternehmen ausgerichtet sind, viele Wettbewerbsnachteile pervertiert werden, die Steuergesetzgebung mittelstandsfeindlich ist und das Kartellrecht von Banken und Großkonzernen zu einer mittel-

standsfeindlichen Machtkonzentration benutzt wird“. Unzufriedenheit darüber glaubt er in Parteien und Verbänden gleichermaßen zu orten. Und da, wenn es dem Mittelstand gut gehe, auch Wirtschaft und Verbraucher ihren Nutzen hätten, erkennt er durchaus übergreifendes Interesse.

An mittelständischer Zustimmung fehlt es nicht. Rund 1200 Mittelständler signalisierten schriftlich Beteiligung und Unterstützung der m.i.d.-Ziele, wobei sich herausstellte, daß neun von zehn derer, die persönlich mit Zeit und Geld bei der m.i.d. engagiert sind, auch CDU/CSU und FDP angehören.

Gesprächsbereitschaft bewiesen in diesen Vorwahlenmonaten bereits Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Johannes Rau, Matthias Wissmann und Otto Graf Lambsdorff, die wirtschaftspolitischen Sprecher ihrer Fraktionen CDU/CSU und FDP. Lambsdorff hinterließ sein Credo in einer Diskussionsrunde bei „Markt intern“: „Die Wirtschaft braucht langfristig kalkulierbare, stabile Rahmenbedingungen. Wir brauchen eine differenzierte Wirtschaftsstruktur mit gesunden mittelständischen Unternehmen. Wenn wir unsere Wirtschaft nur noch von Großunternehmen betreiben lassen wollten, dann könnten wir sie gleich verstaatlichen.“

Vor den Bundestagswahlen will Mantuffels Mittelstandsinitiative noch einige Male auf unkonventionelle Art (per Zeitungsanzeige mit Kupon) Politiker und Unternehmer, Parteien und Verbände, zur Unterstützung von m.i.d. aufrufen und als „außerparlamentarische Opposition Druck auf die etablierte Politik machen“. Dann soll auch der neue Bundestag an den Versprechungen seiner Mitglieder gemessen werden. Fällt das Urteil negativ aus, steht der Gründung einer Mittelstandspartei (Mantuffel: „als ultima ratio“) nichts mehr im Wege, zumindest nicht ein Überbündel für mittelständische Interessen.

FINANZANZEIGEN



DAIMLER-BENZ AG
Stuttgart

- Wertpapier-Kenn-Nummer 550 000 -

Bezugsangebot

Aufgrund der von der ordentlichen Hauptversammlung unserer Gesellschaft am 2. Juli 1986 erteilten Ermächtigung hat der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats beschlossen, das Grundkapital von DM 1.941.364.800,- um DM 176.487.800,- auf DM 2.117.852.600,- durch Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Stammapkturen zum Preis von DM 150,- je Aktie zu DM 50,- mit voller Dividendenberechtigung für das Geschäftsjahr 1986 zu erhöhen. Die neuen Aktien sind von einem Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank Aktien-Gesellschaft mit der Verpflichtung übernommen worden, unseren Aktionären im Verhältnis 11:1 neue Aktien zum Preis von DM 150,- je Aktie zu DM 50,- zum Bezug anzubieten.

Nachdem die Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister eingetragen worden ist, bitten wir unsere Aktionäre, ihr Bezugsrecht in der Zeit

vom 5. bis 19. Dezember 1986 einschließlich

gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 50 während der üblichen Schalterstunden bei einer der nachstehend genannten Banken in Stuttgart, Berlin, Bremen, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, Mannheim, München und Saarbrücken auszuüben:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Bank für Handel und Industrie AG
Berliner Commerzbank AG
Commerzbank AG
Dresdner Bank AG
Commerz-Credit-Bank AG
Europartner
Deutsche Bank Saar AG

Auf je 11 alte Aktien im Nennbetrag von DM 50,- kann eine neue 50-DM-Aktie (1 Stück) zum Ausgabepreis von DM 150,- börsennotierungsfähig bezogen werden. Der Bezugspreis ist bei der Bezugsanmeldung, spätestens jedoch am 19. Dezember 1986, zu entrichten. Die neuen Aktien haben die gleiche Wertpapier-Kenn-Nummer wie die alten Aktien.

Die Bezugsrechte werden in der Zeit vom 5. bis 17. Dezember 1986 einschließlich an den Wertpapierbörsen in Stuttgart, Berlin, Bremen, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover und München gehandelt und amtlich notiert. Die Bezugsstellen sind bereit, den An- und Verkauf von Bezugsrechten nach Möglichkeit zu vermitteln.

Für den Bezug wird die übliche Bankenprovision berechnet, es sei denn, daß der Bezug unter Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 50 durch den Bezieher während der üblichen Geschäftsstunden am Schalter einer Bezugsstelle vorgenommen wird und ein weiterer Schriftwechsel damit nicht verbunden ist.

Die neuen Aktien sind zum Handel und zur amtlichen Notierung an allen deutschen Wertpapierbörsen zugelassen. Außerdem ist die Zulassung der neuen Aktien an den Wertpapierbörsen in Basel, Genf und Zürich vorgesehen.

Stuttgart, im November 1986

Der Vorstand

Mercedes-Automobil-Holding Aktiengesellschaft

Frankfurt am Main

- Wertpapier-Kenn-Nummern 659 860/659 861 -

Bezugsangebot

Aufgrund der von der ordentlichen Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 4. Dezember 1981 erteilten Ermächtigung hat der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats beschlossen, das Grundkapital von DM 489.800.900,- um DM 44.528.800,- auf DM 534.329.600,- durch Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Aktien zum Ausgabepreis von DM 150,- je Aktie zu DM 50,- mit voller Dividendenberechtigung für das Geschäftsjahr 1986/87 zu erhöhen. Ein Bankenkonsortium unter der Führung der Deutschen Bank Aktien-Gesellschaft hat die neuen Aktien mit der Verpflichtung übernommen, unseren Aktionären im Verhältnis 11:1 neue Aktien zum Preis von DM 150,- je Aktie zu DM 50,- zum Bezug anzubieten.

Nachdem die Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister eingetragen worden ist, bitten wir unsere Aktionäre, ihr Bezugsrecht in der Zeit

vom 5. bis 19. Dezember 1986 einschließlich

gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 17 während der üblichen Schalterstunden bei einer Bezugsstelle auszuüben. Bezugsstellen in der

Bundesrepublik Deutschland sind die nachstehend genannten Banken in Frankfurt am Main, Berlin, Bremen, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, Mannheim, München, Stuttgart und Saarbrücken:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Badische Kommunale Landesbank - Girozentrale -
Bank für Handel und Industrie AG
Bayerische Landesbank - Girozentrale -
Berliner Commerzbank AG
Commerzbank AG
DG-Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Dresdner Bank AG
Württembergische Kommunale Landesbank Girozentrale
Commerz-Credit-Bank AG
Europartner
Deutsche Bank Saar AG

Auf je 11 alte Aktien im Nennbetrag von DM 50,- kann eine neue 50-DM-Aktie (1 Stück) zum Ausgabepreis von DM 150,- börsennotierungsfähig bezogen werden. Der Bezugspreis ist bei der Bezugsanmeldung, spätestens jedoch am 19. Dezember 1986, zu entrichten. Die neuen Aktien sind mit Gewinn-

anteilscheinen Nr. 18 bis 20 und Erneuerungsschein versehen. Sie haben die Wertpapier-Kenn-Nummer 659 860.

Die Bezugsrechte werden in der Zeit vom 5. bis 17. Dezember 1986 einschließlich an allen deutschen Wertpapierbörsen gehandelt und amtlich notiert. Die Bezugsstellen sind bereit, den An- und Verkauf von Bezugsrechten nach Möglichkeit zu vermitteln.

Für den Bezug wird die übliche Bankenprovision berechnet, es sei denn, daß der Bezug unter Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 17 durch den Bezieher während der üblichen Geschäftsstunden am Schalter einer Bezugsstelle vorgenommen wird und ein weiterer Schriftwechsel damit nicht verbunden ist.

Die neuen Aktien, die auf die bereits zugelassenen alten Aktien entfallen, sind an allen deutschen Wertpapierbörsen zum Handel und zur amtlichen Notierung zugelassen. Außerdem ist die Zulassung dieser Aktien an den Wertpapierbörsen in Basel, Genf und Zürich vorgesehen.

Frankfurt am Main, im November 1986

Der Vorstand

6 1/2 % Anleihe von 1986 (1996)

FREISTAATES BAYERN

- Wertpapier-Kenn-Nummer 105 127 -

Verkaufsangebot

Der Freistaat Bayern begibt zur Finanzierung von Investitionsausgaben des Staatshaushalts eine Anleihe im Nennbetrag von

DM 600 000 000,-.

Von der Anleihe werden DM 500 000 000,- durch ein Bankenkonsortium freibleibend zum Verkauf gestellt.

Ausgabekurs:	99 1/2 %, spesen- und börsenumsatzsteuerfrei unter Verrechnung von Stückzinsen.
Verzinsung:	6 1/2 %, nachträglich am 1. Oktober eines jeden Jahres, erstmals am 1. Oktober 1987, fällig. Die Verzinsung der Anleihe endet mit Ablauf des 30. September 1996.
Laufzeit und Rückzahlung:	10 Jahre. Die Anleihe wird am 1. Oktober 1996 zum Nennwert zurückgezahlt. Vorzeitige Kündigung ist ausgeschlossen.
Nennbeträge:	DM 100,- oder ein Mehrfaches davon.
Mündelsicherheit und Deckungsstockfähigkeit:	Die Anleihe ist mündelsicher und deckungsstockfähig.
Lombardfähigkeit:	Die Anleihe ist lombardfähig.
Börseneinführung:	Zum amtlichen Handel an allen deutschen Wertpapierbörsen.
Lieferung:	Der Erwerber erhält eine Sammeldepotgutschrift bei einem Kreditinstitut oder auf Wunsch Eintragung einer Einzelschuldverbuchung in das Staatsschuldbuch.
Verkaufstermin:	Die Ausgabe von Teilschuldverschreibungen ist für die gesamte Laufzeit ausgeschlossen.
Verkaufsstellen:	Die Anleihe wird ab 26. November 1986 freibleibend zum Verkauf gestellt. Anleihebeträge können durch Vermittlung aller Banken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften gekauft werden.

Im November 1986

Das Bankenkonsortium

In USA zugelassene deutsch-amerik. Rechtsanwaltskanzlei sucht Zusammenarbeit mit Anwaltsfirmen - Steuer-, Einwandungs- und kommerzielles Recht.
Anwalt ENGELHARD-CALDWELL
1001 S. Marshall Street/Business Center
Winston-Salem, N. C. 27101 USA
Tel. von 22. 12 - 16. 1.
In Hamburg (0 40) 7 63 17 69

Klaue klauen Ihre Sachen, wenn Sie nichts dagegen machen! Schützen Sie Ihr Eigentum, und fordern Sie unsere Prospekt an. Für nur DM 22,- z. B. online und senkt sich Ihr Polster automatisch.
PRACK
hilft mit Rat + Tat 22 0208/42275
Besonders wichtig: Eine eingetragene Sicherung spendet alle Dinge aus, auch wenn Sie nicht zu Hause sind.

USA-Import-/Exportagentur sucht Verbindung mit deutschen Herstellern/Firmen
Kontakt:
CALDWELL TRADING CO
1001 S. Marshall Street/Business Center
Winston-Salem, N. C. 27101 USA
Tel. von 22. 12 - 16. 1.
In Hamburg (0 40) 7 63 17 69

Yacht-/Bootslagplatz bei Barcelona neue Marina zu verk. OIPSA, o/o FF 56924, 7 Stuttgart 86

Sie schaffen es Anti-Rauchern-Kurs Raumann-Seminare Tel. 0 25 82 / 2 35 58 Postfach Beckinghausen 18 06 43

buch aktuell

Die neue Ausgabe von „buch aktuell“ gibt es jetzt kostenlos im Buchhandel. Auf 124 Seiten finden Sie Informationen über Neuerungen in diesem Winter. Fragen Sie Ihren Buchhändler nach „buch aktuell“ oder fordern Sie das Heft an bei Harenberg Kommunikation, Postfach 13 05, 4600 Dortmund (Bitte 2,- DM in Briefmarken als Versandkostenanteil beifügen).



Kostenlos im Buchhandel!

50 Jahre Al-Jamil

JETZT PLATIN!

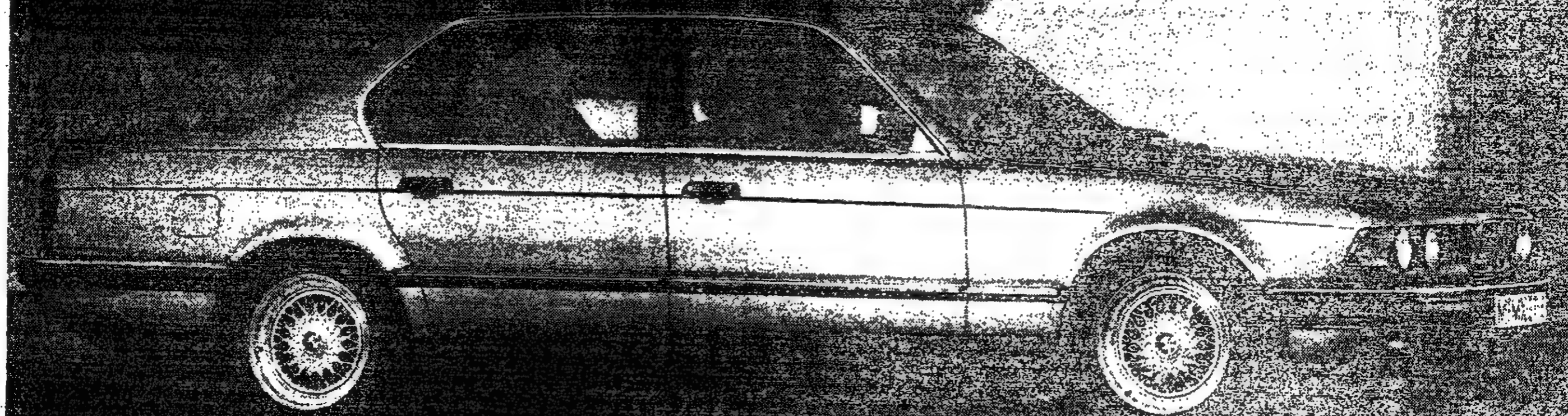
DER ANLAGE-TIP DER WOCHE:

INVESTIEREN SIE JETZT IN DAS WEIHNACHTSGESCHENK FÜR IHRE FRAU.

Jetzt ist Platin-Vorsaison. Nutzen Sie die Vorteile: Ruhe, Auswahl, exklusive Angebote. Alle hier angeführten Juweliere sind Partner der Platin Gilde. Sie zeigen Ihnen gerne ihre Auswahl an Platinschmuck.

1000 BERLIN: Stöger, Berkner Str. 6 • Goldschmiede im Forum, Schloßstr. 41 • Gruschow, Kurfürstendamm 25 • Gruschow, Kurfürstendamm 22 • Max Heydemann, Nürnberger Str. 17 • Hüse, Kurfürstendamm 42 • Isert, Bundesplatz 14 • Jaeschke, Nürnberger Str. 14/15 • Koppauf & Groß, Reichstr. 82 • Kühnelt, Schloßstr. 32 • Lorenz, Rheinstr. 59 • Preuss, Kurfürstendamm 206 • Reich, Schloßstr. 1 • Scheibel, Tauentzienstr. 4 • Schneider, Kurfürstendamm 29 • Schulz, Wilmsdorfer Str. 117 • Strassenburg, Müllerstr. 132 • Wurzbacher, Kurfürstendamm 36 • 2000 HAMBURG: Becker & Co., Gerhart-Hauptmann-Platz 12 • Brahmfeld & Gutruf, Jungfernstieg 12 • Gerdas, Söseler Markt 129 • Hilcken, Spitalerstr. 12 • Junke, Möllner Landstr. 131 • Kay, Blankeneseer Bahnhofstr. 46 • Roesner, Neuer Wall 26 • Sönnichsen, Neuer Wall 44 • Wilkens & Söhne, Neuer Jungfernstieg 7 • Wilm, Ballindamm 26 • Mohr, Mönckebergstr. 7 • 2000 NORDERSTEDT: Berndt, Herald Center • 2080 PINNEBERG: Rieper, Bismarckstr. 4 • 2120 LÖNEBURG: Süpke, Große Bäckerstr. 1 • 2192 HELGOLAND: Kaufmann, Siemensstraße • 2200 ELMSHORN: Dautz, CCE Alter Markt • 2210 ITZEHOE: Albers, Bekstr. 12 • Hinst, Feldschmiede 80 • Peters, Kirchenstr. 12 • 2240 HEIDE: Backen, Friedrichstr. 4 • 2280 WESTERL./SYLT: Krause, Friedrichstr. 32 • 2300 KIEL: Germeck, Markt 12 • 2350 NEUMÜNSTER: Schnack, Kieler Str. 21 • 2370 RENDSBURG: Herzau, Hohe Str. 17 • 2400 LÜBECK: Gold-Sack, Breite Str. 60a • 2800 BREMEN: Bergner, Hardentorsteinweg 7 • Ehlers & Co., Warburgstr. 44-46 • Frerker, Bahnhofstraße • 2870 DELMEFELHORST: Grundmann, Bahnhofstraße • 2900 OLDENBURG: Renfordt, Lange Str. 89 • 2940 WILHELMSHAVEN: Frieda Frier, Parkstr. 1 • 2970 EMDEN: Richter, Zwischen beiden Sielen 11 • 2983 JUIST: An-Hus, Strandstr. 17 • 3000 HANNOVER: Mauck, Georgstr. 44/Ecke Windmühlenstraße • Sander, Georgstr. 4 • Schrader, Georgstr. 50 • Stichoth, Aegidientorplatz 1 • Werneck, Gruppenstr. 2 • 3030 WALSRODE: Kross, Moorstr. 67 • 3100 CELLE: Schmuckatelier Bea, Neue Str. 3 • 3110 UELZEN: Hennings, Veerßer Str. 4-6 • 3180 WOLFSBURG: Moser, Porschestra. 42 • 3250 HAMELN: König Held, Osterstr. 46 • 3300 BRAUNSCHWEIG: Bungenstock, Schuhstr. 21 • Rödiger, Sack 3 • 3400 GÖTTINGEN: Hartwig, Weender Str. 37 • 3410 NORTHEIM: Lütge, Markt 1 • 3470 HÖXTER: Dohr, Marktstr. 11 • 3500 KASSEL: Burgtorff, Wilhelmstr./Obere Königstraße • Fühlich, Wilhelmstr. 15 • Schmidt, Obere Königstr. 47 • 3508 MELSUNGEN: Melsunger Goldschmiede, Kasseler Str. 28+15 • 3540 KORBACH: Nette, Prof. Kömmel-Str. 6 • 3550 MARBURG: Klein, Wettergasse 36 • Samler, Bahnhofstr. 10 • 3575 KIRCHHAHN: Goldschmiede Karl, Bahnhofstr./Ecke Schulstr. 2 • 4000 DÜSSELDORF: Flogaus, Martin-Luther-Platz 32 • Rene Kern, Königsallee 26 • Hestermann & Sohn, Kö-Galerie • Frank, Alt-Niederkassel 32 • Citizen Studio, Königsallee 68 • Weyersberg, Königsallee 50 • 4010 HILDEN: Lindemann, Mittelstr. 65 • 4030 RATINGEN: Badry, Bechmer Str. 39 • 4040 NEUSS: Badart, Niederstr. 3 • 4044 KAARST: Veil, Am Maubischhof • 4050 MÜNCHENGLADBACH: Simon, Hindenburgstr. 128 • 4060 VIERSEN: Weidenfeld, Hauptstr. 54 • 4100 DUISBURG: Domborg, Friedr.-Wilh.-Str. 77 • Röschenbeck, Königstr. 6 • 4150 KREFFELD: Argemum, Schwanenmarkt 46 • Kempkens, Rheinstr. 99 • Schumacher, Rheinstr. 11 • Kammen, Hochstr. 88 • 4190 KLEVE: Schmidhausen, Kavarinerstr. 9 • 4200 OBERHAUSEN: Michael, Marktstr. 22 • 4220 DINSLAKEN: George, Neuer Str. 27 • 4240 EMMERICH: Kreutz, Kaßstr. 58 • 4300 ESSEN: Deiter, Kettwiger Str. 22 • Wiehmeyer, Theaterplatz 4 • 4320 HATTINGEN: Faatz, Heggerstr. 3 • Herker u. Sohn, Obermarkt 5 • 4330 MÜLHEIM/RUHR: Deiter, Schloßstr./Ecke Kohlenkamp 35 • Deiter's Corner, Rhein-Ruhr-Zentrum, Humboldtstr. • Kühnelt, Leinewaberstr. 57 • 4350 RECKLINGHAUSEN: Vortmann, Markt 7 • 4370 MARL-HÜLS: Nehm, Hülsstr. 22 • 4390 GLADBECK: Exner, Hochstr. 20 • 4400 MÜNSTER: Freisfeld, Salzstr. 36 • Oeding-Erdel, Bahnhofstr. 10 • Osthus, Ludgerstr. 92 • 4420 COESFELD: Tombrink, Kupferstr. 27 • 4450 LINGEN: Hellmann, Schlachterstr. 2 • 4460 NORDHORN: Duhn, Hagenstr. 36-38 • Hölcher, Hauptstr. 1 • 4500 OSNABRÜCK: Franke & Middelberg, Kamp 3-4 • Heine, Kalkmeyer, Große Str. 33 • Niehöser, Große Str. 39 • 4530 IBENBÖREN: Niemann, Poststr. 1 • 4600 DORTMUND: Atelier für Design-Schmuck, Köln-Berliner-Str. 19 • Bolland, Westenhellweg 100 • Gerwi, Kampstr. 30 • Röschenbeck, Westenhellweg 45 • 4620 CASTROP-RAUXEL: Zimmer, Am Markt 25 • 4630 BOCHUM: Kubitzki, Hochstr. 21 • Quartz & Platin-Studio, Kortumstr. 37 • Schlabitz, Bahnhofsvorplatz 1 • 4650 GELSENKIRCHEN: Meese, Hochstr. 17 • Weber, Blindestr. 1 • 4700 HAMM: Backwinkel, Weststr. 50 • Michael, Weststr. 37 • 4708 KAMEN: Becher, Bahnhofstr. 59 • Telgmann, Weststr. 41 • 4730 AHLEN/WESTF.: Fischer, Oststr. 69 • 4770 SOEST: Schindler, Salzgassee (Kohlbrink Parkplatz) • 4780 LIPPSTADT: Jasper, Lange Str. 64 • Werb, Lange Str. 23 • 4790 PADERBORN: Büsse, Markt 3 • 4800 BIELEFELD: Bäckelmann, Alter Markt • Schlüter, Oberstr. 15 • 4830 GÜTERSLOH: Laumann, Berliner Str. 42 • 4900 HERFORD: Backes, Neuer Markt • Zartmann, Bäckerstr. 11 • 4920 LEMGO: Wörmann, Mittelstr. 74 • 4930 DETMOLD: Vranek, Lange Str. 35 • 4937 LAGE: Krüger, Langestr. 89 • 4950 MINDEN: Laufer, Bäckerstr. 36 • 4970 BAD OEYNHAUSEN: Mecklem, Klosterstr. 28 • 4980 BUNDE: Schönte, Eschstr. 21 • 5000 KÖLN: Hölcher, Hohe Str. 114 • Kaufhold, Quatermarkt 5 • Linn, Schildergasse 69-73 • Mommen, Breite Str. 132 • Schnitzler, Gürtelstr. 30-32 • 5040 BRÜHL: Böhm, Steinweg 27 • 5060 BERG-GLADBACH: Brune, Schloßstr. 47-53 • Niedenhoff, Hauptstr. 80 • 5100 AACHEN: Frank, Großkölnstr. 40 • Grubusch, Münsterplatz 10 • Küpper, Holzgraben 10 • Lauffs-Grüneschild, Schmiedstr. 6 • Utermann, Trierer Str. 764 • 5160 DÜREN: Schiffer, Kölnstr. 13 • 5170 JÜLICH: Wolf, Kölnstr. 34 • 5180 ESCHWEILER: Kuhn, Grabenstr. 34 • 5200 SIEGBURG: Schneider, Markt 13 • 5220 WALDBROIL: Krahn, Kaiserstr. 41 • 5240 BETZDORF: Betzdorf's Gold- und Silberschmiede, Konrad-Adenauer-Platz • 5270 GUMMERSBACH: Krahn, Hindenburgstr. 26 • 5300 BONN: Brill, Sternstr. 13 • Hild, Dreieck 6 • Mersmann, Vivatgasse (Am Sternort) • 5300 BONN-BAD GODESBERG: Hasenbeck, Mollkeplatz 4 • Schumann, Alte Bahnhofstr. 12 • 5350 EUS-KIRCHEN: Seifen, Berliner Str. 30 • 5352 ZÜLPICH: Zülpicher Goldschmiede, Rathausgasse 15 • 5400 KÖLN: Hofacker, Schloßstr. 16 • Frank, Schloßstr. 46 • Müller, Schloßstr. 47 • Näther, Löhstr. 90 • 5430 MONTABAU: Dawa, Großer Markt 25 • 5440 MAYEN: Hanke, Marktstr. 42 • 5450 NEUWIED: Knobloch, Marktstr. 36 • 5483 BAD NEUENAUH: Vögele, Poststr. 13 • 5500 TRIER: Fülling, Brotstr. 25 • Press, Simeonstr. 29 • 5600 WUPPERTAL: Abeler, Poststr. 11 • Arhelger, Schloßbleiche 18 • Bäumer & Co., Werth 60 • Kranefeld, Poststr. 16 • Möller, Friedr.-Ebert-Str. 12 • Söngen, Poststr. 7 • 5630 REMSCHEID: Lucas, Alleestr. 33 • 5650 SÖLINGEN: Hess, Kirchstr. 6 • 5760 ARNSBERG-NEHEIM: Feldmann, Lange Wende 2 • 5768 SÜNDERN: Busche & Sohn, Hauptstr. 102 • 5800 HAGEN: Röschenbeck, Mittelstr. 13 • 5810 WITTEN/RUHR: Fiedler, Bahnhofstr. 62 • Gerling, Bahnhofstr. 15 • 5840 SCHWERVE: Grafe, Am Markt 4 • 5860 ISERLOHN: Schulte, Bonstedterstr. 35 • Springer, Mendener Str. 5 • 5900 SIEGEN: Jaeger, Markt 55/57 • Müller, Bahnhofstr. 16-18 • 6000 FRANKFURT: Friedrich, Kaiserstr. 17 • Hessenberg, Goetheplatz 11 • Lueg, Katharinenpforte 6 • Noth, Goethestr. 19 • Schäfer, Gartenstr. 147 • 6050 OFFENBACH: Bauer, Bieberer Str. 10 • 6070 LANGEN: Heydegger, Friedrichstr. 21 • 6078 NEU-ISENBURG: Hetebrueg, Frankfurter Str. 31 • 6090 RÜSSELSHEIM: Pflug, Grabenstr. 1 • Weiss, Löwenplatz • 6100 DARMSTADT: Kade, Ludwigpassage 2 • Rumpf, Ludwigstr. 8 • Techtel, Brühl-Ludwig-Str. • 6200 WIESBADEN: Eppl, Burgstr. 1 • Staess, Wilhelmstr. 34 • Wulf, Langgasse 34 • 6230 FFM.-HOCHST: Meister Bauer, Hochtstr. 3 • 6240 KÖNIGSTEIN: Auner, Hauptstr. 21 • 6300 GIESSEL: Balser, Seltersweg 5 • Scholz, Seltersweg 39 • 6330 WETZLAR: Palm, Krämerstr. 5 • Spieser, Bahnhofstr. 21 • 6350 BAD NAUHEIM: Steiber, Karlstr. 9 • 6370 OBERURSEL: Windecker, Oberhöchstädter Str. 3 • 6400 FULDA: Atelier Juwel, Kleine Marktstr. 1 • Bött, Friedrichstr. • 6430 BAD HEFELDE: Laufer, Lingplatz 4 • 6450 HANAU: Dreßler, Rosenstr. 1 • 6500 MAINZ: Weiland, Große Bleiche 28 • Willenberg, Schillerstr. 24a • 6504 OPPENHEIM: Leimke, Hauptstr. 7 • 6530 BINGEN: Dresander, Kapuzinerstr. 10 • 6600 SAA-REPUCH: Blum, Hauptstr. 93 • 6638 DILLINGEN: Hussinger, Hüttenwerkstr. 24 • 6660 ZWEIBRÜCKEN: Rohrbacher, In der Fußgängerzone • 6702 BAD DÜRKHEIM: Klink, Kurgartenstraße • 6710 FRANKENTHAL: Lutz, Speyerstr. 2 • 6719 EISENBERG: Lutz, Hauptstr. 27 • 6720 SPEYER: Lais, Maximilianstr. 68 • 6730 NEUSTADT/WEINSTR.: Faber, Friedrichstr./Ecke Schöhl • Klink, Hauptstr. 75 • 6740 LANDAU: Barth, Kleiner Platz 15 • 6750 KAISERSLAUTERN: Leimbach, Hauptstr. 1 • 6760 LAMBERSHEIM: Lenhardt, Poststr. 1 • 6800 MANNHEIM: Friedo Frier, P. 6, 26 Planken + P2, 11 • Wenha, Qu. 1 • 6806 VIERNHEIM: Friedo Frier, Rhein-Neckar-Zentrum • 6900 HEIDELBERG: Faulhaber, Hauptstr. 50 • Menrahn, Bergheimer Str. 15-17 • Hauptstr. 1 • 6990 BAD MERGENTHEIM: Brüser, Marktplatz 15 • 7000 STUTTGART: Blume, Königstr. 42 • Friedo Frier, Königstr. 21 • Hildebrandt, Stiftstr. 1 • Jacobi, Königstr. 17 • Im Breuninger Markt • Köter, Erbsenbrunnstr. 9-11 • Pfister, Königstr. 78 • 7040 HOFEN: Calver Str. 53 • 7032 SINDELINGEN: Meyer, Planie 5 • 7050 WAIBLINGEN: Waiblinger Goldschmiede, Alter Postplatz 4 • 7056 WEINSTADT: Sauer, Strümpfelbacher Str. 17 • 7080 AALEN: Goldschmiede IFJU, Am Spitzenthaus • 7100 HEILBRONN: Beithorn, Reiner Str. 32 • Jan Hofmann, Deutschhofstr. 23 • Lühle, Deutschhofstr. 2 • 7140 LUDWIGSBURG: Büchler, Am Marktplatz 2 • Hunke, Kirchstr. 17-19 • 7200 TUTTLINGEN: Schatztruhe, Bahnhofstr. 8 • Storz, Untere Hauptstr. 20 • 7300 ESSEN: Gieseler, Hauptstr. 1 • 7320 GÖPPINGEN: Haussmann, Freihoferstr. 33 • 7410 REUTLINGEN: Depperich, Wilhelmstr. 123 • Lachenmann, Katharinenstr. 12 • Möck, Wilhelmstr. 44 • 7440 NÖRTINGEN: A & G Meier, Brunnsteige 6 • 7480 SIGMARIINGEN: C.G.T. Goldschmiede-Galerie, Schwabstr. 27 • 7500 KARLSRUHE: Bertsch, Kaiserstr. 165 • Jock, Kaiserstr. 179 • Kampheue, Kaiserstraße • Cardillac, Waldstr. 5a • 7505 ETTINGEN: Siegwirth, Am Marktplatz 1 • 7522 PHILIPPBURG: Aßkner, Kraichgaustr. 13 • Steidinger, Rote-Tor-Str. 13-15 • 7570 BADEN-BADEN: Ehnis, Lichtentaler Str. 13 • 7700 SINGEN: Buge, Ekkehardstr. 35 • Stein, August-Ruf-Str. 5a • 7710 DONAUESCHINGEN: Kraft, Herdstr. 11 • 7730 WÜLLINGEN-SCHWENINGEN: Hülshorn, Hauptstr. 102 • 7800 HAGEN: Röschenbeck, Mittelstr. 13 • 5810 WITTEN/RUHR: Fiedler, Bahnhofstr. 62 • Gerling, Bahnhofstr. 15 • 5840 SCHWERVE: Grafe, Am Markt 4 • 5860 ISERLOHN: Schulte, Bonstedterstr. 35 • Springer, Mendener Str. 5 • 5900 SIEGEN: Jaeger, Markt 55/57 • Müller, Bahnhofstr. 16-18 • 6000 FRANKFURT: Friedrich, Kaiserstr. 17 • Hessenberg, Goetheplatz 11 • Lueg, Katharinenpforte 6 • Noth, Goethestr. 19 • Schäfer, Gartenstr. 147 • 6050 OFFENBACH: Bauer, Bieberer Str. 10 • 6070 LANGEN: Heydegger, Friedrichstr. 21 • 6078 NEU-ISENBURG: Hetebrueg, Frankfurter Str. 31 • 6090 RÜSSELSHEIM: Pflug, Grabenstr. 1 • Weiss, Löwenplatz • 6100 DARMSTADT: Kade, Ludwigpassage 2 • Rumpf, Ludwigstr. 8 • Techtel, Brühl-Ludwig-Str. • 6200 WIESBADEN: Eppl, Burgstr. 1 • Staess, Wilhelmstr. 34 • Wulf, Langgasse 34 • 6230 FFM.-HOCHST: Meister Bauer, Hochtstr. 3 • 6240 KÖNIGSTEIN: Auner, Hauptstr. 21 • 6300 GIESSEL: Balser, Seltersweg 5 • Scholz, Seltersweg 39 • 6330 WETZLAR: Palm, Krämerstr. 5 • Spieser, Bahnhofstr. 21 • 6350 BAD NAUHEIM: Steiber, Karlstr. 9 • 6370 OBERURSEL: Windecker, Oberhöchstädter Str. 3 • 6400 FULDA: Atelier Juwel, Kleine Marktstr. 1 • Bött, Friedrichstr. • 6430 BAD HEFELDE: Laufer, Lingplatz 4 • 6450 HANAU: Dreßler, Rosenstr. 1 • 6500 MAINZ: Weiland, Große Bleiche 28 • Willenberg, Schillerstr. 24a • 6504 OPPENHEIM: Leimke, Hauptstr. 7 • 6530 BINGEN: Dresander, Kapuzinerstr. 10 • 6600 SAA-REPUCH: Blum, Hauptstr. 93 • 6638 DILLINGEN: Hussinger, Hüttenwerkstr. 24 • 6660 ZWEIBRÜCKEN: Rohrbacher, In der Fußgängerzone • 6702 BAD DÜRKHEIM: Klink, Kurgartenstraße • 6710 FRANKENTHAL: Lutz, Speyerstr. 2 • 6719 EISENBERG: Lutz, Hauptstr. 27 • 6720 SPEYER: Lais, Maximilianstr. 68 • 6730 NEUSTADT/WEINSTR.: Faber, Friedrichstr./Ecke Schöhl • Klink, Hauptstr. 75 • 6740 LANDAU: Barth, Kleiner Platz 15 • 6750 KAISERSLAUTERN: Leimbach, Hauptstr. 1 • 6760 LAMBERSHEIM: Lenhardt, Poststr. 1 • 6800 MANNHEIM: Friedo Frier, P. 6, 26 Planken + P2, 11 • Wenha, Qu. 1 • 6806 VIERNHEIM: Friedo Frier, Rhein-Neckar-Zentrum • 6900 HEIDELBERG: Faulhaber, Hauptstr. 50 • Menrahn, Bergheimer Str. 15-17 • Hauptstr. 1 • 6990 BAD MERGENTHEIM: Brüser, Marktplatz 15 • 7000 STUTTGART: Blume, Königstr. 42 • Friedo Frier, Königstr. 21 • Hildebrandt, Stiftstr. 1 • Jacobi, Königstr. 17 • Im Breuninger Markt • Köter, Erbsenbrunnstr. 9-11 • Pfister, Königstr. 78 • 7040 HOFEN: Calver Str. 53 • 7032 SINDELINGEN: Meyer, Planie 5 • 7050 WAIBLINGEN: Waiblinger Goldschmiede, Alter Postplatz 4 • 7056 WEINSTADT: Sauer, Strümpfelbacher Str. 17 • 7080 AALEN: Goldschmiede IFJU, Am Spitzenthaus • 7100 HEILBRONN: Beithorn, Reiner Str. 32 • Jan Hofmann, Deutschhofstr. 23 • Lühle, Deutschhofstr. 2 • 7140 LUDWIGSBURG: Büchler, Am Marktplatz 2 • Hunke, Kirchstr. 17-19 • 7200 TUTTLINGEN: Schatztruhe, Bahnhofstr. 8 • Storz, Untere Hauptstr. 20 • 7300 ESSEN: Gieseler, Hauptstr. 1 • 7320 GÖPPINGEN: Haussmann, Freihoferstr. 33 • 7410 REUTLINGEN: Depperich, Wilhelmstr. 123 • Lachenmann, Katharinenstr. 12 • Möck, Wilhelmstr. 44 • 7440 NÖRTINGEN: A & G Meier, Brunnsteige 6 • 7480 SIGMARIINGEN: C.G.T. Goldschmiede-Galerie, Schwabstr. 27 • 7500 KARLSRUHE: Bertsch, Kaiserstr. 165 • Jock, Kaiserstr. 179 • Kampheue, Kaiserstraße • Cardillac, Waldstr. 5a • 7505 ETTINGEN: Siegwirth, Am Marktplatz 1 • 7522 PHILIPPBURG: Aßkner, Kraichgaustr. 13 • Steidinger, Rote-Tor-Str. 13-15 • 7570 BADEN-BADEN: Ehnis, Lichtentaler Str. 13 • 7700 SINGEN: Buge, Ekkehardstr. 35 • Stein, August-Ruf-Str. 5a • 7710 DONAUESCHINGEN: Kraft, Herdstr. 11 • 7730 WÜLLINGEN-SCHWENINGEN: Hülshorn, Hauptstr. 102 • 7800 HAGEN: Röschenbeck, Mittelstr. 13 • 5810 WITTEN/RUHR: Fiedler, Bahnhofstr. 62 • Gerling, Bahnhofstr. 15 • 5840 SCHWERVE: Grafe, Am Markt 4 • 5860 ISERLOHN: Schulte, Bonstedterstr. 35 • Springer, Mendener Str. 5 • 5900 SIEGEN: Jaeger, Markt 55/57 • Müller, Bahnhofstr. 16-18 • 6000 FRANKFURT: Friedrich, Kaiserstr. 17 • Hessenberg, Goetheplatz 11 • Lueg, Katharinenpforte 6 • Noth, Goethestr. 19 • Schäfer, Gartenstr. 147 • 6050 OFFENBACH: Bauer, Bieberer Str. 10 • 6070 LANGEN: Heydegger, Friedrichstr. 21 • 6078 NEU-ISENBURG: Hetebrueg, Frankfurter Str. 31 • 6090 RÜSSELSHEIM: Pflug, Grabenstr. 1 • Weiss, Löwenplatz • 6100 DARMSTADT: Kade, Ludwigpassage 2 • Rumpf, Ludwigstr. 8 • Techtel, Brühl-Ludwig-Str. • 6200 WIESBADEN: Eppl, Burgstr. 1 • Staess, Wilhelmstr. 34 • Wulf, Langgasse 34 • 6230 FFM.-HOCHST: Meister Bauer, Hochtstr. 3 • 6240 KÖNIGSTEIN: Auner, Hauptstr. 21 • 6300 GIESSEL: Balser, Seltersweg 5 • Scholz, Seltersweg 39 • 6330 WETZLAR: Palm, Krämerstr. 5 • Spieser, Bahnhofstr. 21 • 6350 BAD NAUHEIM: Steiber, Karlstr. 9 • 6370 OBERURSEL: Windecker, Oberhöchstädter Str. 3 • 6400 FULDA: Atelier Juwel, Kleine Marktstr. 1 • Bött, Friedrichstr. • 6430 BAD HEFELDE: Laufer, Lingplatz 4 • 6450 HANAU: Dreßler, Rosenstr. 1 • 6500 MAINZ: Weiland, Große Bleiche 28 • Willenberg, Schillerstr. 24a • 6504 OPPENHEIM: Leimke, Hauptstr. 7 • 6530 BINGEN: Dresander, Kapuzinerstr. 10 • 6600 SAA-REPUCH: Blum, Hauptstr. 93 • 6638 DILLINGEN: Hussinger, Hüttenwerkstr. 24 • 6660 ZWEIBRÜCKEN: Rohrbacher, In der Fußgängerzone • 6702 BAD DÜRKHEIM: Klink, Kurgartenstraße • 6710 FRANKENTHAL: Lutz, Speyerstr. 2 • 6719 EISENBERG: Lutz, Hauptstr. 27 • 6720 SPEYER: Lais, Maximilianstr. 68 • 6730 NEUSTADT/WEINSTR.: Faber, Friedrichstr./Ecke Schöhl • Klink, Hauptstr. 75 • 6740 LANDAU: Barth, Kleiner Platz 15 • 6750 KAISERSLAUTERN: Leimbach, Hauptstr. 1 • 6760 LAMBERSHEIM: Lenhardt, Poststr. 1 • 6800 MANNHEIM: Friedo Frier, P. 6, 26 Planken + P2, 11 • Wenha, Qu. 1 • 6806 VIERNHEIM: Friedo Frier, Rhein-Neckar-Zentrum • 6900 HEIDELBERG: Faulhaber, Hauptstr. 50 • Menrahn, Bergheimer Str. 15-17 • Hauptstr. 1 • 6990 BAD MERGENTHEIM: Brüser, Marktplatz 15 • 7000 STUTTGART: Blume, Königstr. 42 • Friedo Frier, Königstr. 21 • Hildebrandt, Stiftstr. 1 • Jacobi, Königstr. 17 • Im Breuninger Markt • Köter, Erbsenbrunnstr. 9-11 • Pfister, Königstr. 78 • 7040 HOFEN: Calver Str. 53 • 7032 SINDELINGEN: Meyer, Planie 5 • 7050 WAIBLINGEN: Waiblinger Goldschmiede, Alter Postplatz 4 • 7056 WEINSTADT: Sauer, Strümpfelbacher Str. 17 • 7080 AALEN: Goldschmiede IFJU, Am Spitzenthaus • 7100 HEILBRONN: Beithorn, Reiner Str. 32 • Jan Hofmann, Deutschhofstr. 23 • Lühle, Deutschhofstr. 2 • 7140 LUDWIGSBURG: Büchler, Am Marktplatz 2 • Hunke, Kirchstr. 17-19 • 7200 TUTTLINGEN: Schatztruhe, Bahnhofstr. 8 • Storz, Untere Hauptstr. 20 • 7300 ESSEN: Gieseler, Hauptstr. 1 • 7320 GÖPPINGEN: Haussmann, Freihoferstr. 33 • 7410 REUTLINGEN: Depperich, Wilhelmstr. 123 • Lachenmann, Katharinenstr. 12 • Möck, Wilhelmstr. 44 • 7440 NÖRTINGEN: A & G Meier, Brunnsteige 6 • 7480 SIGMARIINGEN: C.G.T. Goldschmiede-Galerie, Schwabstr. 27 • 7500 KARLSRUHE: Bertsch, Kaiserstr. 165 • Jock, Kaiserstr. 179 • Kampheue, Kaiserstraße • Cardillac, Waldstr. 5a • 7505 ETTINGEN: Siegwirth, Am Marktplatz 1 • 7522 PHILIPPBURG: Aßkner, Kraichgaustr. 13 • Steidinger, Rote-Tor-Str. 13-15 • 7570 BADEN-BADEN: Ehnis, Lichtentaler Str. 13 • 7700 SINGEN: Buge, Ekkehardstr. 35 • Stein, August-Ruf-Str. 5a • 7710 DONAUESCHINGEN: Kraft, Herdstr. 11 • 7730 WÜLLINGEN-SCHWENINGEN: Hülshorn, Hauptstr. 102 • 7800 HAGEN: Röschenbeck, Mittelstr. 13 • 5810 WITTEN/RUHR: Fiedler, Bahnhofstr. 62 • Gerling, Bahnhofstr. 15 • 5840 SCHWERVE: Grafe, Am Markt 4 • 5860 ISERLOHN: Schulte, Bonstedterstr. 35 • Springer, Mendener Str. 5 • 5900 SIEGEN: Jaeger, Markt 55/57 • Müller, Bahnhofstr. 16-18 • 6000 FRANKFURT: Friedrich, Kaiserstr. 17 • Hessenberg, Goetheplatz 11 • Lueg, Katharinenpforte 6 • Noth, Goethestr. 19 • Schäfer, Gartenstr. 147 • 6050 OFFENBACH: Bauer, Bieberer Str. 10 • 6070 LANGEN: Heydegger, Friedrichstr. 21 • 6078 NEU-ISENBURG: Hetebrueg, Frankfurter Str. 31 • 6090 RÜSSELSHEIM: Pflug, Grabenstr. 1 • Weiss, Löwenplatz • 6100 DARMSTADT: Kade, Ludwigpassage 2 • Rumpf, Ludwigstr. 8 • Techtel, Brühl-Ludwig-Str. • 6200 WIESBADEN: Eppl, Burgstr. 1 • Staess, Wilhelmstr. 34 • Wulf, Langgasse 34 • 6230 FFM.-HOCHST: Meister Bauer, Hochtstr. 3 • 6240 KÖNIGSTEIN: Auner, Hauptstr. 21 • 6300 GIESSEL: Balser, Seltersweg 5 • Scholz, Seltersweg 39 • 6330 WETZLAR: Palm, Krämerstr. 5 • Spieser, Bahnhofstr. 21 • 6350 BAD NAUHEIM: Steiber, Karlstr. 9 • 6370 OBERURSEL: Windecker, Oberhöchstädter Str. 3 • 6400 FULDA: Atelier Juwel, Kleine Marktstr. 1 • Bött, Friedrichstr. • 6430 BAD HEFELDE: Laufer, Lingplatz 4 • 6450 HANAU: Dreßler, Rosenstr. 1 • 6500 MAINZ: Weiland, Große Bleiche 28 • Willenberg, Schillerstr. 24a • 6504 OPPENHEIM: Leimke, Hauptstr. 7 • 6530 BINGEN: Dresander, Kapuzinerstr. 10 • 6600 SAA-REPUCH: Blum, Hauptstr. 93 • 6638 DILLINGEN: Hussinger, Hüttenwerkstr. 24 • 6660 ZWEIBRÜCKEN: Rohrbacher, In der Fußgängerzone • 6702 BAD DÜRKHEIM: Klink, Kurgartenstraße • 6710 FRANKENTHAL: Lutz, Speyerstr. 2 • 6719 EISENBERG: Lutz, Hauptstr. 27 • 6720 SPEYER: Lais, Maximilianstr. 68 • 6730 NEUSTADT/WEINSTR.: Faber, Friedrichstr./Ecke Schöhl • Klink, Hauptstr. 75 • 6740 LANDAU: Barth, Kleiner Platz 15 • 6750 KAISERSLAUTERN: Leimbach, Hauptstr. 1 • 6760 LAMBERSHEIM: Lenhardt, Poststr. 1 • 6800 MANNHEIM: Friedo Frier, P. 6, 26 Planken + P2, 11 • Wenha, Qu. 1 • 6806 VIERNHEIM: Friedo Frier, Rhein-Neckar-Zentrum • 6900 HEIDELBERG: Faulhaber, Hauptstr. 50 • Menrahn, Bergheimer Str. 15-17 • Hauptstr. 1 • 6990 BAD MERGENTHEIM: Brüser, Marktplatz 15 • 7000 STUTTGART: Blume, Königstr. 42 • Friedo Frier, Königstr. 21 • Hildebrandt, Stiftstr. 1 • Jacobi, Königstr. 17 • Im Breuninger Markt • Köter, Erbsenbrunnstr. 9-11 • Pfister, Königstr. 78 • 7040 HOFEN: Calver Str. 53 • 7032 SINDELINGEN: Meyer, Planie 5 • 7050 WAIBLINGEN: Waiblinger Goldschmiede, Alter Postplatz 4 • 7056 WEINSTADT: Sauer, Strümpfelbacher Str. 17 • 7080 AALEN: Goldschmiede IFJU, Am Spitzenthaus • 7100 HEILBRONN: Beithorn, Reiner Str. 32 • Jan Hofmann, Deutschhofstr. 23 • Lühle, Deutschhofstr. 2 • 7140 LUDWIGSBURG: Büchler, Am Marktplatz 2 • Hunke, Kirchstr. 17-19 • 7200 TUTTLINGEN: Schatztruhe, Bahnhofstr. 8 • Storz, Untere Hauptstr. 20 • 7300 ESSEN: Gieseler, Hauptstr. 1 • 7320 GÖPPINGEN: Haussmann, Freihoferstr. 33 • 7410 REUTLINGEN: Depperich, Wilhelmstr. 123 • Lachenmann, Katharinenstr. 12 • Möck, Wilhelmstr. 44 • 7440 NÖRTINGEN: A & G Meier, Brunnsteige 6 • 7480 SIGMARIINGEN: C.G.T. Goldschmiede-Galerie, Schwabstr. 27 • 7500 KARLSRUHE: Bertsch, Kaiserstr. 165 • Jock, Kaiserstr. 179 • Kampheue, Kaiserstraße • Cardillac, Waldstr. 5a • 7505 ETTINGEN: Siegwirth, Am Marktplatz 1 • 7522 PHILIPPBURG: Aßkner, Kraichgaustr. 13 • Steidinger, Rote-Tor-Str. 13-15 • 7570 BADEN-BADEN: Ehnis, Lichtentaler Str. 13 • 7700 SINGEN: Buge, Ekkehardstr. 35 • Stein, August-Ruf-Str. 5a • 7710 DONAUESCHINGEN: Kraft, Herdstr. 11 • 7730 WÜLLINGEN-SCHWENINGEN: Hülshorn, Hauptstr. 102 • 7800 HAGEN: Röschenbeck, Mittelstr. 13 • 5810 WITTEN/RUHR: Fiedler, Bahnhofstr. 62 • Gerling, Bahnhofstr. 15 • 5840 SCHWERVE: Grafe, Am Markt 4 • 5860 ISERLOHN: Schulte, Bonstedterstr. 35 • Springer, Mendener Str. 5 • 5900 SIEGEN: Jaeger, Markt 55/57 • Müller, Bahnhofstr. 16-18 • 6000 FRANKFURT: Friedrich, Kaiserstr. 17 • Hessenberg, Goetheplatz 11 • Lueg, Katharinenpforte 6 • Noth, Goethestr. 19 • Schäfer, Gartenstr. 147 • 6050 OFFENBACH: Bauer, Bieberer Str. 10 • 6070 LANGEN: Heydegger, Friedrichstr. 21 • 6078 NEU-ISENBURG: Hetebrueg, Frankfurter Str. 31 • 6090 RÜSSELSHEIM: Pflug, Grabenstr. 1 • Weiss, Löwenplatz • 6100 DARMSTADT: Kade, Ludwigpassage 2 • Rumpf, Ludwigstr. 8 • Techtel, Brühl-Ludwig-Str. • 6200 WIESBADEN: Eppl, Burgstr. 1 • Staess, Wilhelmstr. 34 • Wulf, Langgasse 34 • 6230 FFM.-HOCHST: Meister Bauer, Hochtstr. 3 • 6240 KÖNIGSTEIN: Auner, Hauptstr. 21 • 6300 GIESSEL: Balser, Seltersweg 5 • Scholz, Seltersweg 39 • 6330 WETZLAR: Palm, Krämerstr. 5 • Spieser, Bahnhofstr. 21 • 6350 BAD NAUHEIM: Steiber, Karlstr. 9 • 6370 OBERURSEL: Windecker, Oberhöchstädter Str. 3 • 6400 FULDA: Atelier Juwel, Kleine Marktstr. 1 • Bött, Friedrichstr. • 6430 BAD HEFELDE: Laufer, Lingplatz 4 • 6450 HANAU: Dreßler, Rosenstr. 1 • 6500 MAINZ: Weiland, Große Bleiche 28 • Willenberg, Schillerstr. 24a • 6504 OPPENHEIM: Leimke, Hauptstr. 7 • 6530 BINGEN: Dresander, Kapuzinerstr. 10 • 6600 SAA-REPUCH: Blum, Hauptstr. 93 • 6638 DILLINGEN: Hussinger, Hüttenwerkstr. 24 • 6660 ZWEIBRÜCKEN: Rohrbacher, In der Fußgängerzone • 6702 BAD DÜRKHEIM: Klink, Kurgartenstraße • 6710 FRANKENTHAL: Lutz, Speyerstr. 2 • 6719 EISENBERG: Lutz, Hauptstr. 27 • 6720 SPEYER: Lais, Maximilianstr. 68 • 6730 NEUSTADT/WEINSTR.: Faber, Friedrichstr./Ecke Schöhl • Klink, Hauptstr. 75 • 6740 LANDAU: Barth, Kleiner Platz 15 • 6750 KAISERSLAUTERN: Leimbach, Hauptstr. 1 • 6760 LAMBERSHEIM: Lenhardt, Poststr. 1 • 6800 MANNHEIM: Friedo Frier, P. 6, 26 Planken + P2, 11 • Wenha, Qu. 1 • 6806 VIERNHEIM: Friedo Frier, Rhein-Neckar-Zentrum • 6900 HEIDELBERG: Faulhaber, Hauptstr. 50 • Menrahn, Bergheimer Str. 15-17 • Hauptstr. 1 • 6990 BAD MERGENTHEIM: Brüser, Marktplatz 15 • 7000 STUTTGART: Blume, Königstr. 42 • Friedo Frier, Königstr. 21 • Hildebrandt, Stiftstr. 1 • Jacobi, Königstr. 17 • Im Breuninger Markt • Köter, Erbsenbrunnstr. 9-11 • Pfister, Königstr. 78 • 7040 HOFEN: Calver Str. 53 • 7032 SINDELINGEN: Meyer, Planie 5 • 7050 WAIBLINGEN: Waiblinger Goldschmiede, Alter Postplatz 4 • 7056 WEINSTADT: Sauer, Strümpfelbacher Str. 17 • 7080 AALEN: Goldschmiede IFJU, Am Spitzenthaus • 7100 HEILBRONN: Beithorn, Reiner Str. 32 • Jan Hofmann, Deutschhofstr. 23 • Lühle, Deutschhofstr. 2 • 7140 LUDWIGSBURG: Büchler, Am Marktplatz 2 • Hunke, Kirchstr. 17-19 • 7200 TUTTLINGEN: Schatztruhe, Bahnhofstr. 8 • Storz, Untere Hauptstr. 20 • 7300 ESSEN: Gieseler, Hauptstr. 1 • 7320 GÖPPINGEN: Haussmann, Freihoferstr. 33 • 7410 REUTLINGEN: Depperich, Wilhelmstr. 123 • Lachenmann, Katharinenstr. 12 • Möck, Wilhelmstr. 44 • 7440 NÖRTINGEN: A & G Meier, Brunnsteige 6 • 7480 SIGMARIINGEN: C.G.T. Goldschmiede-Galerie, Schwabstr. 27 • 7500 KARLSRUHE: Bertsch, Kaiserstr. 165 • Jock, Kaiserstr. 179 • Kampheue, Kaiserstraße • Cardillac, Waldstr. 5a • 7505 ETTINGEN: Siegwirth, Am Marktplatz 1 • 7522 PHILIPPBURG: Aßkner, Kraichgaustr. 13 • Steidinger, Rote-Tor-Str. 13-15 • 7570 BADEN-BADEN: Ehnis, Lichtentaler Str. 13 • 7700 SINGEN: Buge, Ekkehardstr. 35 • Stein, August-Ruf-Str. 5a • 7710 DONAUESCHINGEN: Kraft, Herdstr. 11 • 7730 WÜLLINGEN-SCHWENINGEN: Hülshorn, Hauptstr. 102 • 7800 HAGEN: Röschenbeck, Mittelstr. 13 • 5810 WITTEN/RUHR: Fiedler, Bahnhofstr. 62 • Gerling, Bahnhofstr. 15 • 5840 SCHWERVE: Grafe, Am Markt 4 • 5860 ISERLOHN: Schulte, Bonstedterstr. 35 • Springer, Mendener Str. 5 • 5900 SIEGEN: Jaeger, Markt 55/57 • Müller, Bahnhofstr. 16-18 • 6000 FRANKFURT: Friedrich, Kaiserstr. 17 • Hessenberg, Goetheplatz 11 • Lueg, Katharinenpforte 6 • Noth, Goethestr. 19 • Schäfer, Gartenstr. 147 • 6050 OFFENBACH: Bauer, Bieberer Str. 10 • 6070 LANGEN: Heydegger, Friedrichstr. 21 • 6078 NEU-ISENBURG: Hetebrueg, Frankfurter Str. 31 • 6090 RÜSSELSHEIM: Pflug, Grabenstr. 1 • Weiss, Löwenplatz • 6100 DARMSTADT: Kade, Ludwigpassage 2 • Rumpf, Ludwigstr. 8 • Techtel, Brühl-Ludwig-Str. • 6200 WIESBADEN: Eppl, Burgstr. 1 • Staess, Wilhelmstr. 34 •

Die neuen 7er



Wenn er Ihnen etwas zu sagen hat, schreibt er es Ihnen auf.

Der neue 7er ist in allen Bereichen neu und noch besser als sein ohnehin hochwertiger Vorgänger.

Auch in der Zuverlässigkeit. Doch alle Vorsichtsmaßnahmen können nicht verhindern, daß nach Jahren mal ein Verschleißteil wie eine Glühbirne erneuerungsbedürftig ist.

Um auch für diesen seltenen Fall optimale Sicherheit zu bieten, befindet sich im neuen 7er die Check-Control III.

Sie arbeitet folgendermaßen: Ein leiser Gong. Im Klartext erscheint auf dem Anzeigendisplay im Cockpit des 7er BMW der Hinweis auf den Defekt: Kennzeichenbeleuchtung. Sollte – wider Erwarten – außer der

Kennzeichenbeleuchtung noch ein weiterer Defekt auftreten, setzt die Check-Control klare Prioritäten.

Nicht mehr funktionierende Bremslichter werden natürlich vor einem Defekt an der Kennzeichenbeleuchtung notiert.

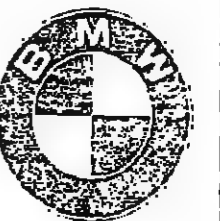
Damit der Fahrer des neuen großen BMW nicht erst bei Dunkelheit von einer ausgefallenen Schein-

werferbirne überrascht wird, überprüft die Check-Control das Abblendlicht selbst dann, wenn es ausgeschaltet ist – auch das ist neu.

Je nach Fahrzeugtyp und Ausstattung kommen weitere 21 Funktionen hinzu, die die Check-Control überprüft. Die gesamte Beleuchtung, den Kühlmittelhaushalt, Bremsdruck, die Bremsbeläge, den Bremsflüssig-

keitsstand und den Ölstand im Automatic-Getriebe. Sie kontrolliert den Motorölstand, den Öldruck und sogar den Sensor. Um ganz sicher zu gehen, daß wirklich alles in Ordnung ist, überprüft die Check-Control auch noch ihr eigenes Modul auf seine perfekte Funktion. Ist es nicht angenehm, wenn man sich immer auf sein Automobil und den eingebauten „Inspektor“ verlassen kann?

Die neuen 7er. Kauf, Finanzierung oder Leasing – Ihr BMW Händler ist der richtige Partner.



**Freude
am
Fahren**

Wenn Sie mehr über den neuen 7er BMW wissen wollen, senden Sie bitte diesen Coupon an die untenstehende Adresse. Sie erhalten dann:

- ☐ Videofilm VHS ☐ Beta ☐ 2000 ☐ V8 ☐ gegen Schutzgebühr von DM 16,50 incl. Nachnahmegebühr
☐ ausführliches Informationsmaterial
☐ einen Probefahrtstermin.

Name: _____
Straße: _____
PLZ: _____ Ort: _____
BMW AG, Kundeninformation CHC,
Leuchtenberggring 20, 8 München 80

Dev'senmärkte

Dev'senmärkte

Wenn die Not

concern



Krank im Ausland?

Las Palmas - Frankfurt.
Knoten DM 22.500

ausführliche Unterlagen

Name _____
Vorname _____
Straße Haus-Nr. _____
PLZ-Ort _____

en für die Gräber.
en die Angehörigen

Deutsche Kreisverbände

D Kohn Verw 3,5	1500G	1500G	F Doere Comp	4TG	48 4	F Moepe Ind	304 5	309
D Koenig & B 6	47GT	47GT	F Dohle Air Uno	99	99 9	F Natus	129 6	130 20
			F Dohle Air Uno	99	99 9	F Natus	129 6	130 20
			F Dohle Air Uno	99	99 9	F Natus	129 6	130 20

[illegible][illegible][illegible]

Abonnementpreis DM 27,10 einschließlich
Postkosten und 7% Mehrwertsteuer
Abonnementpreis DM 27,10 einschließlich
Postkosten in Österreich DM 120 über Inter-
com, Wien, in Großbritannien DM 48,10
Lieferung des am Erscheinungstermin
ersten Abhebungsheftes gratis auf
Antrag. Die Abonnementsgebühren sind
voranzahlen.

Nichtlieferung ohne Verschulden des
Lagers oder infolge von Störungen des
einfachen Postverkehrs keine Anrechte
an den Verlag. Abonnementsbestel-
lungen können nur durch Nachzahlung
bestätigt werden und müssen bis zum 10.

DSW-Wahl am 26.11.: Graf Lambsdorff
DWS – Welt Bracker ist bullisch

Favoriten: Conti-Gummi und Daimler
oder Rohstoff-Aktien in Toronto

Attraktive Schweiz: „Zürich“-Markt
und Anlagen – Blick über den Zaun!
Dr. Lusser: Keine großen Kursavancen
Dennoch Banken und Versicherungen

Hochst-Celanese und der Gewinn 1986

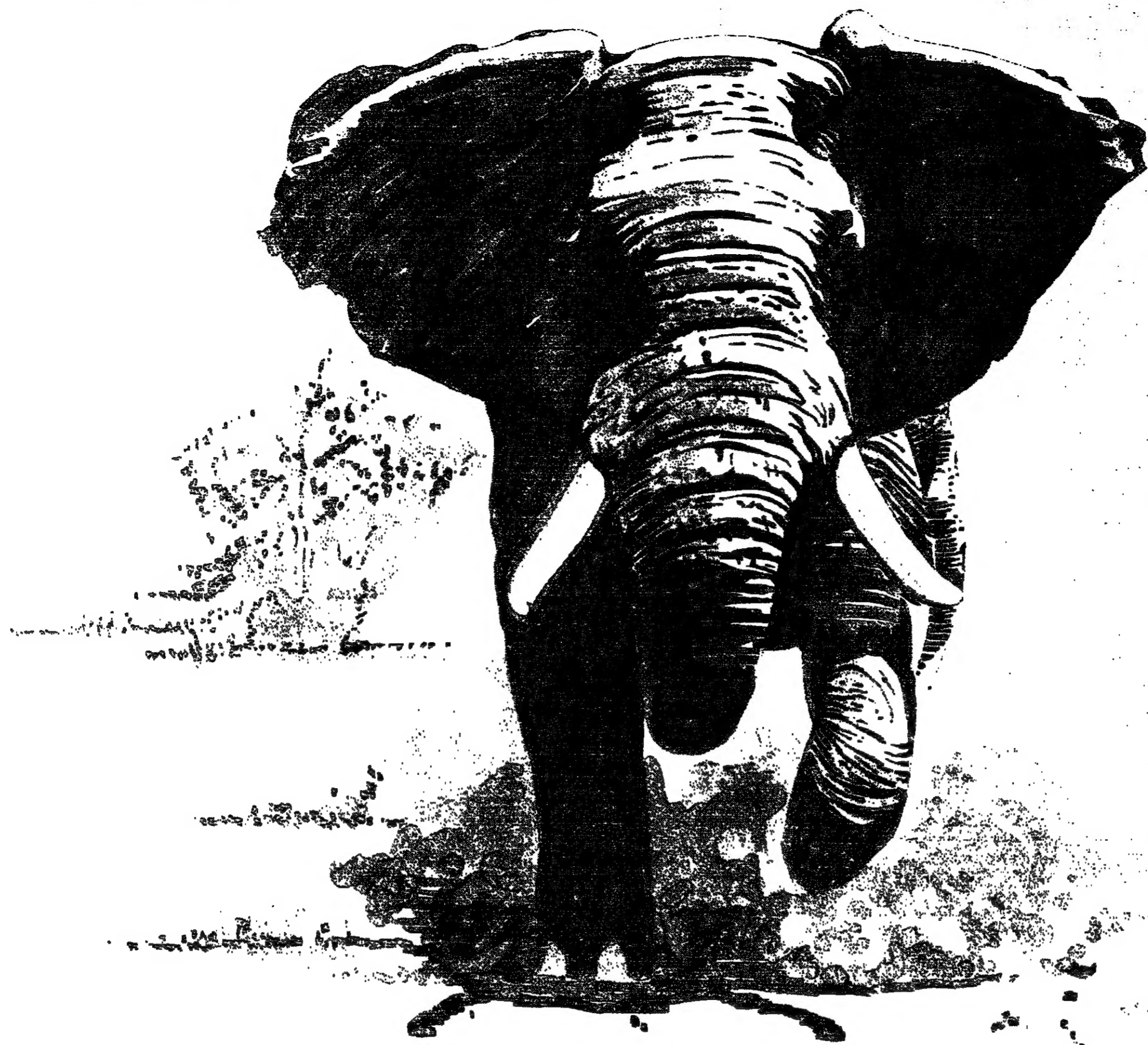
Verzalsendes Ergebnis bei K+S

22 Einzelpreis DM 5,50
Jahresabonnement DM 92,00
Erscheinungsweise 2x monatlich

Ein Probeheft erhalten Sie von uns, wenn Sie diese
Anzeige einsenden an **DAS WERTPAPIER Verlags-**
ges. mbH, Postfach 14 03 60, 4000 Düsseldorf 14

Bitte ausschneiden!

RENNEN SIE NICHT MIT DER HERDE...



MACHEN SIE SICH IHR EIGENES BILD VON SÜDAFRIKA.

Warum wollen Sie sich das Recht vor-
enthalten, Südafrika kennenzulernen?

Sie können doch morgen schon dort
sein - mit einem Dutzend oder mehr inter-
nationaler Fluglinien.

Lassen Sie sich vom Safari-Fieber
anstecken und von Städten faszinieren, die
auf Gold und Diamanten gegründet wurden.
Die landschaftliche Schönheit und Vielfalt
werden Sie bezaubern.

Sie werden von den positiven Verän-
derungen, die in Südafrika vor sich gehen,
angenehm überrascht sein. Allein dies
zu erleben ist schon eine Reise wert.

Und gerade jetzt ist Südafrika durch den
günstigen Wechselkurs von ganz beson-
derem Reiz für Besucher.

Erfüllen Sie sich Ihren persönlichen Traum,
dieses wunderschöne Land zu erleben,
und lassen Sie sich von seinem Zauber ge-
fangennehmen.

Ausführliche Informationen darüber,
was Südafrika dem Besucher zu bieten hat,
finden Sie in dem neuen SAAtours Hand-
buch für Südafrika-Reisen.

SÜDAFRIKA.

VIELFALT, DIE EIN WIEDERSEHEN WERT IST.



South African Tourism Board
SATOUR
An der Hauptwache 11
6000 Frankfurt/M. 1
Postfach 10 19 40

Bitte schicken Sie mir kostenlos das SAAtours
Handbuch für Südafrika-Reisen 1987.

Name _____

Adresse _____

DW 26/11



Wer sich durch das kitschige Cover nicht abschrecken lässt, sollte die unterhaltsam geschriebene Biographie über Rock Hudson (es ist keine Autobiographie, wie die Aufmachung suggeriert) nicht versäumen. Diese Lebensbeschreibung eines großen Filmstars bricht mit zahlreichen Tabus und räumt mit seinem falschen Image auf, das sicherlich die romanzierten Illusionen einiger Fans zerstört.

JoTo
Rock Hudson unter Mitarbeit von Sara Davidson: „Mein Leben“. Goldmann, S. 25, 12,96 Mark.

Gastronomie im Jahr 2000: frisch, fettarm, exotisch

URSULA POSNY, Düsseldorf

Nicht nur die Liebe, auch die Gesundheit geht durch den Magen. Noch hält zwar die Vorliebe zum „schnellen Imbiß-Happen zwischen durch“ an, aber immer mehr setzt sich der Trend zur feinen Zunge in der Gastronomie durch. Frisch, abwechslungsreich, fettarm und exotisch – so stellen sich Wirtschaftsforscher die Angebote auf der Speisekarte an der Jahrhundertwende vor.

Nach einer „prognos“-Studie, die der Landesverband des Gaststätten- und Hotelgewerbes Nordrhein-Westfalen anlässlich der „hogatec“-der Fachmesse Hotellerie, Gastronomie, Gemeinschaftsverpflegung – präsentierte, diktiert der anspruchsvolle, gesundheitsbewusste Gast den kulinarischen Wandel. Die Portionen werden kleiner, die Auswahl auf dem Teller größer. Vitamin- und Mineralstoffreiches ist gefragt. Frisches Gemüse statt großer Fleischportionen. Vegetarisches und Vollwertkost. Voll im Trend liegen knackige Salate; die Pellkartoffel wird die Pommes frites verdrängen. Dabei geht es nicht nur um modisch schmale Taillen und schlankere Hüften, sondern vor allem um bewußtes Essen bei Bluthochdruck, Arthritis und anderen Gesundheitsstörungen. Das Spiegelei als All-erweltschönkost hat dann sicherlich ausgedient.

Steigende Qualitätsansprüche stellen der Gast von morgen nicht nur an Erste-Klasse-Restaurants, heißt es in der Studie „Gastro 2000“, sondern auch an die Schankwirtschaft und das Speiseklokal in seinem Viertel, aber ebenso an Gemeinschaftsverpflegungen in der Kantine, in der Mensa und im Krankenhaus.

In der gastronomischen Küche des Jahres 2000 benutzen die Köche schonende Umluftdämpfer statt der Mikrowelle, braten und brutzeln ihre Delikatessen möglichst vor den Augen der Gäste oder schicken zumindest das mobile Buffet in den Gastraum. Und dort steht nicht nur das kulinarische, sondern auch die Kommunikation im Mittelpunkt. Die Singles, zahlreich immer stärker, fühlen sich besonders dort wohl, wo sie ein aufmergendes Lächeln am Nebentisch finden.

Dabei wird der Kampf in der Gastronomie zunehmend härter. Sieger wird sein, wer auf Kreativität und eigenes Profil setzt – und auf High Technology. Denn der fortschrittliche Restaurantbesitzer kann vermutlich schon in drei Jahren mit Mikroschips ermitteln, ob seine Fleisch- und Fischvorräte noch frisch sind. Und mit der Wichtigkeit von Erkenntnissen aus Physik und Chemie wird der Beruf des Gastro-Hygienikers in die Profi-Küchen einziehen.

Mit einem verrosteten Ford T begann es 1944: Damals entschloß sich Ghislain Mahy, Oldtimer zu sammeln. Was er im Laufe der Jahre zusammentrug, bildete den Grundstock der Ausstellung im Brüsseler „Parc du Cinquantenaire“. Hier steht ein Dreirad mit Riemenantrieb von 1896 neben einem Rolls von 1926 – das „Who's who“ des Automobilbaus präsentiert liebevoll gepflegte Kostbarkeiten auf Rädern.

Kettchen am Kotflügel und ein Käfer, der schwimmt

HELMUT HETZEL, Brüssel
Sie stehen da wie aus dem Ei gepellt, mit Liebe renoviert und aufpoliert. Der Lack ist noch lange nicht ab – im Gegenteil, er glänzt. Selbst die Kotflügel sind staubfrei, die Fenster-scheiben bieten immer noch freie Sicht. Gegensätze stehen Rad an Rad: hier der Kleinwagen, ein von Leon Boelee 1896 entworfenes Fahrzeug mit einem Zylinder und 840 Kubikzentimetern, das die Bezeichnung Auto vom heutigen Stand der Technik aus kaum noch verdient. Es wäre mit der Bezeichnung „zweisitziges Dreirad mit Riemenantrieb“ wohl treffender beschrieben.

Daneben ein blitzblanker Rolls-Royce aus den Goldenen Zwanzigern: Baujahr 1926, 50 PS, Sechszylinder-Motor, 7668 Kubikzentimeter. Die Kühlerfigur schaut in die Brüsseler Ausstellungshalle, als wolle sie sagen: „Hier zeigen wir Ihnen die Geschichte des Automobilbaus“.

In der Tat, im „Parc du Cinquantenaire“ (dem Jubelpark), in einem Gebäude, das inmitten einer reizvollen Gartenanlage 15 000 Quadratmeter Ausstellungsfläche bietet, schlägt seit kurzem das Herz eines jeden echten Automobil-Liebhäbers schneller.

Die Ausstellung ist hervorgegangen aus der Privatsammlung des Center Autofanatik Ghislain Ma-



hy. Ein verrostetes Ford-T-Modell war 1944 das erste Exemplar seiner Sammlung, die in der heutigen Form in einer Reihe mit Automobilmuseen wie denen von Daimler-Benz und Porsche in Stuttgart, dem Schlupf-Museum in Millhausen oder der Henry-Ford-Ausstellung in Dearborn bei Detroit.

In Brüssel ist die gesamte Entwicklung des europäischen und teilweise auch des amerikanischen Automobilbaus von 1897 bis heute nachvollziehbar. Der Besucher kann entdecken, mit welcher Liebe und Zuwendung zum Detail man bereits in den Gründerjahren der Automobilgeschichte zu Werke ging – beispielsweise an einem Prunel, Baujahr 1900. Das einzylindrige Fahrzeug mit 498 Kubikzentimetern hat an den Innenseiten der Kotflügel herunterhängende kleine Kettchen, die beim Fahren exakt über das Profil des Reifens gleiten. Diese Konstruktion – von dem Franzosen Prunel erfunden – sollte dazu dienen, Nässe, die beim Fahren eventuell im Reifenprofil eingedrungen wäre, zu entfernen.

„Auto World“ zeigt aber auch Modelle, die nicht nur Autogeschichte geschrieben, sondern selbst geschichtsträchtig sind. Der schwarze Cadillac des Baujahres 1956 stammt aus dem Fuhrpark der amerikanischen Präsi-

den und gehörte zur Wagenkolonne, die John F. Kennedy am 22. November 1963 in Dallas begleitete, als die tödlichen Schüsse auf den Präsidenten abgefeuert wurden. Geschichtsträchtig ist sicher auch das letzte Opel-Modell, das 1928 noch unter alleiniger deutscher Regie gebaut wurde, bevor die Amerikaner das Rüsselsheimer Unternehmen aufkauften. „Der Einfluß von General Motors ist bei diesem Modell bereits



Hier lag der Ursprung der „Auto World“: Ghislain Mahy in seiner Werkstatt. FOTOS: GAMMA

an den zylinderförmigen Scheinwerfern zu erkennen“, steht auf der Vita dieses Modells. Die Angaben zu den einzelnen Ausstellungsstücken sind in vier Sprachen – Englisch, Französisch, Niederländisch und Deutsch – abgefaßt und so bestens auf das internationale Publikum zugeschnitten.

Klar, daß hier auch die Spitzenmodelle aus den verschiedenen Epochen des Automobilbaus aller namhaften europäischen Hersteller zu sehen sind. Beispielsweise ein Alfa Romeo RLSS, Baujahr 1925, ein Austin Swallow des Jahres 1931 oder ein Benz aus den Pionierzeiten des Jahres 1915 – jener Benz übrigens, der als Karpaten-Sieger in die Geschichte einging und den Modellen aus der schwäbischen Autogeschichte weltweit den Ruhm bescherte, nämlich „robust und schnell“ zugleich zu sein.

BMW glänzt mit einem Sechszylinder Baujahr 1940. Dieses Modell brachte es auf eine für damalige Verhältnisse sagenhafte Höchstgeschwindigkeit von 115 Stundenkilometern. Das Alphabet der klingenden Namen ließe sich mühelos als „Who's who“ im Automobilbau fortsetzen: ein Daimler vom Typ TS 630, Baujahr 1922 ist unter anderem zu sehen, ein Fiat 14 PK, Typ 521 von 1929, Ford-T-Modelle von 1911, 1919, 1921 und 1927 stehen in der Halle, unter den Mercedes-Benz-Schätzchen ist der 370 S Mannheim Sport, Baujahr 1933, sogar ein Moskwitsch-Modell 400 aus dem Jahr 1951 wartet auf Bewunderer.

Wolfsburg ist natürlich mit dem Käfer vertreten. Aber auch eine andere VW-Rarität gehört zu den stillstehenden Exponaten: ein VW Typ 166 aus dem Jahre 1943, eines der ersten Amphibienfahrzeuge, das je gebaut wurde und es im Wasser sogar damals schon auf eine Höchstgeschwindigkeit von sieben Stundenkilometern brachte.

Das Brüsseler Zentrum der Automobilgeschichte rechnet bei diesen aufpolierten Attraktionen auf Rädern jährlich mit mehr als einer halben Million Besuchern. „Wir sind mächtig stolz, daß wir diese einmalige Sammlung hier in Brüssel nun endlich präsentieren können“, sagt die Managerin Lucie van Hamme. In der Tat: Auf diese Ausstellung kann Belgien stolz sein.

Ein Lichtring aus dem All für den Eiffelturm

Zur Hundertjahrfeier soll der Eiffelturm 1989 vom nächtlichen Firmament aus in Licht gehüllt werden. Ein Projekt-Sprecher sagte, die Europa-Rakete „Ariane“ solle rechtzeitig eine Konstruktion von Reflektoren in den Weltraum befördern, die miteinander verbunden einen Lichtring von 24 Kilometern Umfang bilden. Dieser Lichtring soll wegen seiner Umlaufbahn in rund 800 Kilometer Höhe über der Erde auf deren Bewohner mit etwas mehr als Mondgröße herabstrahlen. Die Umlaufzeit des Ringes beträgt dem Sprecher zufolge 90 Minuten und ist für den Betrachter jeweils rund zehn Minuten lang sichtbar. Nach zwei Jahren Himmelsdienst soll sich der Plastik-Trabant durch Verbrennen in der Atmosphäre von selbst wieder auflösen. Das Spektakel wird umgerechnet rund drei Millionen Mark kosten – bei freier Beförderung durch „Ariane“.

Gebühr für Bernardino

dpa, München
Die Schweiz erhebt vom 1. Januar an auch auf der für Autoreisende nach Italien wichtigen San-Bernardino-Route eine Autobahn-Gebühr. Die Strecke Thun-Grächen einschließlich des 7,5 Kilometer langen San-Bernardino-Tunnels wird vignettiert. Die gelbe 87er Vignette kostet wie im Vorjahr 30 Franken (37 Mark) und ist vom 1. Dezember 1986 an erhältlich. Sie gilt bis zum 31. Januar 1988. Die jetzt gültige rote Vignette kann noch bis zum 31. Januar 1987 benutzt werden.

Ermäßigung für Gehörlose

AP, München
Vom Januar nächsten Jahres an können auch Gehörlose eine 50prozentige Ermäßigung der Kraftfahrzeugsteuer beantragen. Voraussetzung für die Begünstigung ist allerdings, daß das Fahrzeug auf den Namen des Behinderten zugelassen ist.

Frachter wird geborgen

dpa, Dublin
Der vor der südrischen Küste gestrandete Eisenerzfrachter wird in haushoher See mit Spezialschleppern geborgen. Das 54 000-Tonnen-Schiff „Kowloon Bridge“ aus Hongkong war nach einem Ruderbruch von der Mannschaft verlassen worden und dann auf Felsen aufgelaufen. Die irische Regierung befürchtet eine Umweltschutz-Katastrophe, falls größere Mengen der 3000 Tonnen Dieselöl auslaufen sollten. Ein Teil des Treibstoffs ist durch ein Leck bereits in die See gelangt.

„Riffi“ in Berlin

hrt, Berlin
Sie kommen über den Dachboden und stemmen die Wohnungsdächer darunter auf. Mit Schmuck, Bargeld und Schecks im Wert von einer Viertelmillion Mark machten sich Einbrecher aus dem Staub, die seit Oktober in 14 Fällen in Berlin nach dieser Riffi-Methode arbeiten. Vermutlich geben sich die Gangster als Handwerker aus.

Rentiere in den Alpen

AFP, Grenoble
30 Rentiere aus Finnland sind im Ecrins-Massiv in den französischen Alpen ausgesetzt worden. Mit dieser Maßnahme soll verhindert werden, daß die landwirtschaftlichen Nutzflächen weiter veröden. Die Tiere können außerdem für Schlittenkutschen benutzt werden. Auch an eine Aufzucht zur Fleischproduktion ist gedacht.

Herrenloser Kokain-Koffer

AP, Genf
In einem nicht abgeholt Koffer aus Lima haben Zöllner auf dem Genfer Flughafen knapp 21 Kilogramm reinen Kokains mit einem Schwarzmarktwert von ungeachtet rund 4,8 Millionen Mark entdeckt. Das Rauschgift war in Geschenkpapier verpackt. Die Polizei nimmt an, daß ein Drogenhändler den abgestellten Koffer abholen sollte, es aber mit der Angst zu tun bekam.

Das beste ist: eine gute Versicherung.

SIGNAL
VERSICHERUNGEN

ZU GUTER LETZT

Eine „Fahrschule für zwei“ wird gegenwärtig in Leipzig getestet. Praktisch sieht das Modell so aus: Der eine Fahrschüler sitzt wie üblich am Steuer, der andere operiert von der Mitte des Rücksitzes aus. Mit den dort für ihn angebrachten Pedalen, einem Schalthebel und einem Lenkrad absolviert er während der Fahrt Trockenübungen, die vom Fahrschüler über eine entsprechende Anzeige kontrolliert werden.

139 Tage Hand aufs Auto gelegt

AFP, Mount Vernon

Ein Wettbewerb „Hand aufs Auto“ zum Gewinn einer Limousine ist in der amerikanischen Stadt Mount Vernon im Bundesstaat Illinois nach viereinhalb Monaten abgebrochen worden. Um in den Besitz eines 9100 Dollar teuren weißen Buick Skyhawk zu kommen, legten die 23jährige Kim Hulbert und der 24jährige Brad Neador 139 Tage lang eine Hand auf den Hauptgewinn. 14 Stunden täglich harrten sie gegen jede Witterung aus. Sie mußten aufrecht stehen und durften sich nicht in den Wagen anlehnen. Die Hand durfte gewechselt werden. Am Montagabend gaben sie auf und teilten die Wertsumme. Kim Hulbert hatte während des Wettbewerbs ihre Arbeitsstelle verloren.

Student wurde als Betrüger entlarvt

AP, Bonn

Durch die Aufmerksamkeit einer Bankangestellten ist ein 24jähriger Betrüger, der an der Bonner Universität Volkswirtschaft studiert, das Handwerk gelegt worden. Der Mann hatte mit einer fingierten Kleinanzeige „Botschaftsfahrer“ gesucht und war so an die Auswiespapiere der Bewerber gelangt. Mit diesen Dokumenten erhielt er aus einem Bonner Autoverleih Wagen der Luxusklasse, mit gefälschten Gutschriften überwieb er Geld auf sein eigenes Konto. Einer Bankangestellten fiel schließlich eine gefälschte Unterschrift auf. Die Polizei nahm den Mann fest, als er den Kontostand erfragen wollte. Der Schaden beträgt eine Viertelmillion Mark.

Wieder Überfall auf Touristen

AFP, Salon-de-Provence

24 Stunden nach der Ermordung eines 15jährigen Mädchens bei Istres haben motorisierte Straßenräuber in der Nacht zum Dienstag bei Salon-de-Provence in Südfrankreich ein Auto mit drei schwedischen Touristen gestoppt. Nach Angaben der Polizei ließ sich die bewaffnete vierköpfige Bande Bargeld und Wertsachen aushändigen und ergriff die Flucht.

Derartige Überfälle werden seit Jahren aus den südfranzösischen Departements Gard, Vaucluse und Bouches-du-Rhône gemeldet. Insgesamt zählte die Polizei seit Juni 1985 28 Überfälle in Vaucluse und im Norden der Bouches-du-Rhône. Trotz scharfer Kontrollen wurden die Täter nie gefaßt.

Die Suppe wird jetzt vor dem Richter ausgelöffelt

E. REVERMANN, Hannover

Handfeste Keilerei beim Gastronomienball, nach der Schlacht am kalten Buffet ausgeschlagene Zähne und Knochenbrüche. Dies alles bliebe eine Provinzposse, wären die Hauptakteure in dem Prozeß um eine handfeste Keilerei im Januar 1985 in Hannover nicht so schillernde Figuren aus dem Sport und aus der Halbwelt.

Als Angeklagte vor dem Schöffengericht Hannover stehen seit Montag Horst Freise (52), selbsternannter „Automatenkönig“ in Norddeutschland und ehemals Sponsor der Fußballmannschaft von Arminia Hannover, sowie seine beiden Söhne.

Opfer und Nebenkläger mit gleich drei Anwälten (darunter auch der Staranwalt Rolf Bossi) sind der Vizepräsident vom Zweitliga-Klub Hannover 96 und Rasthausbesitzer Werner Bock (52) sowie seine 48jährige Frau Trutz.

Allzu gerne läßt sich Horst Freise als „Chef von mehr als einhundert Automaten-Spielhallen“ feiern. Er posiert für Fotografen vor seiner Mercedes-Flotte. Seine Villa am Stadtrand von Hannover gleicht mit elektronischem Überwachungssystem und Leibwächtern einer Festung. Seinen Reichtum mit 16 Pferden will er geerbt haben („Die vermehren sich von alleine“). Der gelernte Konditor war mal Amateurboxmeister, hatte Box-Beau René Weller unter Vertrag und war auch Präsident des niedersächsischen Amateur-Boxverbandes, bevor sein heutiger Erzfeind und jetziger Wirtball-Opfer Werner Bock dieses Posten übernahm.

Bei Gerichtsterminen pflegt Freise nicht selten Geldbündel aus der Tasche zu ziehen. Und nicht nur in Hannover glaubt jedermann, Freise sei mehrfacher Millionär. Dem Gericht allerdings sagt der Automatenkönig unter dem Gelächter der Zuschauer, er verdiene lediglich 4000 Mark; zudem wisse das alles die Steuerfahndung viel besser, die seit drei Jahren bei ihm Stammgast sei.

So richtig zugelangt

Auf jeden Fall „fliegen die Zähne bei den Bocks“ (Aussage eines Freise-Sohnes). Die beiden waren monatelang im Krankenhaus, er selbst mußte drei Wochen mit einem Knochenbruch im Rollstuhl fahren. Freise dazu: Daß er die sich wendende Frau Bock geschlagen habe, kann er sich nur durch seine weggefallenen Augenklappen erklären – „mit Brille war's ihm nicht passiert“.

Werner Bock gab an, daß schon beim Wirtball des Vorjahres Freise ihm gedroht habe, wenn er (Freise) Präsident von Arminia Hannover werde, dann mache er den Klubklub Hannover 96 „tot“. Nach der jetzt zur Debatte stehenden Schlichtung, der auch ein verbaler Schlagtausch vorausgegangen sein muß, soll sich der Automatenkönig und Ex-Boxer damit begnügen haben, dies sei sein größter Kampf gewesen. Frau Bock berichtet unter Tränen, wochenlang nach der Schlacht am kalten Buffet habe sie Drohanrufe erhalten und sich nicht aus dem Hause gewagt. Der Freise heuere Männer aus der Unterwelt an, um die Raststätte und das Motel der Bocks in Flammen aufgehen zu lassen.

Hinter dem Prozeß, der unter ungewöhnlich starkem Publikumsandrang begann, stehen auch hohe Geldforderungen. Der Information zufolge, wonach noch am Freitag vergangener Woche jemand „von der Freise-Seite“ 300 000 Mark zur Einstellung des Prozesses angeboten habe, wird wenig Bedeutung beigemessen. Bekannt wurde jedoch, daß die Familie Bock eine Zivilklage erwägt: Ist von einer Schmerzensgeldforderung in Höhe einer Viertelmillion Mark die Rede.

Loki Schmidt überreichte Silberpflanzen

HERBERT SCHÜTTE, Bonn

Zwischen Kafferbüffeln und Giraffen im Bonner Museum Alexander Koenig saßen gestern Menschen, die sich nicht auf die Erhaltung der Fauna, sondern die Pflege der Flora spezialisiert haben: Loki Schmidt übergab die „Silberpflanze“ an Fachleute und Naturfreunde, die sich um die Erhaltung der Wildflora besonders verdient gemacht haben.

Die Schirmherrin der „Stiftung zum Schutz gefährdeter Pflanzen“ verkündete auf der gleichen Veranstaltung den Beschluß der Stiftung, als „Blume des Jahres 1987“ die Stranddistel auszuwählen. Der Lebensraum dieser Pflanze, so sagte Loki Schmidt, sei durch die Zahl der Urlauber immer mehr eingeschränkt: für die im Dünenland wachsende Stranddistel bedeutet das den Grad höchster Gefährdung.

Die von dem Hamburger Industriellen Kurt A. Körber gegründete Stiftung zeichnete gestern zwei Männer und zum ersten Mal eine ganze Familie aus. Forstoberamtsrat Peter Josef Göbel aus Echemerachbrück erhielt den Preis für seine Tätigkeit im Grenzgebiet von Luxemburg zur Eifel. Hier hat er sich – wie Professor Helmut Schönmansgruber vom Stiftungsvorstand in seiner Laudatio betonte – in intensiver Weise um die Lebensräume gefährdeter Pflanzen gekümmert und im Kreis Bitburg-Prüm die detaillierte Erfassung ihrer Standorte vorgenommen. Göbel ist Mitbegründer des Vereins „Deutsch-luxemburgischer Naturpark“. Der zweite Preisträger, Norbert Böcker, hat sich als Leiter der Regierungsdirektion in Euskirchen für die Verwirklichung von Naturschutz und Landschaftspflege bei der Flurbereinigung eingesetzt.

Der 58jährige ehemalige Bergbauingenieur Robert Schmidt aus Daden begeisterte sich so stark für den Naturschutz, daß sich mit ihm auch seine ganze Familie – Ehefrau Johanna und die beiden studierenden Kinder Dieter und Sigrid – engagierte. Im Westerwald hat die Familie Standorte gefährdeter Pflanzen und vom Aussterben bedrohter Tiere erfaßt und mit eigenem hohem finanziellen Aufwand systematisch gepflegt. Dieser Einsatz geschah vor allem im Nister-Tal zwischen Stein-Wingert und Wisen.

WETTER: Regnerisch

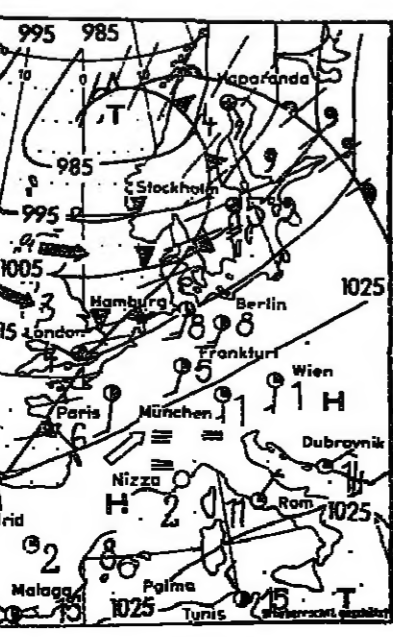
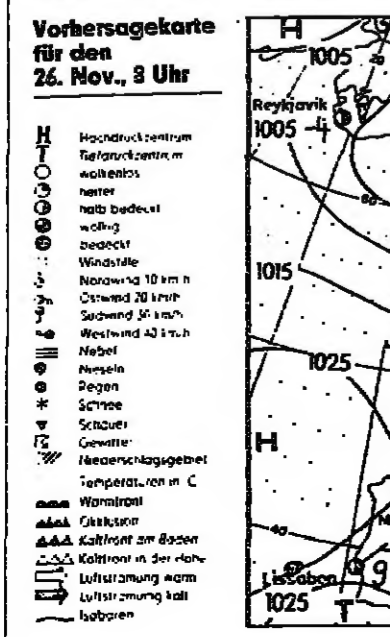
Lage: Ein Tiefausläufer überquert Deutschland von Westen her und führt dabei etwas kühlere Meeresluft heran.

Vorhersage für Mittwoch: Im Norden stark bewölkt und teilweise Regen, am Nachmittag in Schauer übergehend. Temperaturen 10 bis 12, nachts 6 bis 9 Grad. Im Süden am Morgen neblig-trüb, im Tagesverlauf zunehmende Bewölkung und in der zweiten Tageshälfte einsetzender

leichter Regen. Temperaturen 8 bis 10, nachts um 3 Grad.

Weitere Aussichten: Im Südosten zunächst noch Regen, dann aber wie im übrigen Deutschland überwiegend niederschlagsfrei. In Süddeutschland Bodenfrostgefahr.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 7.58 Uhr, Untergang: 16.21 Uhr. Mondaufgang: 2.08 Uhr, Untergang: 14.18 Uhr (* MEZ; zentraler Ort Kassee).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 13. MEZ:

Deutschland:	Fern:
Berlin 12	Paris 17
Bielefeld 12	Genf 8
Bremen 12	Helsinki 20
Dortmund 12	Imstbruck 6
Dresden 12	Istanbul 16
Düsseldorf 12	Kairo 22
Frankfurt 12	Klagenfurt 3
Hamburg 12	Konstanz 10
Köln 12	Kopenhagen 11
Leipzig 12	Kyiv 21
München 12	La Paz 21
Nürnberg 12	Leipzig 1
Regensburg 12	London 12
Saarbrücken 12	Los Angeles 19
Stuttgart 12	Lissabon 12
Wuppertal 12	Luxemburg 9
Zürich 12	Madrid 11
	Mallorca 19
	Moskau 19
	Napoli 19
	New York 8
	Nizza 17
	Olo 8
	Ostende 12
	Palermo 18
	Prag 12
	Peking 6
	Rom 19
	Sankt Petersburg 19
	Salzburg 8
	Singapur 31
	Sofia 12
	Splil 20
	Stockholm 7
	Strasbourg 12
	Tel Aviv 22
	Tokio 21
	Tunis 16
	Valencia 17
	Varna 9
	Warschau 8
	Wien 11
	Zürich 10